

Klaus Schnitzer, Wolfgang Isserstedt, Peter Müßig-Trapp, Jochen Schreiber

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland

Zusammenfassung

ausgewählter Ergebnisse der
15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks
durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem

Januar 1999

Ausgewählte Ergebnisse

Das soziale Bild der Studentenschaft 1997

15. Sozialerhebung

1. Zur Erhebung

Mit der 15. Sozialerhebung setzt das Deutsche Studentenwerk (DSW) eine Erhebungsreihe über wirtschaftliche und soziale Aspekte der Studiensituation fort, die zurückreicht bis in das Jahr 1951.

Die vorliegende 15. Sozialerhebung wurde, wie alle vorangegangenen Erhebungen seit Anfang der siebziger Jahre auch diesmal mit Mitteln des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) finanziert. Der Hauptbericht (680 Seiten) wurde im Herbst 1998 durch das BMBF veröffentlicht.

Die Durchführung der Erhebung, die Auswertung der Daten und die Darstellung der Ergebnisse lag wie bereits seit der 10. Sozialerhebung im Jahre 1982 in den Händen von HIS Hochschul-Informationssystem.

Ziele

Wie in allen Sozialerhebungen stehen auch in der 15. Sozialerhebung Veränderungen der sozio-ökonomischen Situation der Studierenden im Mittelpunkt, wobei Wechselwirkungen zwischen sozialen Rahmenbedingungen und Studium von besonderem Interesse sind.

Zum Zeitpunkt der 15. Sozialerhebung im Jahre 1997 prägten drei gesellschaftliche Veränderungen in besonderem Maße die soziale Situation der Studierenden:

(1) Zum einen ist es die strukturelle Annäherung zwischen Ost und West. Wie bereits bei der 13. und 14. Sozialerhebung richtet daher auch die 15. Sozialerhebung ihr besonderes Augenmerk auf den Prozeß der sozialen und wirtschaftlichen Annäherung zwischen der Studiensituation in beiden Teilen Deutschlands.

(2) Zur Diskussion stehen gegenwärtig auch die Formen der Ausbildungsfinanzierung. Die Bemühungen um neue Modelle der Ausbildungsförderung machen deutlich, daß es dabei um mehr geht als um eine routinemäßige finanzielle

Anpassung: Diskutiert werden nicht nur Möglichkeiten einer sozial gerechten Verteilung, sondern auch die Frage des Generationenvertrages.

(3) Schließlich wird die hochschulpolitische Debatte durch neue gesellschaftliche Herausforderungen ergänzt: Verstärkung des weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerbs und zunehmende Konkurrenz in der Wissensproduktion, gepaart mit unabweisbaren nationalen Sparzwängen und Beschäftigungsproblemen. Stand in sozialpolitischer Hinsicht im Hochschulbereich bisher die Absicherung der Ausbildungsfreiheit im Vordergrund, so wird jetzt zunehmend auch die Gegenfrage gestellt, wie weit die gesellschaftlichen Bildungsinvestitionen zielgerichtet genutzt werden, um die Herausforderungen zu bewältigen (Rechnungslegung).

Die 15. Sozialerhebung versucht, für die Fragestellungen relevante Informationen bereitzustellen. Nicht alle Einzelheiten können im Hauptbericht der Sozialerhebung dokumentiert werden. Durch zusätzliche Datenprofildienste und nutzerspezifische Auswertungen wird allerdings eine zielgerichtete Verbreitung der Informationen angestrebt.

Organisation

In die 15. Sozialerhebung wurden die Studierenden aller Hochschulen mit Ausnahme der Hochschule für das Fernstudium, der Verwaltungsfachhochschulen und der Universitäten der Bundeswehr einbezogen (insgesamt 285). Wie bei früheren Erhebungen haben fast alle Hochschulen (insgesamt 267) durch Ziehung einer Stichprobe und Versendung der Unterlagen im Mai 1997 die Erhebung unterstützt. An den befragten Hochschulen studierten 99% aller Studierenden.

Gegenüber der 14. Sozialerhebung im Jahre 1994 verlief der Rücklauf deutlich zurückhaltender. 20.533 verwertbare Fragebogen gingen in die Untersuchung ein. Dies entspricht einer Nettostichprobe von 37%.

Hinsichtlich der Strukturmerkmale Geschlecht, Hochschulart und Fächergruppen ergaben sich nur leichte Abweichungen zwischen Stichprobe und Grundgesamtheit. Durch Gewichtung der Einzelfälle konnte die volle Repräsentativität der Stichprobe hergestellt werden.

In umfangreichen Plausibilitätsprüfungen wurde die logische Stimmigkeit der Antworten überprüft. Der Stichprobenumfang erlaubt zuverlässige Aussagen auch für relativ kleine Teilgruppen.

2. Entwicklung der Studierendenzahlen

Der Wandel in der sozialen Situation der Studierenden ist vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung der Studierendenzahlen zu sehen.

Der deutliche Anstieg der Studierendenzahlen in Deutschland von 833.000 deutschen und ausländischen Studierenden im Jahre 1975 erreicht 1995 seinen Höhepunkt mit 1.807.300 Studierenden (Verdoppelung: 106%-Wachstum mit *neuen Ländern*, 101% nur *alte Länder* allein). Seit 1995 zeichnet sich allerdings ein leichter Abstieg ab: im Wintersemester 1996/97 beträgt die Gesamtstudierendenzahl nur noch 1.793.945 (Bild 1).

Geblichen ist der starke Anstieg des Anteils der Studentinnen. Lag ihr Anteil 1975 noch bei 34%, so überschreitet er 1996/97 die 42-Prozentmarke.

Noch deutlicher werden diese Trends in der Entwicklung der Studienanfängerzahlen.

Bei den Studienanfängerzahlen wurde der Gipfel bereits früher erreicht (Anfang der 90er Jahre). Seit 1991 zeichnet sich ein Rückgang bis zum Jahre 1995 ab. Er wird jetzt langsam ausgebremst. 1996 und 1997 stabilisieren sich die Studienanfängerzahlen auf einem noch immer hohen Niveau von 256.000 Studienanfängern.

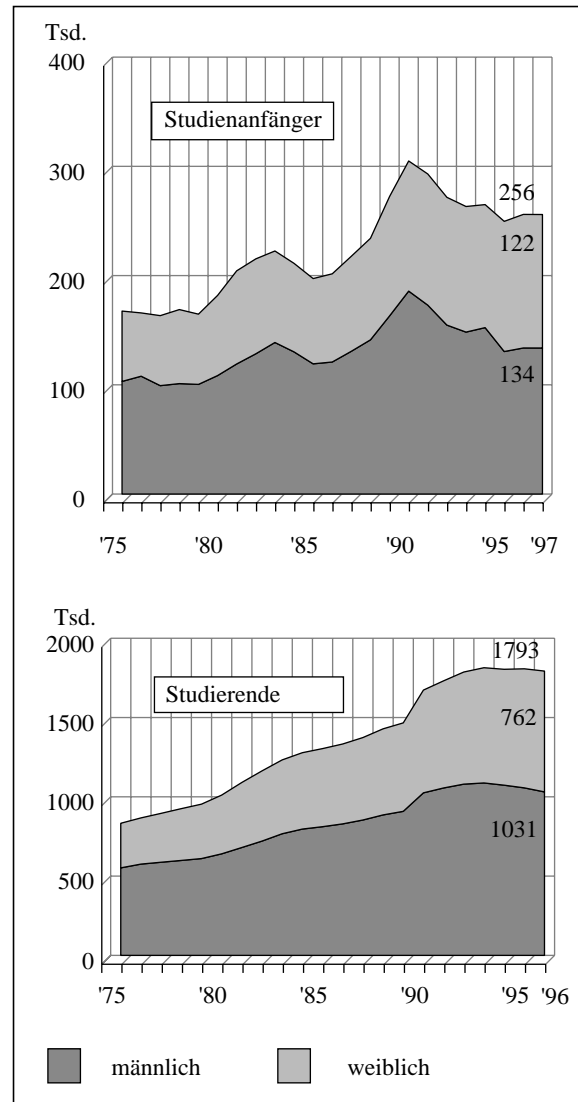
Dies deutet darauf hin, daß der Rückgang der Gesamtzahl der Studierenden mit Zeitverzögerung auch sehr bald ausläuft. Für die nächsten zehn Jahre ist sogar eher wieder ein Anstieg zu erwarten.

Im Anteil der weiblichen Studierenden setzt sich der Wachstumstrend ungebrochen fort. Der Anteil der Studentinnen im ersten Semester liegt 1996 sogar schon bei 47%.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Zahlen in anderen Bildungsbereichen (Schülerzahlen in Grund- und Berufsschulen) werden die Veränderungen der Studienanfänger- und Studierendenzahlen kaum durch Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung (Geburtenhäufigkeit) bestimmt. Der geringe demografische Einfluß wird deutlich, wenn man die Studienanfängerzahlen vom Basisjahr 1980 nur unter Wirkung demo-

Bild 1 Deutsche und ausländische Studierende und Studienanfänger 1975 bis 1997*

(nach Geschlecht und Hochschulart in Tausend)



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

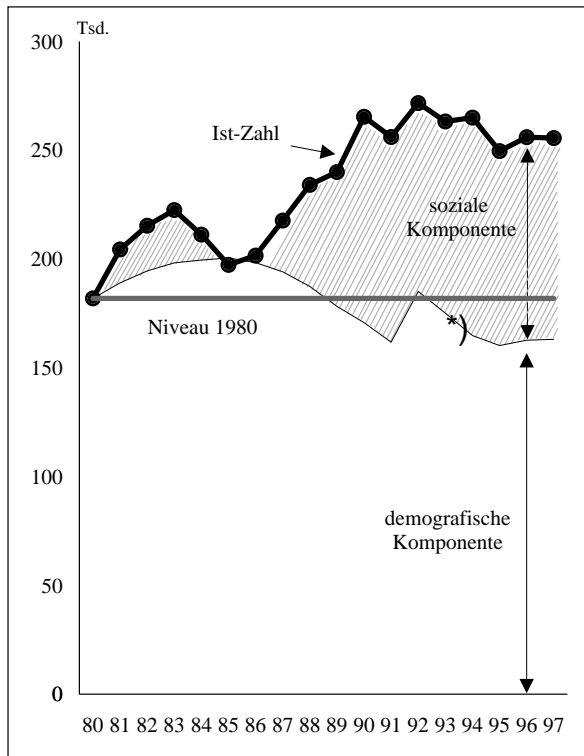
* Daten für Studierende bis 1996
Quellen: Stat. BuA, Fachserie 11

grafischer Zu- und Abnahmen rechnerisch fortschreibt. Wären nur demografische Veränderungen wirksam gewesen, hätten sich die Studienanfängerzahlen noch unter dem Niveau von 1980 bewegt (Bild 2). Der Anstieg der tatsächlichen Studienanfängerzahlen erklärt sich aus anderen Effekten, die unter dem Begriff "soziale Komponente" zusammengefaßt werden können.

Der Umfang dieser "sozialen Komponente" wurde in den Vorausschätzungen der Bildungsforscher und -politiker unterschätzt. Die Vorstel-

Bild 2 Demografische und soziale Komponenten der Entwicklung der Studienanfängerzahlen 1980-1997

in Tausend



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

*) ab 1992 auch neue Länder
Quelle: Stat. BuA, Fachserie 11, 1996/97 Vorbericht

lung, daß der "Bildungsberg" durch die geburtenschwachen Jahrgänge der letzten 10 Jahre abgebaut werden könne, bestätigte sich nicht, da gleichzeitig die Bildungsbeteiligung (vgl. auch Kap. 3) zunahm. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ist diese Entwicklung eher zu begrüßen. Daß größere Teile der Bevölkerung eine hochqualifizierte Ausbildung erhalten haben und so zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beitragen, kann als positive Leistungsbilanz gelten.

Im Hinblick auf die Fragestellungen der Sozialerhebung macht der Einfluß der sozialen Komponente auf die Entwicklung der Studierendenzahlen deutlich, wie wichtig die genaue Analyse sozialer Prozesse für das Verständnis der Veränderung des Hochschulsystems ist. In Kap. 3 wird die "Bildungsbeteiligung" als Hauptbestandteil der sozialen Komponente genauer analysiert.

Altersstruktur

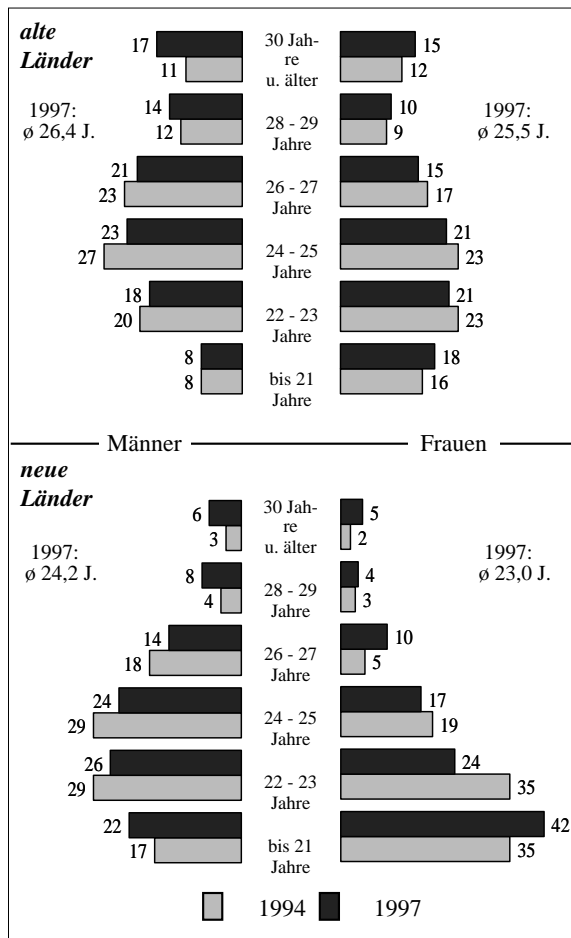
Die Veränderungen der Studierenden und Studienanfängerzahlen ist verbunden mit einer Veränderung der Altersstruktur. Wie die Alterspyramide zeigt (Bild 3), haben von 1994 auf 1997 die Anteile der Studierenden, die älter sind als 27

Jahre, nochmals zugenommen. In den alten Ländern handelt es sich um einen lang angelegten Trend, in den neuen Ländern ist diese Verschiebung bei den Anteilen zu den höheren Altersgruppen erstmalig zu beobachten. Am stärksten ist diese Verschiebung bei den Männern ausgeprägt. In den alten Ländern sind 1997 31% älter als 27 Jahre gegenüber 23% im Jahr 1994, in den neuen Ländern 14% gegenüber 7% im Jahr 1994.

Soweit die Überalterung durch längere Studierendauern bedingt ist, erhöhen sich dadurch auch die Ingesamt-Studierendenzahlen. In den *alten Ländern* hat sich die Überalterung fortgesetzt. Betrachtet man ausschließlich Studierende im Erststudium, so hat sich das Durchschnittsalter um 0,3 Jahre erhöht (1994: 25,0 Jahre; 1997: 25,3 Jahre).

Trotz ähnlicher Tendenzen liegt das Durchschnittsalter der Studierenden in den *neuen Ländern* 1997 immer noch erheblich niedriger als in

Bild 3 Altersstruktur der Studierenden 1994 und 1997
Altersklassen in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

den alten Ländern (26 Jahre im Durchschnitt in den alten Ländern, 23,6 Jahre in den neuen Ländern).

Bedingt durch den Wehr- und Zivildienst für Männer sind Studentinnen generell jünger als ihre männlichen Kommilitonen. Dies gilt für beide Teile Deutschlands (Bild 3).

Trend zur festen Partnerschaft

8% der Studierenden in den alten und 5% in den neuen Ländern sind verheiratet (Bild 4). Gegenüber 1994 sind die Änderungen unwesentlich (alte Länder 9%, neue Länder 5%). Zur Erinnerung ist, daß in den neuen Ländern der Anteil der Verheirateten 1991 noch bei 16% lag.

Der Trend zur festen Partnerschaft hat sich noch verstärkt. Fast die Hälfte der ledigen Studierenden in den alten und den neuen Ländern (jeweils 48%) geben an, einen festen Partner oder eine feste Partnerin zu haben. Etwas häufiger als ihre männlichen Kommilitonen haben ledige Studentinnen eine dauerhafte Partnerschaftsbeziehung. Angesichts des niedrigeren Durchschnittsalters

der Studentinnen ist der Unterschied von 8 bzw. 12 Prozentpunkten unerwartet groß.

Studierende mit Kindern

7% der Studierenden haben bereits eigene Kinder. In den alten Ländern sind dies 7%, in den neuen 6%. Studierende mit Kindern finden sich häufiger unter Studentinnen als unter Studenten. 7,4% der Studentinnen haben Kinder und 6,5% der Studenten. In absoluten Zahlen sind dies etwa 58.000 studierende Mütter und 69.000 studierende Väter.

3. Bildungsbeteiligung

Die Entwicklung der Studierendenzahlen im letzten Jahrzehnt ist in erheblichem Umfang durch die soziale Komponente geprägt (vgl. Bild 2). Hauptbestimmungsgröße der sozialen Komponente ist die Bildungsbeteiligung. Die Bildungsbeteiligung für den Hochschulbereich wird regelmäßig in deutschen und internationalen amtlichen Statistiken (StBA, OECD, EUROSTAT) als Maß der Bildungsmobilisierung ausgewiesen.

Als weitergehende Frage macht es sich die Sozialerhebung zur besonderen Aufgabe zu untersuchen, ob mit den Veränderungen der Bildungsbeteiligung im Hochschulbereich sozialgruppenspezifische Selektionsprozesse verbunden sind.

Die Sozialerhebung untersucht daher regelmäßig, zu welchen Anteilen die verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen und die beiden Geschlechter an der Hochschulausbildung beteiligt sind.

Quotenbildung

Um Benachteiligungen einzelner Sozialgruppen aufzuzeigen, dürfen als Grundgesamtheit nicht nur diejenigen betrachtet werden, denen der Zugang zu einer Schulform gelungen ist, sondern Ausgangspunkt (100%) müssen alle Kinder einer Sozialgruppe in der Bevölkerung sein (von 100 Arbeiterkindern in der Bevölkerung gelangen x in ein Studium, von 100 Beamtenkindern hingegen y).

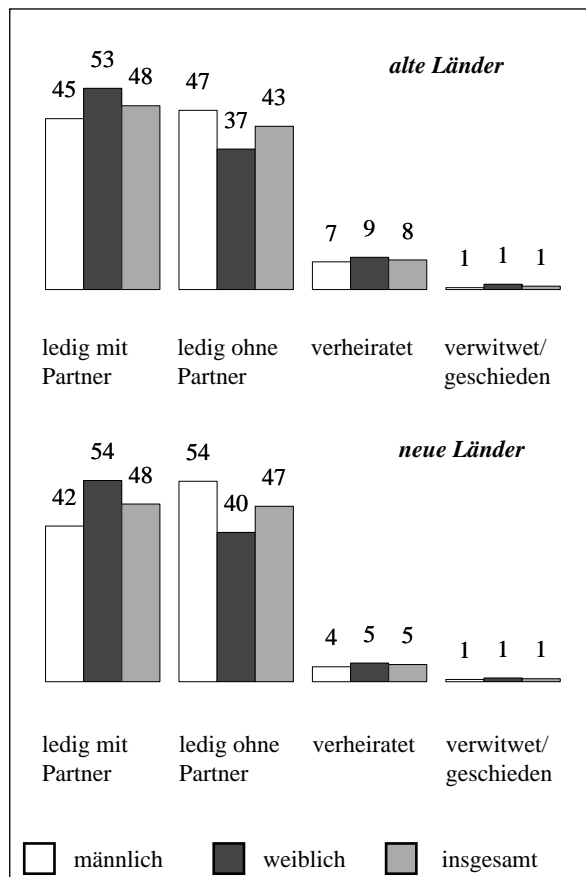
Bildungsschwellen

Auf dem Weg zur Hochschulbildung sind im Laufe der Schulzeit einige Schwellen eingebaut, welche sicherstellen sollen, daß die Bildungsentcheidung nach Eignung fällt. Die vier markantesten dieser Bildungsschwellen sollen kurz dargestellt werden.

1. Schwelle: Übergang Hauptschule - Gymnasium

Die erste Bildungsbarriere müssen die Kinder bereits nach der 4. Klasse überwinden: in den meisten Ländern wird zu diesem Zeitpunkt entschieden, ob ein Kind auf einem Gymnasium, ei-

Bild 4 Familienstand der Studierenden 1997 nach Geschlecht
in %

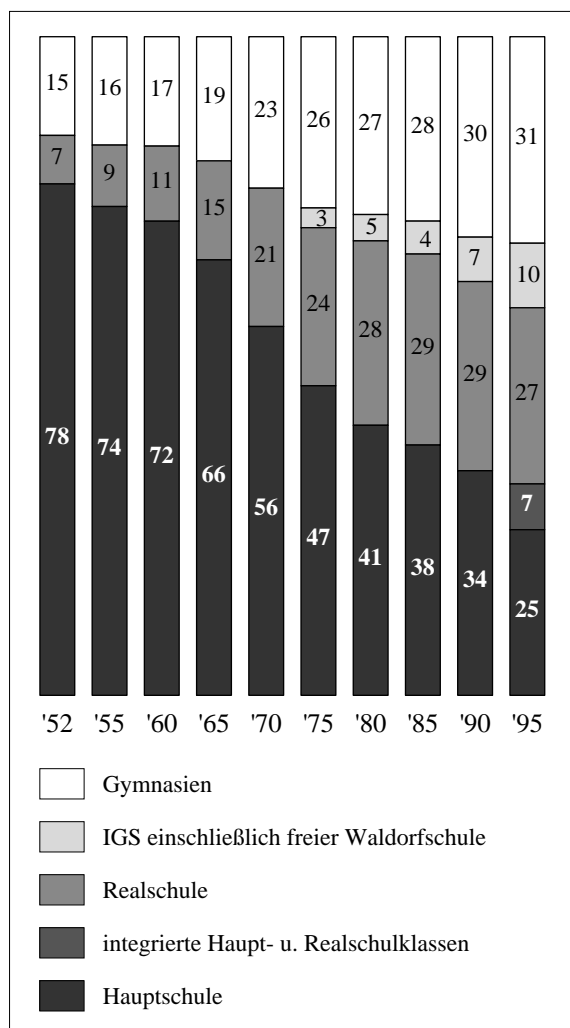


ner Realschule oder einer Hauptschule weiter gebildet werden soll. In manchen Bundesländern folgt nach der 4. Klasse zunächst eine zweijährige Orientierungsstufe, so daß über den Besuch einer weiterführenden Schule dort erst nach der 6. Klasse entschieden wird. Die Wirkung der Schwelle 1 läßt sich anhand des Schulbesuchs der 8. Klässler nachzeichnen (Bild 5).

Anfang der 50er Jahre war der allergrößte Teil der Schüler des 8. Schuljahrgangs (78%) noch in der Hauptschule. Der Anteil der Hauptschüler unter den Schülern des 8. Schuljahrgangs reduziert sich seither kontinuierlich und beträgt 1995 nur noch 25%. Entsprechend zugenommen hat hingegen sowohl die Zahl der Realschüler als

Bild 5 Schüler im 8. Schuljahrgang nach Schulart in Deutschland^{*)} 1952 bis 1995

in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

^{*)}ab 1991 einschließlich neue Länder

Quelle: StaBA: Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 10, Bildungswesen, I. Allgemeinbildende Schulen, verschiedene Jahrgänge.

auch die der Gymnasiasten. Besuchten 1952 nur 15% aller Schüler des 8. Schuljahrgangs ein Gymnasium, so waren dies 1995 fast ein Drittel aller Schüler des 8. Schuljahrgangs. Es wird deutlich, daß sich eine erhebliche Verbesserung im Bildungsniveau vollzogen hat. Dieser Anstieg der Bildungsbeteiligung an weiterführenden Schulen bildet die Grundvoraussetzung für eine höhere Bildungsbeteiligung im Hochschulbereich.

2. Schwelle: Übergang Sekundarstufe I - Sekundarstufe II

Die nächste Barriere zeigt sich beim Übergang von der 10. zur 11. Klasse: Für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe bedarf es eines entsprechenden Notendurchschnitts. Hier finden sich auch Möglichkeiten für einen weiteren Bildungsaufstieg für diejenigen, die zunächst auf die Realschule oder Hauptschule verwiesen wurden: Bei einem entsprechenden Notendurchschnitt und Abschluß einer 10. Klasse kann auch von der Real- oder der Hauptschule in die gymnasiale Oberstufe aufgestiegen werden.

Von allen 17- oder 18jährigen Kindern, die diese Schwelle bereits passiert haben (ein Teil befindet sich noch in Klassenstufe 10) gehen 49% auf eine berufliche Schule (befinden sich also in einer betrieblichen Berufsausbildung oder sind erwerbstätig), 3% besuchen keine Schule mehr, 2% sind bereits an einer Hochschule und 46% befinden sich in der gymnasialen Oberstufe.

3. Schwelle: Erwerb einer Studienberechtigung

Der Eintritt in die gymnasiale Oberstufe sichert noch nicht den Hochschulzugang. Erst das Bestehen der Reifeprüfung, die ggf. eine Fachhochschulreife bzw. eine allgemeine Hochschulreife bescheinigt, ermöglicht den Zugang. An diese Schwelle mündet auch ein inzwischen nicht unerheblicher Teil über Fachoberschulen u.ä. Schulformen beruflich Gebildeter (1996 waren das etwa 21% aller Studienberechtigten. Ein kleiner Teil (6%) erreicht diese Schwelle über die klassischen Formen des sog. zweiten Bildungswegs, das Abendgymnasium oder ein Kolleg.

Die Schwelle 3 passierten 1996 36 von 100 Kindern des Bezugsjahrgangs und erwarben eine Studienberechtigung; 9 von ihnen als Fachhochschulreife und 27 als allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife. Der Anteil der Studienberechtigten hat sich im Laufe der letzten 25 Jahre verdreifacht.

4. Schwelle: Realisierung der Studienberechtigung

Nicht jeder, der dazu berechtigt ist, studiert auch. Umgekehrt kommt ein kleiner Teil der Studierenden ohne schulische Studienberechtigung in die Hochschulen (unter 1%). Hierbei handelt es sich um Zugänge, die z.T. nur in einzelnen Bun-

desländern ermöglicht werden (z.B. Begabtenprüfung oder Sonderzugänge für beruflich besonders Qualifizierte).

Der Grad der Bildungsbeteiligung im Hochschulbereich unterscheidet sich immer noch zwischen alten und neuen Ländern.

In den *alten Ländern* haben im Jahre 1996 von allen 18- bis 21jährigen Deutschen 33% ein Studium an einer Hochschule in Deutschland aufgenommen (Studienanfängerquote). Die Studienanfängerquoten haben sich von Mitte der 80er Jahre bis Mitte der 90er Jahre deutlich erhöht (von insgesamt 19% 1985 auf 33% 1996). Sie stagnieren allerdings seit Anfang der 90er Jahre auf etwa gleichem Niveau (Bild 6, oben).

In den *neuen Ländern* beträgt die Studienanfängerquote 1996 25%. Gegenüber 1993 hat sie damit leicht zugenommen. 1993 betrug die Studienanfängerquote 21%. Trotz der leichten Zunahme liegt die Bildungsbeteiligung hinsichtlich des Hochschulbesuchs damit in den neuen Ländern immer noch deutlich niedriger als in den alten Ländern.

Geschlechtsspezifische Bildungsbeteiligung

Noch immer nehmen mehr Männer als Frauen ein Studium auf. 1996 sind es 35% der 18- bis 21jährigen Männer, aber nur 31% der altersgleichen Frauen (Bild 6). Es zeigt sich jedoch ein deutlicher Trend zugunsten der Frauen: ihre Bildungsbeteiligung hat sich in den letzten 10 Jahren nahezu verdoppelt. Noch 1986 lag die Quote bei nur 16%. Bis 1990 stieg die Quote auch bei den Männern deutlich, seitdem sinkt sie jedoch (innerhalb der letzten 5 Jahre um 2 %-Punkte). An Universitäten nehmen sogar - erstmals 1995 - mehr Frauen als Männer ein Studium auf (23% der 18- bis 21jährigen Frauen aber nur 22% der Männer gleichen Alters). Dies gilt allerdings nicht für den Bereich der Fachhochschulen (m. 13%; w. 8%). Es ist absehbar, daß - jedenfalls auf der Ebene des Hochschulzugangs allgemein - geschlechtsspezifische Bildungsbenachteiligungen sehr bald überwunden sind.

Sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung

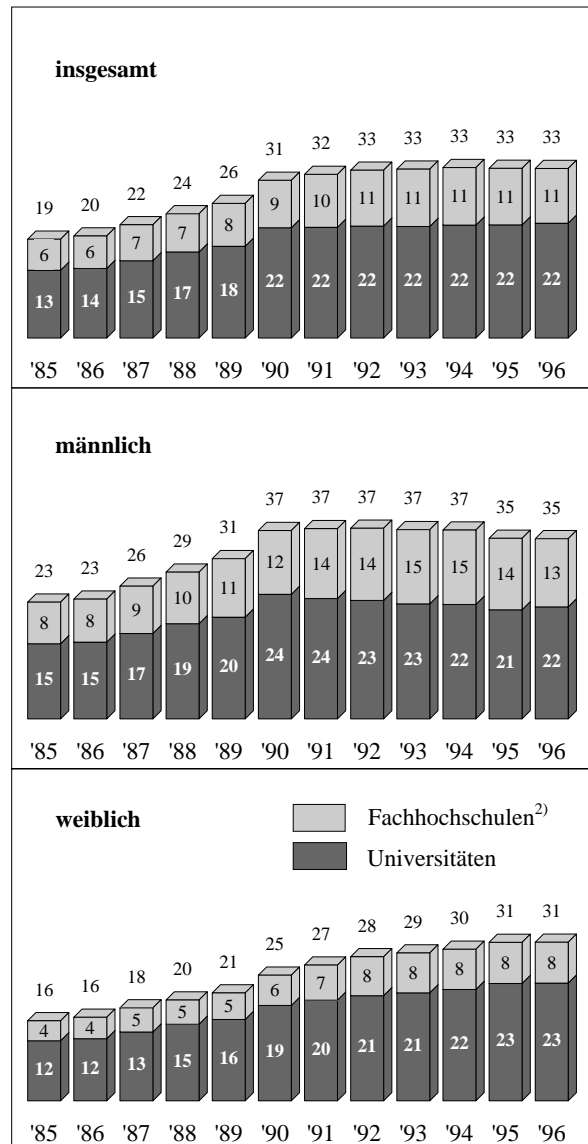
Die sozialgruppenspezifische Beteiligung an höherer Bildung wurde vor allem an zwei Schnittstellen beobachtet: beim Zugang zur gymnasialen Oberstufe (Schwelle 2) und beim Zugang zur Hochschule (Schwelle 4).

Schulbildung der Eltern und Bildungsbeteiligung

Fast die Hälfte der 17- bis 18jährigen (45%) haben Väter mit Hauptschulabschluß, von ihnen gelangen 33% in die gymnasiale Oberstufe und nur 18% in ein Studium (10% Universität, 8% Fachhochschule, vgl. Bild 7). Nur etwa ein Fünftel (16%) der Eltern verfügen über eine Hochschulreife: Von dieser relativ kleinen Gruppe überspringen hingegen 84% der Kinder die Schwelle in die gymnasiale Oberstufe und 70% gelangen an eine Hochschule (53% Universität, 17% Fachhochschule). Die Selektionsprozesse

Bild 6 Anteil deutscher Studienanfänger an der gleichaltrigen¹⁾ deutschen Bevölkerung nach Geschlecht und Hochschulart (Studienanfängerquote) 1985 bis 1996

alte Länder; in %



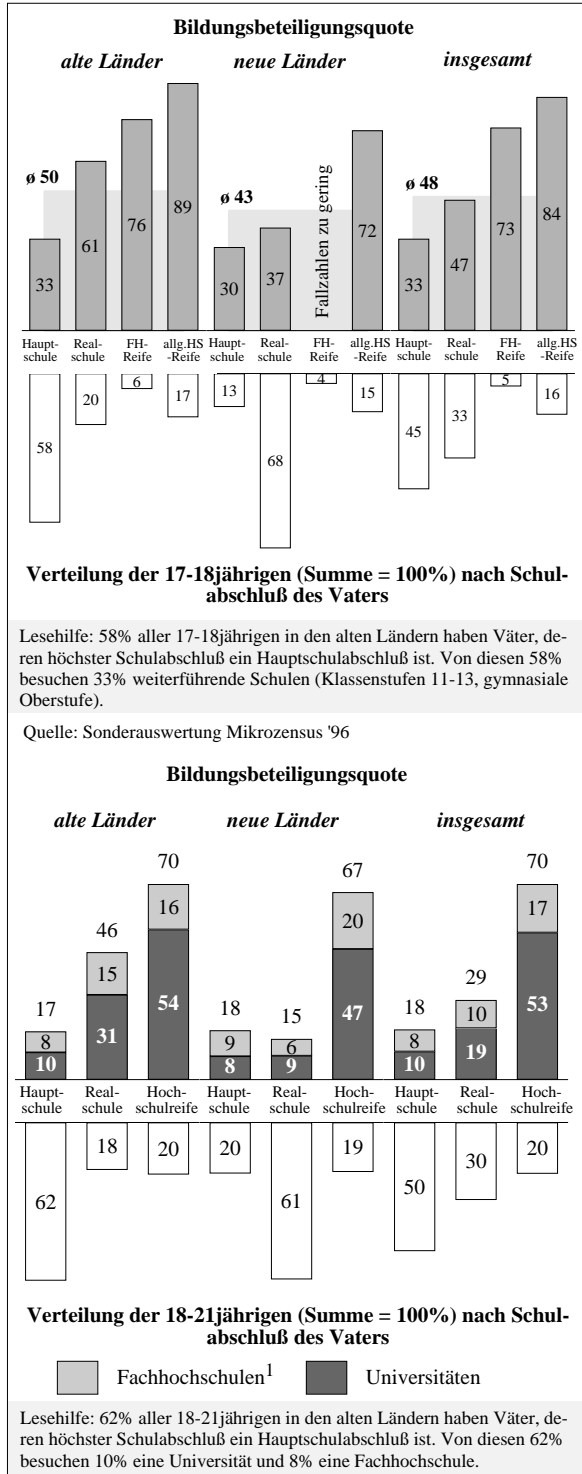
DSW/HIS 15. Sozialerhebung

1) durchschnittliche Jahrgangsstärken der 18- bis unter 22jährigen Bevölkerung

2) einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: eigene Berechnungen nach StBA: Bevölkerungszahlen (unveröffentlicht); StBA: Studenten an Hochschulen, verschiedenen Jahrgänge, Mikrozensus (Sonderauswertung), HIS-Studienanfängerbefragung.

Bild 7 Bildungsbeteiligung nach Schulbildung des Vaters 1996
Schwelle 2: 17-18jährige an gymnasialer Oberstufe;
Schwelle 4: 18-21jährige an Hochschulen
 in %



¹ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen DSW/HIS 15. Sozialerhebung

verschärfen sich also zunehmend beim Übergang in die Hochschule.

Familieneinkommen und Bildungsbeteiligung

Bis zu einem Familiennettoeinkommen von unter 6.000 DM bleibt die Bildungsbeteiligung relativ konstant (Kinder aus Familien mit einem Nettoeinkommen von unter 2.200 DM gelangen zu 39%, bei einem Nettoeinkommen zwischen 5.000 DM und unter 6.000 DM zu 45% in die gymnasiale Oberstufe). Eine deutliche Zunahme des sozialen Beteiligungswertes findet sich erst jenseits der 6.000 DM-Grenze: Studierende, deren Eltern über ein Familiennettoeinkommen von 6.000 bis unter 7.000 DM verfügen, gelangen zu 54% und in der Gruppe der Spitzenverdiener (Familiennettoeinkommen von 7.000 DM und mehr) gelangen 68% in die gymnasiale Oberstufe. Ein ganz ähnlicher Zusammenhang findet sich für die Teilhabe an Hochschulbildung: Von dem Viertel 18- bis 21jähriger, deren Eltern über das niedrigste Nettoeinkommen verfügen, gelangen 26% in ein Studium, bei dem Viertel der Besserverdienenden mit dem höchsten Einkommen liegt die Bildungsbeteiligungsquote bei 45%.

Berufliche Stellung und Bildungsbeteiligung

Die Aussagekraft der sozialversicherungsrechtlichen Kategorien (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige) hat in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter abgenommen. Eine Binnendifferenzierung der einzelnen Sozialgruppen (z. B. der Beamtenkinder) nach der Schulbildung des Vaters bestätigt die starke Heterogenität der Gruppen: 72% aller Beamtenkindern gelingt der Übergang in die gymnasiale Oberstufe. Von den Beamtenkindern, deren Väter lediglich über einen Hauptschulabschluß verfügen, sind es hingegen nur 40%, von denen mit Realschulabschluß 59%, von denen mit Hochschulreife sogar 88% (Bild 8). Für die Gruppe der Angestellten wie für die der Selbständigen finden sich ganz ähnliche Ergebnisse: Lediglich die Gruppe der Arbeiterkinder ist vergleichsweise homogen (Abweichungen von lediglich 4%-Punkten für die Untergruppen). Entsprechende Ergebnisse finden sich für die Beteiligungswerte bei der Aufnahme eines Hochschulstudiums. Die Betrachtung macht deutlich: Nur für die Gruppe der Arbeiterkinder erweist sich die berufliche Stellung des Vaters immer noch als zutreffende Bezeichnung einer homogenen Klassenlage.

Da für zurückliegende Zeiträume keine Statistikdaten für eine Differenzierung der beruflichen Stellung der Eltern verfügbar sind, muß die Zeitreihenbetrachtung (Bild 9) auf die groben sozialversicherungsrechtlichen Kategorien zurückgreifen. Nachdem die Bildungsbeteiligungsquoten für den Hochschulbereich bis 1990 durchweg an-

Bild 8 Bildungsbeteiligung nach beruflicher Stellung und Schulbildung des Vaters 1996

Schwelle 2: 17-18jährige an gymnasialer Oberstufe;
 Schwelle 4: 18-21jährige an Hochschulen
 in %

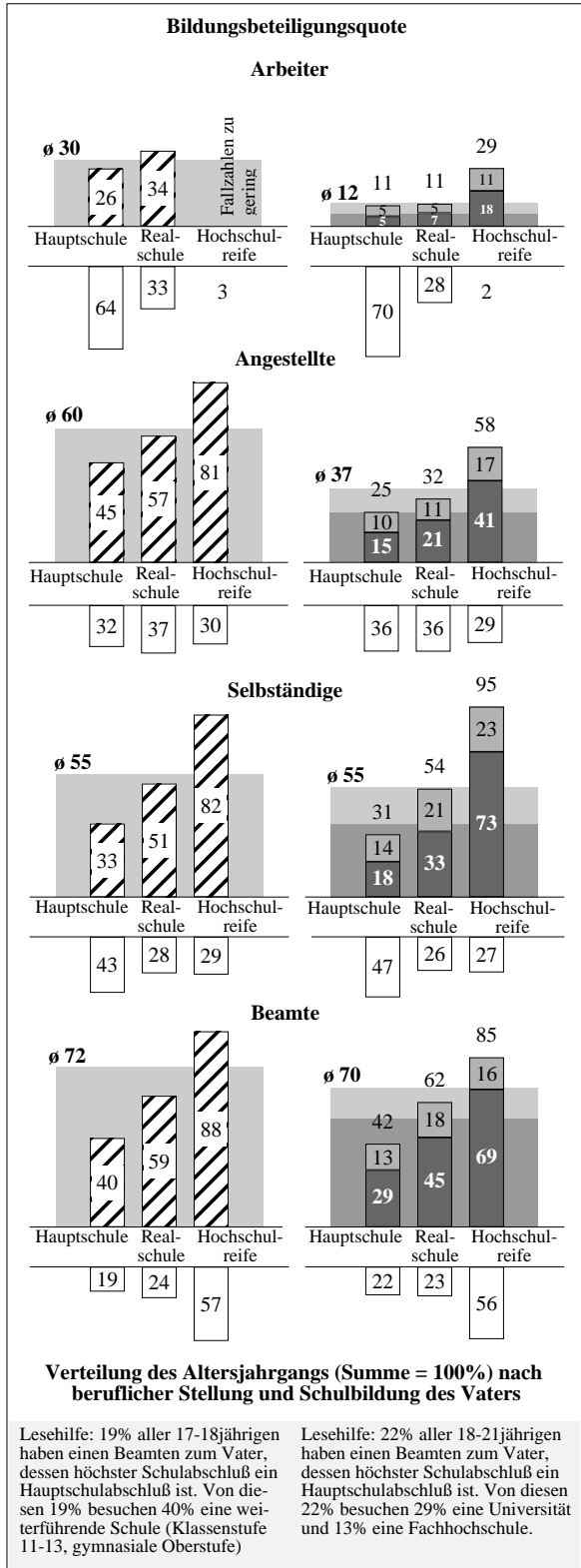
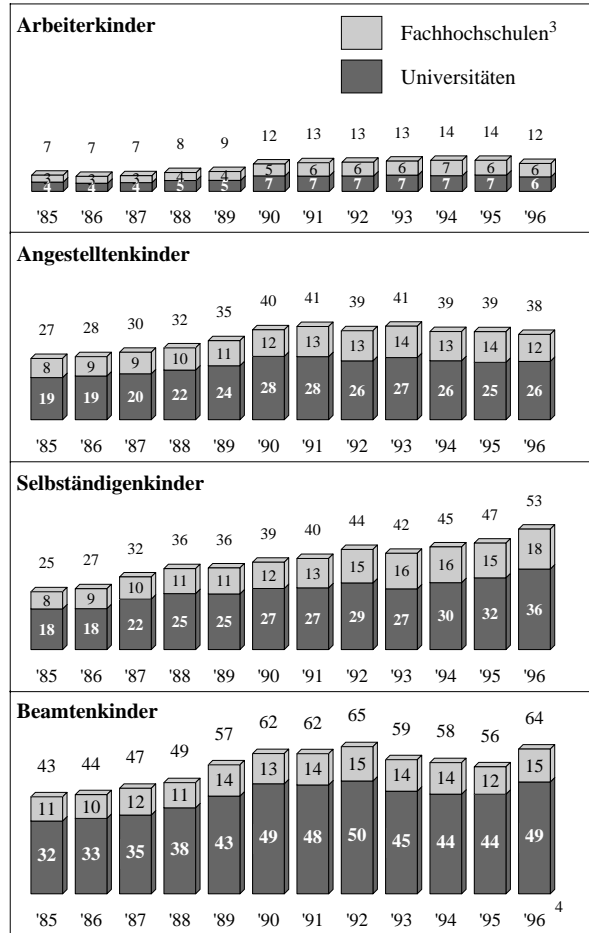


Bild 9 Schwelle 4: Bildungsbeteiligung der 18-21jährigen an Hochschulen nach beruflicher Stellung des Vaters im Zeitverlauf 1985-1996²

alte Länder, in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

¹ durchschnittliche Jahrgangsstärken der 18- bis unter 22jährigen Bevölkerung

² Zeitreihen aus der 14. Sozialerhebung wurden korrigiert (endgültige Studienanfängerzahlen u.a.)

³ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

⁴ Bis 1995 standen zur Berechnung des Bezugsjahrgangs nur die gegenwärtig erwerbstätigen Familienbezugspersonen (FB) zur Verfügung, unter denen Arbeiter unterrepräsentiert sind. Seit 1996 kann auch auf die Daten der früher erwerbstätigen FB zugegriffen werden. Bei Berücksichtigung nur erwerbstätiger FB hätten sich folgende Quoten ergeben: Beamtenkinder: 46/14/60 (Uni/FH/insgesamt), Angestelltenkinder: 25/12/37, Selbständigenkinder: 34/17/50, Arbeiterkinder: 7/6/13.

Quellen: StBA, eigene Berechnungen

gestiegen waren, stagnieren sie seither im wesentlichen. Bei Beamtenkindern fand sich bis 1995 eine leicht sinkende, bei Selbständigenkindern eine leicht steigende Tendenz. Für die Arbeiterkinder steigt die Quote erst ab 1989 relevant an und seit 1995 findet sich eine leicht sinkende Quote.

Soziale Herkunft und Bildungsbeteiligung

Erstmalig konnte der von der Sozialerhebung entwickelten Kombinationsindikatoren der sozialen Herkunft auch mit Daten des Mikrozensus

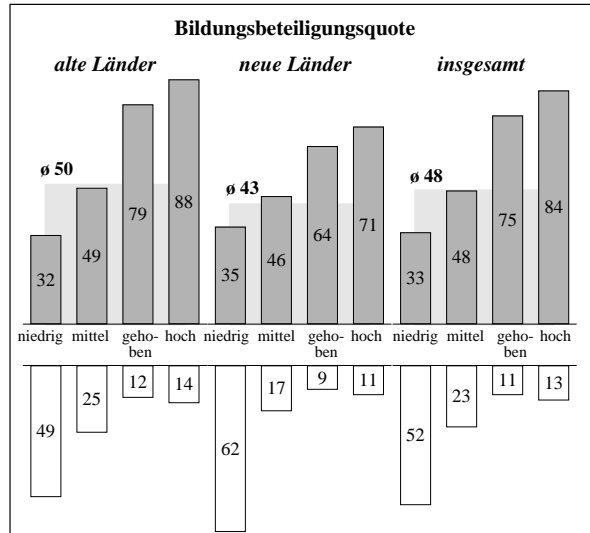
nachgebildet werden, so daß es nunmehr möglich ist, auch für die sozialen Herkunftsgruppen (niedrig, mittel, gehoben, hoch, vgl. Bild 15) Bildungsbeteiligungsquoten zu berechnen. Die Unterschiede in den Bildungsbeteiligungsquoten beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe sind beträchtlich (Bild 10): Die Mehrheit der 17- bis 18jährigen stammt aus der niedrigen sozialen Herkunftsgruppe (52%). Von 100 Schülern dieser Gruppe gelingt 33 der Übergang in die gymnasiale Oberstufe. Bei der schon deutlich kleineren mittleren sozialen Herkunftsgruppe liegt die Quote bei 48%, in der gehobenen Herkunftsgruppe bei 75%, in der hohen gar bei 84%.

Der Zugang zur Hochschule bildet für 18 bis 21jährige der unteren sozialen Herkunftsgruppe eine noch größere Hürde: Wenn von 100 Kindern der unteren sozialen Herkunftsgruppe immerhin 33 in weiterführende Schulen gelangen, überwinden nur 8 von ihnen die Schwelle zur Hochschulausbildung. In der hohen sozialen Herkunftsgruppe ist die Wahrscheinlichkeit für den Übergang an den beiden Schnittstellen um ein Vielfaches höher; von 100 Kindern gelingt 84 der Übergang in die gymnasiale Oberstufe und 72 die Aufnahme eines Studiums (Bild 11). Die Tatsache, daß immerhin 33% der Kinder der unteren Herkunftsgruppe sich als geeignet für weiterführende Schulen erweisen, beweist, daß in der unteren sozialen Herkunftsgruppe ein erhebliches Leistungspotential vorhanden ist, das aber durch die sozial spezifische Wirkung der Schwelle des Hochschulzugangs weitgehend unausgeschöpft bleibt. Zumindestens für diesen Teil der unteren sozialen Herkunftsgruppe kann davon ausgegangen werden, daß die gesellschaftspolitischen Instrumente der Mobilisierung und Förderung nicht ausreichen.

Entwicklung der Bildungsbeteiligung in den neuen Ländern und in einzelnen alten Ländern

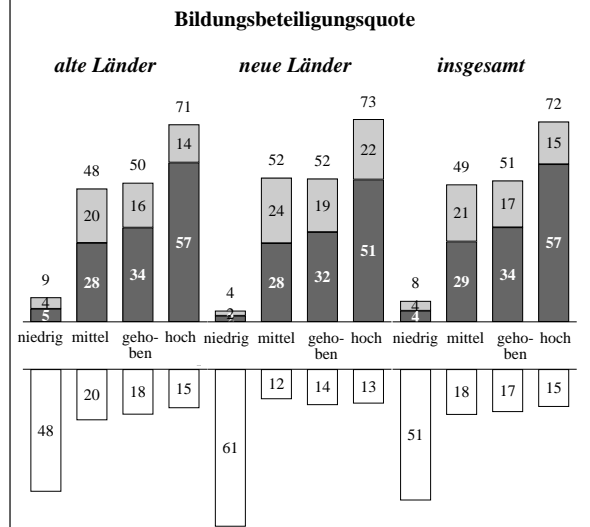
Die Bildungsbeteiligung in den *neuen Ländern* ist insgesamt noch etwas niedriger als in den *alten Ländern*: Dies gilt für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe (alte Länder 50%; neue Länder: 43%) ebenso wie für die Teilhabe an der Hochschulbildung (alte Länder 33%, neue Länder 25%). Allerdings ist die allgemeine Bildungsbeteiligung in den neuen Ländern deutlich von 17% 1992 auf 25% 1996 gestiegen. Bei Betrachtung der sozialen Herkunftsgruppen zeigt sich in den neuen Ländern beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe eine geringfügig höhere Bildungsbeteiligung für die untere soziale Herkunftsgruppe und umgekehrt deutlich geringere Bildungsbeteiligungen für die hohen sozialen Herkunftsgruppen. Um so überraschender sind die Ergebnisse für den Zugang zur Hochschule: in den neuen Ländern gelingt nur 4% der Kinder aus der unteren sozialen Herkunftsgruppe der

Bild 10 Bildungsbeteiligung nach sozialer Herkunft 1996
Schwelle 2: 17-18jährige an gymnasialer Oberstufe; Schwelle 4: 18-21 jährige an Hochschulen
 soziale Herkunftsgruppen der Sozialerhebungen in %



Verteilung der 17-18jährigen (Summe = 100%) nach sozialer Herkunft der Eltern

Lesehilfe: 49% aller 17-18jährigen in den alten Ländern haben Väter, die der niedrigen sozialen Herkunftsgruppe angehören. Von diesen 49% besuchen 32% weiterführende Schulen (Klassen stufen 11-13, gymnasiale Oberstufe).



Verteilung der 18-21jährigen (Summe = 100%) nach sozialer Herkunft der Eltern

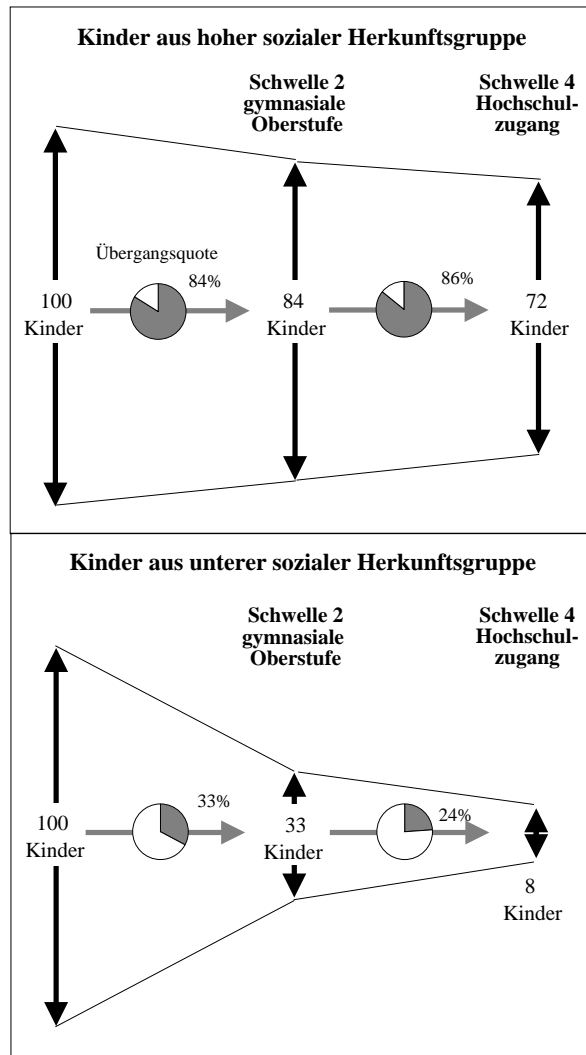
Lesehilfe: 48% aller 18-21jährigen in den alten Ländern haben Väter, die der niedrigen sozialen Herkunftsgruppe angehören. Von diesen 48% besuchen 5% eine Universität und 4% eine Fachhochschule.

¹ einschließlich Verwaltungsfach - hochschulen DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Übergang an die Hochschule, ein weit geringerer Anteil als in den alten Ländern (9%). Offensicht-

Bild 11 Der Bildungstrichter: Schematische Darstellung sozialer Selektion

Bildungsbeteiligung von Kindern aus hoher bzw. unterer sozialer Herkunftsgruppe in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

lich ist in den neuen Ländern die soziale Selektion beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe geringer, beim Zugang zur Hochschule aber deutlich stärker wirksam als in den alten Ländern.

In den südlichen Ländern (aggregierter Wert für Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern) finden sich für Arbeiterkinder die niedrigsten sozialen Beteiligungswerte: Lediglich 20% der 17- bis 18jährigen Arbeiterkinder gelingt der Sprung in die gymnasiale Oberstufe. In den nördlichen Ländern (aggregierter Wert für Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Niedersachsen) liegt die Bildungsbeteiligungsquote mit 33% schon deutlich über diesem Wert; die höchste Quote findet sich hingegen in den Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen. Hier ge-

lingt immerhin 38% der Arbeiterkinder der Übergang in weiterführende Schulen. Die Berechnung der Bildungsbeteiligungsquoten nach den sozialen Herkunftsgruppen bestätigt die regionalen Unterschiede: Im Süden gelangen nur 23% der Kinder aus niedriger sozialer Herkunftsgruppe in die gymnasiale Oberstufe, in den Ländern Hessen und NRW hingegen 43%.

Europäischer Vergleich

Soziale Selektion beim Zugang zur höheren Bildung ist keine deutsche Besonderheit, sondern findet sich überall in Europa (Bild 12). Von allen 19- bis 24jährigen Europäern, deren Eltern einen Schulabschluß unterhalb des Sekundarbereichs II

Bild 12 19- bis 24jährige Studierende im Tertiärbereich nach Bildungsniveau der Eltern 1995

in % der altersgleichen Bevölkerung

		Bildungsabschluß der Eltern		
		Primar- oder Sekundarbereich I	Sekundarbereich II	Hochschulbereich
	Europa	17	26	48
	Finnland	8	12	37
	Luxemburg	9	24	45
	Griechenland	10	28	53
	Dänemark	12	13	30
	Irland	12	30	54
	Schweden	15	25	55
	Niederlande	16	26	43
	Italien	17	46	61
	Portugal	20	51	73
	Frankreich	22	35	68
	Spanien	22	49	63
	Belgien	26	44	61
	Deutschland	n.v.	n.v.	n.v.
	Großbritannien	n.v.	n.v.	n.v.
	Österreich	n.v.	n.v.	n.v.

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Quelle: Eurostat

n.v. = Daten nicht verfügbar

haben, gelangen nur 17% in den tertiären Bildungsbereich. Verfügen die Eltern hingegen über einen Abschluß aus dem Hochschulbereich, so gelangen sie fast zur Hälfte in den Genuß tertiärer Bildung. Die starke soziale Selektivität in der Bildungsbeteiligung besteht in allen Ländern der Europäischen Union.

Exkurs: Demographie und Bildungsbeteiligung

In der bisherigen Darstellung standen die sozial-spezifischen Bildungsbeteiligungsquoten im Vordergrund. Am Rande wurden aber auch bereits die Größenordnungen der jeweiligen Jahrgangsstärken in der Bevölkerung erwähnt und in den grafischen Darstellungen der Bilder ausgewiesen. Für die Berechnung der absoluten Zahlen der Bildungsbeteiligung sind beide Werte von Bedeutung. Am Beispiel der Bildungsbeteiligung nach der beruflichen Stellung der Eltern soll ihr Zusammenwirken für den Hochschulzugang veranschaulicht werden.

Wie viele Kinder einer bestimmten Sozialgruppe ein Studium aufnehmen, hängt nicht nur von der

Höhe der Bildungsbeteiligung ab, sondern auch von der Größe der jeweiligen sozial-spezifischen Gruppe i :

$$\text{Jahrgangsstärke } i * \text{Bildungsbeteiligungsquote } i = \text{Studienanfänger } i$$

So nehmen 1996 von 221.000 Arbeiterkindern im studierfähigen Alter bei niedriger Bildungsbeteiligungsquote (12%) nur 27.000 ein Studium auf (Bild 13). Die in etwa gleich große Gruppe der Angestelltenkinder (210.000) im studierfähigen Alter stellt bei einer dreifach höheren Bildungsbeteiligungsquote 79.000 Studienanfänger.

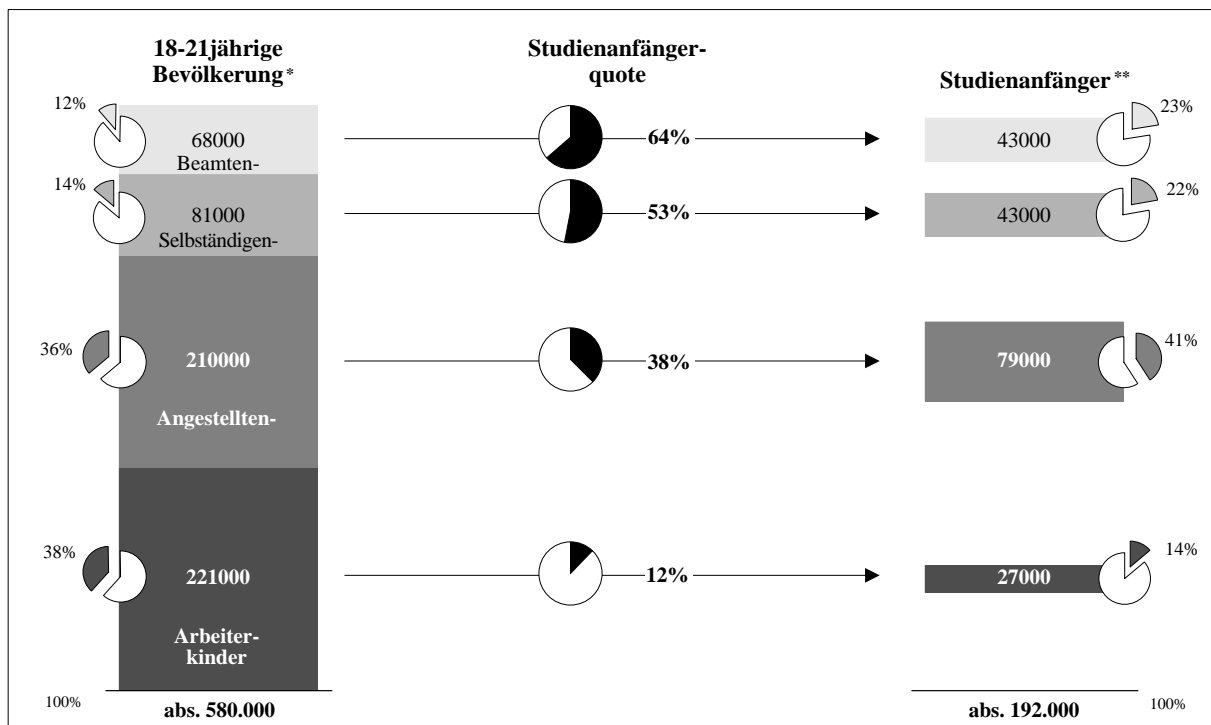
Die relativ kleinen Gruppen der Beamten- und Selbständigenkinder (68.000 Beamtenkinder, 81.000 Selbständigenkinder) stellen bei hohen Bildungsbeteiligungsquoten (64% bzw. 53%) jeweils 43.000 Studienanfänger; also wesentlich mehr als die dreifach größere Gruppe der Arbeiterkinder.

Von den 1996 insgesamt 192.000 Studienanfängern (nur Deutsche) sind demnach:

Bild 13 Demographie und Bildungsbeteiligung 1996

$$\left[\begin{array}{l} \text{sozialgruppen-} \\ \text{spezifische} \\ \text{Jahrgangsstärke} \end{array} \right] * \left[\begin{array}{l} \text{sozialgruppen-} \\ \text{spezifische} \\ \text{Studienanfänger-} \\ \text{quote} \end{array} \right] = \left[\begin{array}{l} \text{Soziale} \\ \text{Zusammensetzung} \\ \text{der Studienanfänger} \\ \text{(Anzahl und Anteil)} \end{array} \right]$$

nur Deutsche, alte Länder, absolut und in %



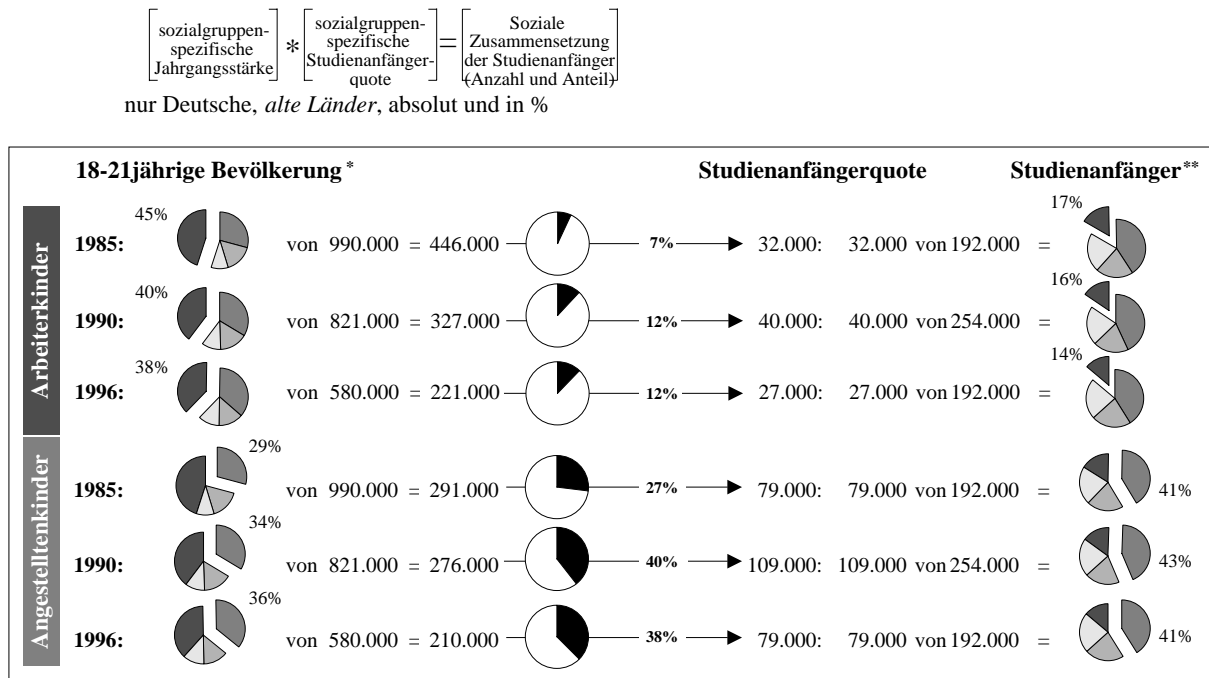
DSW/HIS 15. Sozialerhebung

* Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärken der 18-21-jährigen deutschen Bevölkerung)

** Deutsche Studienanfänger im Studienjahr 1995 (Sommersemester '95 und Wintersemester '95/'96) an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA, eigene Berechnungen nach: StBA: Bevölkerungszahlen (unveröffentlicht); StBA: Stud. an Hochschulen, verschiedene Jahrgänge; Mikrozensus (Sonderauswertungen); HIS-Studienanfängerbefragungen

Bild 14 Demographie und Bildungsbeteiligung im Zeitverlauf am Beispiel der Arbeiter und Angestelltenkinder:



* Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärken der 18-21jährigen deutschen Bevölkerung)
 ** Deutsche Studienanfänger im Studienjahr (Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester) an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Quellen: StBA, eigene Berechnungen nach: StBA: Bevölkerungszahlen (unveröffentlicht); StBA: Stud. an Hochschulen, verschiedene Jahrgänge; Mikrozensus (Sonderauswertungen); HIS-Studienanfängerbefragungen

- Beamtenkinder 23%
- Selbständigenkinder 22%
- Angestelltenkinder 41%
- Arbeiterkinder 14%

Bei diesen Anteilswerten handelt es sich um Quoten der sozialen Zusammensetzung. Sie sind nicht zu verwechseln mit der Bildungsbeteiligungs- bzw. Studienanfängerquote.

Die Bildungsbeteiligungsquote für Arbeiterkinder (12%) hat als Basis die Gesamtheit aller Arbeiterkinder des Bezugsjahrganges (221.000), die Quote der sozialen Zusammensetzung (14%) gibt demgegenüber den Anteil der Arbeiterkinder an allen Studienanfängern an (27.000 von 192.000). Die beiden Quotenwerte liegen nur zufällig dicht beieinander.

Bild 14 lässt sich beispielhaft entnehmen, wie sich Jahrgangsstärken und Bildungsbeteiligungsquoten im Zeitverlauf entwickeln. So lag die Bildungsbeteiligungsquote (Studienanfängerquote) für Arbeiterkinder 1985 bei 7% und stieg dann auf 12% 1996. Da im gleichen Zeitraum in der Bevölkerung die Zahl der Arbeiterkinder von 446.000 auf 221.000 absank, wird die Verdoppelung der Bildungsbeteiligung durch diese demographisch bedingte Abnahme mehr als kompensiert. Statt 32.000 Studienanfängern im Jahre

1985 nehmen 1996 nur 27.000 ein Studium auf.

Bei den Angestelltenkindern steigt die Bildungsbeteiligung zwischen 1985 und 1996 von 27% auf 38%. Dieser Effekt wird ebenfalls begleitet von einer Abnahme der Gesamtzahl der Angestelltenkinder (Jahrgangsstärke 1985: 291.000, 1996: 210.000). Der Rückgang ist allerdings schwächer als beim Jahrgang der Arbeiterkinder. Die gleichzeitige Erhöhung der Bildungsbeteiligungsquote reicht aus, um den Stand der Studienanfängerzahlen von 1985 auch 1996 zu halten (79.000).

Bezogen auf alle Studienanfänger (1996=192.000) machen Arbeiterkinder einen Anteil von 14% aus; es ergibt sich gegenüber 1985 (17%) eine leichte Abnahme. Angestelltenkinder können hingegen ihren relativen Anteil bei 41% halten.

4. Soziale Zusammensetzung der Studentenschaft

Unabhängig vom Zusammenspiel zwischen Demografie und Bildungsbeteiligung (s. Kap. 3) soll im folgenden die Studentenschaft hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung mit Hilfe der differenzierten Angaben aus der Sozialerhebung genau gekennzeichnet werden.

Bild 15 Übersicht über die Bildung sozialer Herkunftgruppen

berufliche Stellung	Bildungsherkunft	
	mit Hochschulabschluß	ohne Hochschulabschluß
größere(r) Selbständige(r)		
Beamtin/Beamter im höheren Dienst		
Angestellte(r) in gehobener Position		
mittlere(r) Selbständige(r)		
Beamtin/Beamter im gehobenen Dienst		
qualifizierte(r) Angestellte(r)/Meister(in)		
kleine(r) Selbständige(r)		
Beamtin/Beamter im einf. und mittl. Dienst		
ausführende(r) Angestellte(r)		
Facharbeiter(in)		
ungelernte(r), angelernte(r) Arbeiter(in)		

soziale Herkunftgruppen:	hohe	gehobene	mittlere	niedrige
--------------------------	------	----------	----------	----------

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

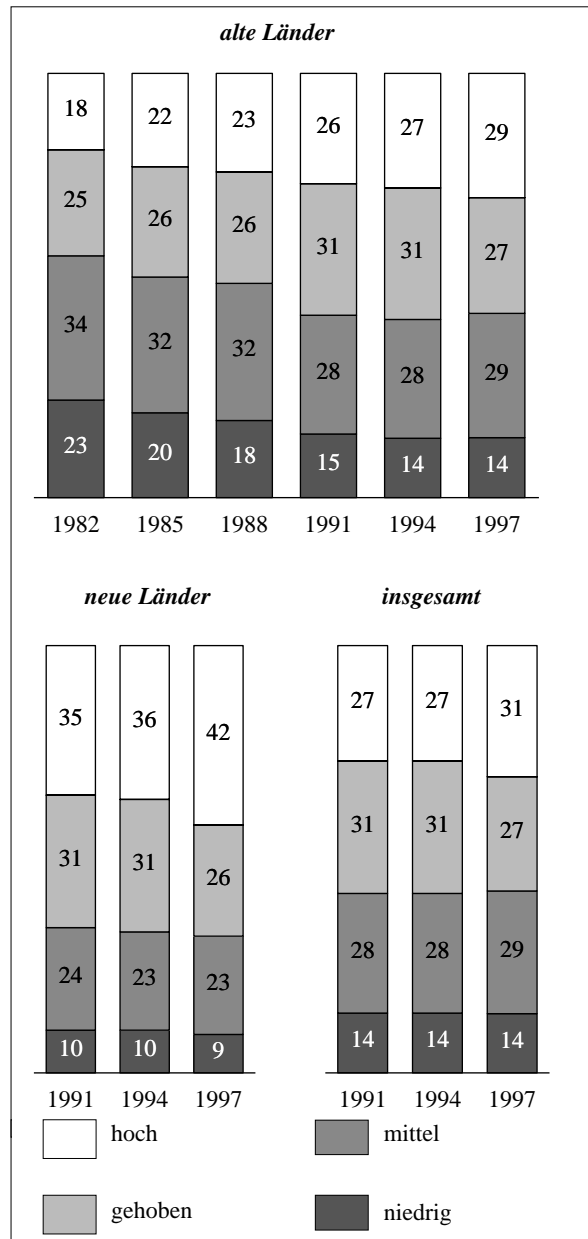
Für die Kennzeichnung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden an den Hochschulen wird das für die Sozialerhebung entwickelte hierarchische Modell der sozialen Herkunftgruppen benutzt. Dieses Modell ist genauer als die sozialgruppenspezifische Unterscheidung bei den Bildungsbeteiligungsquoten, da neben der beruflichen Stellung auch die Bildungsherkunft eingeht. Unter Kombination von beruflicher Position und Bildungsabschluß der Eltern ergeben sich vier Herkunftgruppen: niedrig, mittel, gehoben, hoch (Bild 15).

In den *alten Ländern* stammen 1997 lediglich 14% aller Studierenden aus der niedrigen Herkunftsguppe (Bild 12). Das Absinken dieses Anteils gegenüber 1982 mit 23% ist allein dadurch bedingt, daß die Jahrgangsstärken der Arbeiterkinder in der Gesellschaft abgenommen haben. Aus der hohen (29%) und gehobenen Herkunftsguppe (27%) stammen mehr als die Hälfte der Studierenden in der Studentenschaft.

Die ungleiche Präsenz der Studierenden aus den einzelnen sozialen Herkunftgruppen ist in den *neuen Ländern* noch deutlicher festzustellen: nur 9% der Studierenden kommen aus der niedrigen Herkunftsguppe, hingegen stammen 42% aus

Bild 16 Soziale Zusammensetzung der Studentenschaft 1982 bis 1997

in %



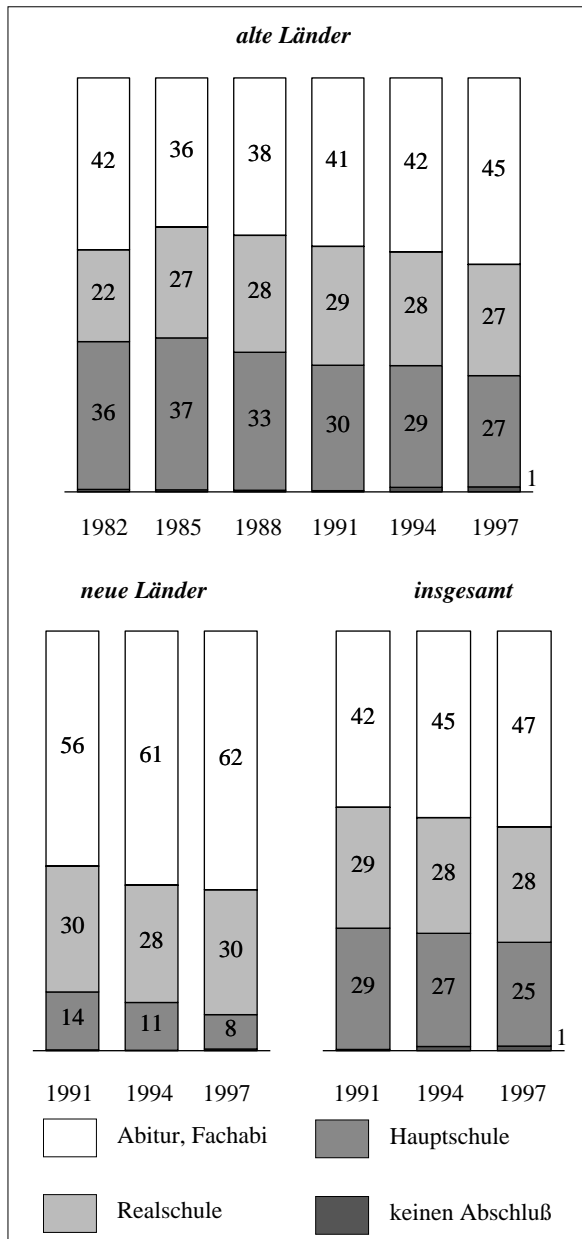
DSW/HIS 15. Sozialerhebung

der hohen Herkunftsguppe (Bild 16). Gegenüber 1991 hat sich diese Dominanz gehobener Schichten in der Studentenschaft der neuen Länder noch verstärkt.

Bildungsherkunft

Der größte Teil der Eltern von Studierenden verfügt über einen Abiturabschluß (47%). In den *neuen Ländern* wird diese Selbstrekrutierung der Bildungsschichten noch deutlicher: Fast zwei Drittel der Eltern von Studierenden besitzt die Hochschulreife. In den *alten Ländern* liegt der Anteil bei 45% (Bild 17).

Bild 17 Höchster Schulabschluß der Eltern 1982 bis 1997
in %



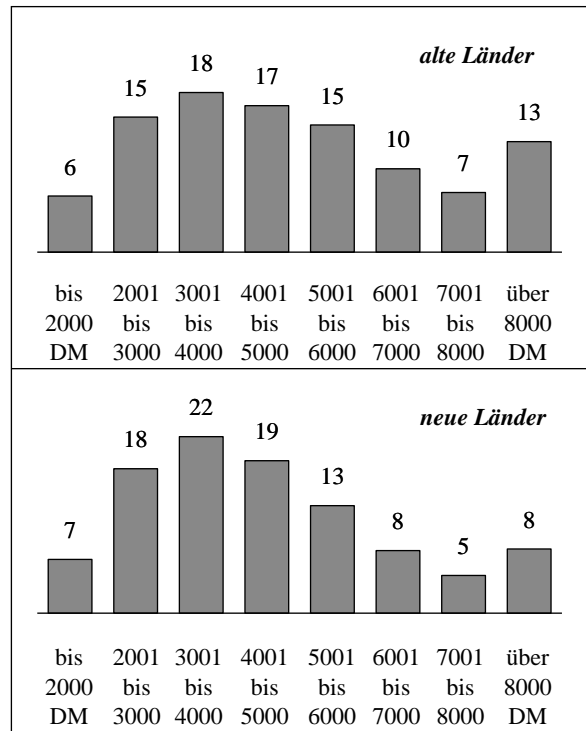
Einkommen der Eltern

Die Verteilung der Nettoeinkommen der Eltern zeigt, daß ein großer Teil der Eltern der Studierenden über höhere Einkünfte verfügt.

In den *alten Ländern* haben 30% der Eltern ein Nettofamilieneinkommen über DM 6.000 und mehr. Dem stehen in den unteren Einkommensklassen bis 2.000 DM ein Anteil von 6% (0 bis 4.000 DM 39%) gegenüber.

Im Gegensatz zu den alten Ländern liegt in den *neuen Ländern* das Elterneinkommen mehrheit-

Bild 18 Studierende nach dem monatlichen Nettoeinkommen der Eltern*
Anteil je Einkommensklasse in %



* keine Angaben alte Länder: 21%, neue Länder 16%

lich etwas niedriger. Nur 21% verfügen über ein Nettoeinkommen von mehr als 6.000 DM; demgegenüber gehört ein größerer Anteil zu den unteren Einkommensklassen (bis 2.000 DM 7%; bis 4.000 DM 47%). Gegenüber 1994 hat sich allerdings die Einkommensverteilung bei den Eltern in den neuen Ländern erheblich an die Einkommensverteilung in den alten Ländern angenähert. (Bild 18).

5. Studienfinanzierung - Einnahmen der Studierenden

Dargestellt wird die Einnahmensituation der ledigen, nicht im Elternhaus wohnenden Studierenden im Erststudium (Bezugsgruppe „Normalstudent“). Diese Studierenden werden bei versorgungs- und förderungspolitischen Überlegungen als Regelfall betrachtet. Die Bezugsgruppe „Normalstudent“ umfaßt derzeit 62% aller Studierenden.

Die wirtschaftliche Situation der übrigen Studierenden, die entweder noch im Elternhaus wohnen, bereits verheiratet sind oder einen ersten Studiengang mit Erfolg abgeschlossen haben, unterscheidet sich davon, bedingt durch die andere Lebens- und Haushaltssituation, erheblich.

Höhe der monatliche Einnahmen

Auch im Jahre 1997 bestehen, bezogen auf das monatlich zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten zur Verfügung stehende Geld, noch erhebliche Unterschiede zwischen den Studierenden in den alten und neuen Ländern. Dieser Unterschied ist in einer gesamtdeutschen Darstellung nicht erkennbar (Bild 19). Im folgenden wird daher durchgehend - wie schon im Rahmen der Sozialerhebungen von 1991 und 1994 - die finanzielle Situation der Studierenden unterschieden nach alten und neuen Ländern beschrieben.

Die Verteilung der Einnahmen ist breit gestreut. Das Zehntel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen hat in den alten Ländern weniger als 810 DM und in den neuen Ländern weniger als 690 DM zur Verfügung. Auf der anderen Seite der Verteilung steht das Zehntel der Studierenden mit den höchsten Einnahmen, die in den alten Ländern über mehr als 1.995 DM und in den neuen Ländern über mehr als 1.618 DM verfügen.

Wird die Verteilung geviertelt, ergeben sich fol-

gende Einnahmenhöhen als Abgrenzung der einzelnen Viertel:

Studierende	alte Länder	neue Länder
	- monatliche Einnahmen in DM -	
1. Viertel	bis 1.070	bis 850
2. Viertel	über 1.070 bis 1.300	über 850 bis 1.030
3. Viertel	über 1.300 bis 1.600	über 1.030 bis 1.300
4. Viertel	über 1.600	über 1.300

Das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen hat in den alten Ländern weniger als 1.070 DM und in den neuen Ländern weniger als 850 DM zur Verfügung. Der Grenzwert zwischen den beiden unteren Vierteln und den beiden oberen Vierteln ist der Zentralwert (oder Median). Dieser beschreibt den Betrag der Einnahmen, den die eine Hälfte der Studierenden unterschreitet und die andere Hälfte überschreitet. Er liegt in den alten Ländern bei 1.300 DM und in den neuen Ländern bei 1.030 DM. Während folglich die Hälfte der Studierenden in den alten Ländern über mehr als 1.300 DM verfügt, hat in den neuen Ländern gerade ein Viertel der Studierenden monatliche Einnahmen in dieser Größenordnung.

Als Durchschnittsbetrag (arithm. Mittel) der monatlichen Einnahmen ergibt sich für die Studierenden in den alten Ländern ein Betrag in Höhe von 1.392 DM und in den neuen Ländern mit 1.115 DM ein deutlich geringerer Betrag.

Der arithmetische Mittelwert der monatlichen Einnahmen liegt höher als der Zentralwert (Bild 20), weil entsprechend der Verteilung (vgl.

Bild 19 Studierende nach der Höhe der monatlichen Einnahmen

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %

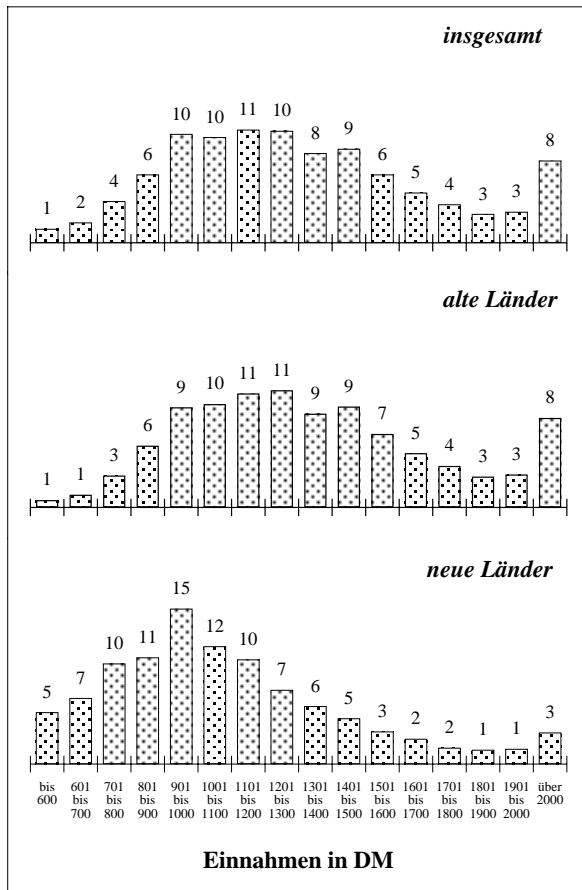


Bild 20 Entwicklung der monatlichen Einnahmen - Mittelwerte

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in DM

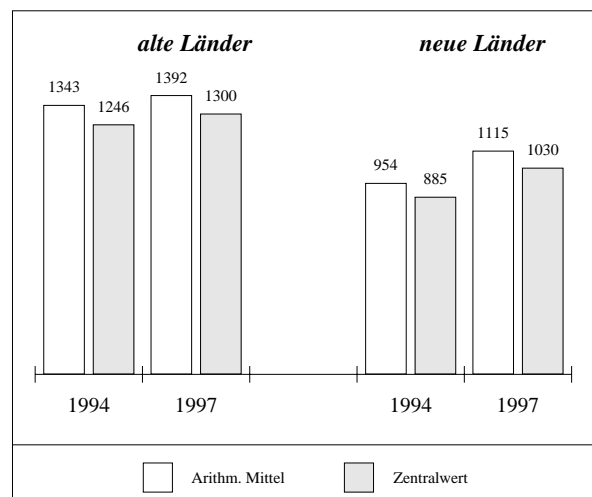


Bild 19) die Mehrheit der Studierenden (alte Länder: 57%, neue Länder: 59%) über monatliche Einnahmen verfügt, die unter dem Durchschnittsbetrag liegen, während der kleinere Teil der Studierenden über Einnahmen verfügt, die über dem Durchschnittsbetrag liegen, diesen zum Teil sogar "extrem" überschreiten. Der Zentralwert bleibt im Gegensatz zum arithmetischen Mittel von Extremwerten vollkommen unbeeinflusst. Angesichts der festgestellten Einnahmenverteilung mit einzelnen Extremwerten im höheren Einnahmenbereich ist für normative Bedarfsüberlegungen der Zentralwert geeigneter.

Im Vergleich mit den 1994 ermittelten Durchschnittsbeträgen (Bild 20: Arithm. Mittel) verfügen die derzeitigen Studierenden über nominal höhere Einnahmen: in den *alten Ländern* beträgt die Erhöhung 3,6% und in den neuen Ländern 16,9%. Wird die reale Entwicklung der Lebenshaltungskosten berechnet, indem die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Vergleichszeitraum berücksichtigt wird, bedeuten die nominal höheren Einnahmen lediglich für die Studierenden in den neuen Ländern auch eine reale Erhöhung der Einnahmen um 9,8%. Die Kaufkraft der Studierenden in den alten Ländern hingegen ist heute um 1,3% geringer als 1994.

Bei einer Bewertung der Einnahmenentwicklung in den *neuen Ländern* ist zu beachten, daß unter den dortigen Studierenden der Anteil derjenigen, die aus den alten Ländern zugewandert sind, sich erheblich erhöht hat. Wird als Kriterium für Einheimische und Zuwanderer das Land zugrundegelegt, in dem die Hochschulreife erworben wurde, ist nach den Daten der Sozialerhebung der Anteil der Studierenden, die aus den alten Ländern stammen, von 11% (1994) auf 23% (1997) gestiegen (Studierende die in Berlin die Hochschulreife erworben haben und an einer Ost-Berliner Hochschule studieren, werden dabei als Einheimische gewertet). Von Bedeutung für die Einkommensentwicklung ist, daß die Zuwanderer aus den alten Ländern über signifikant höhere monatliche Einnahmen verfügen (1997 im Durchschnitt um 230 DM höher) als die aus den neuen Ländern stammenden Studierenden (ohne die Studierenden in Ost-Berlin). Die erhebliche Erhöhung der Realeinnahmen der Studierenden in den neuen Ländern ist folglich zum Teil auf die verstärkte Zuwanderung von Studierenden aus den alten Ländern zurückzuführen.

Die monatlichen Einnahmen der nach dem BAföG geförderten Studierenden sind in den alten Ländern um knapp 10% geringer als die Einnahmen der Studierenden, die kein BAföG erhalten (1.284 DM vs. 1.422 DM). Auch in den neuen Ländern ist dieser Sachverhalt festzustellen, die Einnahmen der BAföG-Empfänger sind um knapp 8% geringer (1.056 DM vs. 1.146 DM).

Finanzierungsquellen - Inanspruchnahme und Leistung

Lediglich eine Minderheit der Studierenden (18%) bestreitet den Lebensunterhalt mit Einnahmen aus nur einer Finanzierungsquelle. Am häufigsten ist die Inanspruchnahme von zwei Finanzierungsquellen (47%); aber auch die Kombination von drei Quellen ist recht häufig (27%). Die übrigen Studierenden (8%) verfügen über Einnahmen aus vier und mehr Quellen. Zwischen den Studierenden in den alten und in den neuen Ländern besteht diesbezüglich kein bemerkenswerter Unterschied.

Die verschiedenen Finanzierungsquellen sind in Bild 21 im einzelnen benannt. Ergänzend wird dort ausgewiesen, wie viele Studierende Einnahmen aus den einzelnen Quellen beziehen und in welcher durchschnittlichen Höhe.

Bild 21 Finanzierungsquellen - Inanspruchnahme und geleistete Beträge

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Stud. in %, arithm. Mittel in DM

Finanzierungsquelle	alte Länder		neue Länder	
	Stud. %	Betrag DM	Stud. %	Betrag DM
Elternleistung insgesamt	86	791	90	657
- als Barzuwendung	77	612	94	526
- als unbare Zuwendung	51	400	50	298
eigener Verdienst/Ersparnisse aus Erwerbstätigkeit während des Studiums	69	635	56	417
BAföG	21	642	34	549
Rückgriff auf Mittel, die vor dem Studium angesammelt wurden	20	234	16	186
Verwandte, Bekannte	16	147	20	114
Waisengeld oder Waisenrente	5	436	6	384
Partner/Partnerin	3	303	3	212
Stipendium von einem Begabtenförderungswerk, einer Firma o. ä.	2	541	1	509
Darlehen von einer Bank oder von Dritten (nicht BAföG)	2	409	1	267
sonstige Quellen	4	551	4	412

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Beitrag der Eltern

Die Unterstützung durch das Elternhaus ist für Studierende nach wie vor die wichtigste Finanzierungsquelle zur Bestreitung des Lebensunterhalts. Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern wird der größte Teil der Studierenden (86% bzw. 90%) von den Eltern finanziell unter-

stützt. Im Durchschnitt liegt die Unterstützung bei 791 DM bzw. 657 DM.

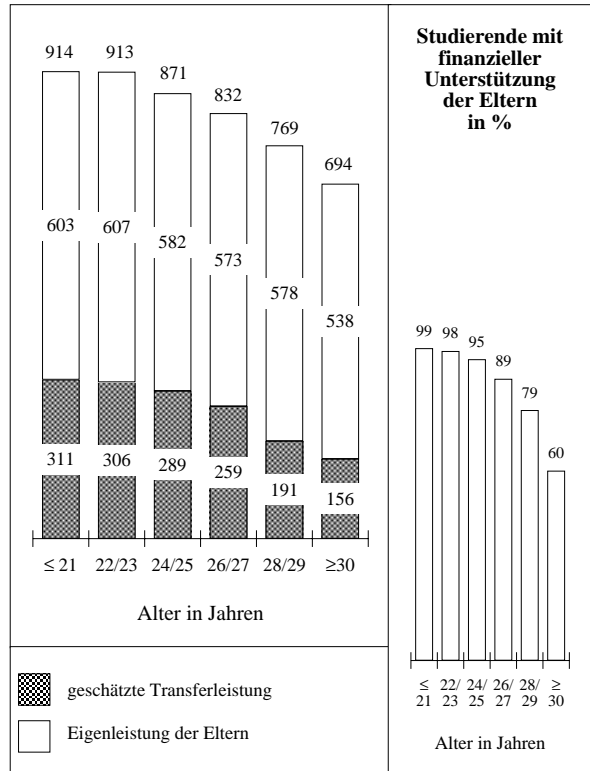
Die Unterhaltsleistung der Eltern setzt sich zusammen aus direkt den Studierenden zur Verfügung gestellten Barmitteln und sogenannten unbaren Zuwendungen. Die unbaren Zuwendungen bestehen zum größten Teil (1997: 66%) aus Mietzahlungen, die unmittelbar von den Eltern an den Vermieter des Studierenden überwiesen werden; aber auch andere Zuwendungen (Übernahme der Kfz-Steuer, Naturalleistungen usw.) fließen hier ein.

Verglichen mit 1994 hat der Anteil der 1997 von den Eltern finanziell unterstützten Studierenden zugenommen - in den alten Ländern um knapp 3%-Punkte und in den neuen Ländern um 4%-Punkte. Auch der Betrag, den die Eltern bereitstellen, hat sich im Durchschnitt erhöht - in den alten Ländern geringfügig (um 11 DM bzw. 1,4%) und in den neuen Ländern deutlich (um 147 DM bzw. 28,8%).

Der Umfang der elterlichen Unterstützung wird insbesondere von der sozialen Herkunft und dem Alter der Studierenden beeinflusst: Mit der sozialen Herkunft steigt sowohl der Anteil der von den Eltern alimentierten Studierenden als auch die Höhe des Unterhaltsbeitrags (Bild 22). Mit zunehmendem Alter der Studierenden verringert sich der Anteil, der von den Eltern unterstützt wird, und der Unterhaltsbetrag wird ebenfalls geringer (Bild 23).

Bild 23 Höhe der elterlichen Unterhaltsleistung nach dem Alter der Studierenden - ohne BAföG-Empfänger

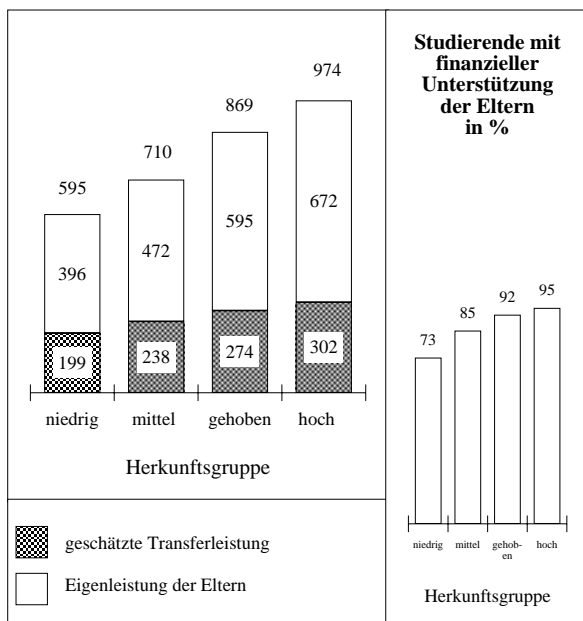
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Arithm. Mittel in DM bezogen auf den Anteil der Betroffenen



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Bild 22 Höhe der elterlichen Unterhaltsleistung nach der sozialen Herkunft - ohne BAföG-Empfänger

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Arithm. Mittel in DM bezogen auf den Anteil der Betroffenen



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Wenn bundesweit 86% der Studierenden mit durchschnittlich 722 DM von den Eltern unterstützt werden, ist dabei zu beachten, daß sich dieser Betrag schätzungsweise zu 35% aus staatlicherseits gewährten Entlastungen für unterhaltspflichtige Eltern (Kindergeld/Kinderfreibetrag, Ausbildungsfreibetrag) und zu 65% aus Eigenmitteln der Eltern zusammensetzt.

Ein Vergleich der von den Eltern im Einzelfall gewährten Beträge und der geschätzten staatlichen Transferleistung zu Gunsten der Eltern führt zu dem Ergebnis, daß 90% der Studierenden mit Beträgen alimentiert werden, die höher sind als die geschätzten Transferleistungen. Immerhin 10% der Studierenden werden mit Beträgen unterstützt, die geringer sind als der den Eltern gewährte Transferbetrag.

Auch hinsichtlich der Gesamtleistung der Familien werden nach einer vorsichtigen Schätzung, bei der der BAföG-Bedarfsatz als Maßstab einer ausreichenden Versorgung angenommen wurde, mindestens 175.000 außerhalb des Elternhauses wohnende Studierende von ihren Familien nicht angemessen unterstützt.

Eigener Verdienst - Selbstfinanzierung

Der eigene Verdienst aus Erwerbstätigkeit neben dem Studium ist für die Studierenden in den *alten Ländern* seit 1988 (12. Sozialerhebung) die Finanzierungsquelle, die - mit steigender Tendenz - nach den Unterhaltsleistungen der Eltern die größte Rolle spielt. Im Zeitraum 1994 - 1997 hat sich der Anteil der Studierenden, die zur Finanzierung des Lebensunterhalts neben dem Studium verdientes Geld einsetzen, um knapp 2%-Punkte auf nunmehr 69% erhöht. Ebenfalls erhöht hat sich der Durchschnittsbetrag des eingesetzten Verdienstes der erwerbstätigen Studierenden. Lag dieser 1994 bei 557 DM pro Monat, so ist er um 78 DM bzw. 14% auf nunmehr 635 DM gestiegen.

Auch in den *neuen Ländern* nimmt die Bedeutung des eigenen Verdienstes zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten schnell zu. Lag 1994 der Anteil der Studierenden, die zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten eigenen Verdienst eingesetzt haben, bei 49% und der durchschnittliche Zuverdienst der erwerbstätigen Studierenden bei 331 DM, so hat sich der Anteil der Erwerbstätigen zwischenzeitlich auf 57% und der durchschnittliche Verdienst um gut ein Viertel auf 417 DM erhöht (zur studentischen Erwerbstätigkeit vgl. auch Kap. 13).

Der Umfang der Selbstfinanzierung ist insbesondere vom Alter der Studierenden abhängig. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Studierenden mit eigenem Verdienst, und es erhöht sich der Durchschnittsbetrag des Verdienstes: von 42% mit 338 DM in der Altersgruppe der bis 21jährigen auf 83% mit 1.015 DM in der Altersgruppe der 30jährigen und älteren.

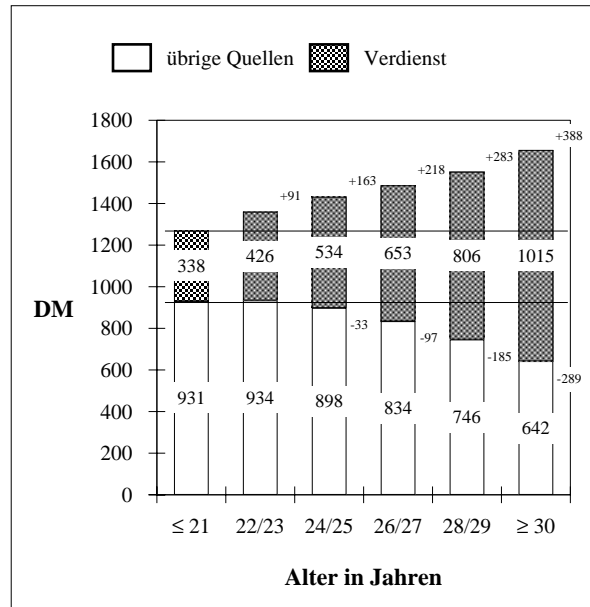
Mit der altersabhängigen Steigerung der Zuverdienste wird die rückläufige Elternunterstützung kompensiert und gleichzeitig der Betrag der monatlichen Gesamteinnahmen erhöht. Folglich findet auch eine Überkompensation der abnehmenden Grundsicherung statt, die zu einem großen Teil auf mit dem Alter steigende Ansprüche an das Lebenshaltungsniveau zu erklären ist (Bild 24).

Staatliche Förderung

Die dritte wesentliche Finanzierungsquelle zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten während des Studiums ist die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Eine entsprechende Förderung erhalten in den *alten Ländern* 21% der Normalstudenten (zur BAföG-Quote unter allen Studierenden vgl. Kap. 7). Der durchschnittliche Förderungsbetrag, den diese Studierenden bekommen, liegt bei 642 DM. Verglichen mit den Ergebnissen von 1994 hat sich der Anteil der geförderten Normalstudenten deutlich verringert (1994: 30%), während der durchschnittliche Förderungsbetrag höher aus-

Bild 24 Altersspezifische Steigerung der monatlichen Einnahmen durch Erwerbstätigkeit

Bezugsgruppe „Normalstudent“ - Stud. mit Verdienst, Arithm. Mittelwerte in DM



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

fällt (1994: 604 DM). Hier ist zu berücksichtigen, daß zwischenzeitlich der normale Bedarfssatz für außerhalb des Elternhauses untergebrachte Studierende von 795 DM auf 830 DM angehoben wurde.

In den *neuen Ländern* werden nach wie vor anteilmäßig mehr Studierende nach dem BAföG gefördert als in den alten Ländern. Allerdings fällt der Rückgang der geförderten Normalstudenten von 58% (1994) auf 34% (1997) weitaus deutlicher aus als in den alten Ländern. Dies ist zum Teil auf die verbesserte Einkommenssituation der Elternhäuser der in den neuen Ländern Studierenden zurückzuführen (vgl. Kap. 5). Der durchschnittliche Förderungsbetrag in den neuen Ländern beläuft sich auf 549 DM, während er 1994 noch bei 455 DM lag. Auch hier ist zwischenzeitlich eine Anhebung des normalen Bedarfssatzes für außerhalb des Elternhauses untergebrachte Studierende von 650 DM auf 680 DM erfolgt.

Die übrigen Finanzierungsquellen werden in dem einen oder anderen Fall für die durch sie unterstützten Studierenden von erheblicher Bedeutung sein. Auch insgesamt gesehen ist die Leistung jeder einzelnen dieser Quellen nicht zu unterschätzen, aber im Vergleich mit den Elternzuwendungen, dem eigenen Verdienst und den BAföG-Leistungen ist ihre Bedeutung relativ gering.

Zusammensetzung des monatlichen Einnahmenbudgets

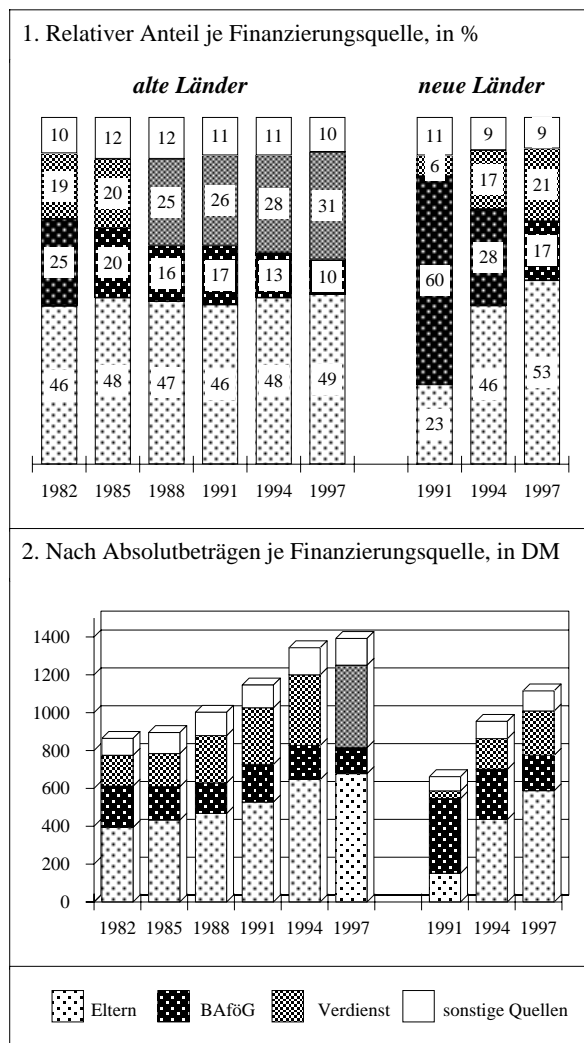
In welchem Umfang die einzelnen Finanzierungsquellen im statistischen Durchschnitt an den monatlichen Gesamteinnahmen der Studierenden beteiligt sind, geht aus Bild 25 hervor. Für diese Darstellung wurden die aus den einzelnen Quellen zur Verfügung stehenden Beträge auf alle Studierenden (Bezugsgruppe „Normalstudent“) umgerechnet - unabhängig davon, ob der Einzelne auch Mittel aus der jeweiligen Quelle erhält.

In den *alten Ländern* werden danach von den Eltern 49% des Gesamtbudgets der Studierenden bereitgestellt. Verglichen mit 1994 hat der Budgetanteil der Eltern leicht steigende Tendenz. Deutlich erhöht hat sich im Zeitraum 1994-1997 der Anteil des eigenen Verdienstes der Studie-

renden: lag der Selbstfinanzierungsanteil 1994 bei 28% der gesamten monatlichen Einnahmen, so stieg er zwischenzeitlich auf 31%. Umgekehrt hat sich im Vergleichszeitraum der Anteil der durch das BAföG bereitgestellten Mittel an den monatlichen Einnahmen entwickelt: er ist von 13% auf 10% gefallen.

Wesentlich deutlicher hat sich im Zeitraum 1994-1997 die Zusammensetzung des Einnahmenbudgets in den *neuen Ländern* verändert. Der Anteil der von den Eltern bereitgestellten Mittel an den monatlichen Einnahmen ist von 46% auf 53% gestiegen. Gestiegen ist ebenfalls der durch eigenen Verdienst der Studierenden gedeckte Anteil: von 17% auf 21%. Entsprechend der Summe der Steigerungsraten des Elternanteils und des Selbstfinanzierungsanteils der Studierenden, ist der Anteil der BAföG-Mittel zurückgegangen - von 28% auf 17%.

Bild 25 Finanzierungsstruktur - Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach Finanzierungsquellen
Bezugsgruppe „Normalstudent“



Bemerkenswert ist, daß die Eltern der Studierenden in den neuen Ländern mittlerweile einen höheren Anteil des Einnahmenbudgets tragen als die Eltern der Studierenden in den alten Ländern. Zum Teil ist auch diese Entwicklung durch die bereits erwähnte verstärkte Zuwanderung von Studierenden aus den alten Ländern in die neuen Länder zu erklären; diese Zuwanderer werden in der Regel von den Eltern mit rd. 50% höheren Beträgen als die einheimischen Studierenden alimentiert. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Einkommenssituation der Eltern der Studierenden in den neuen Ländern sich gegenüber 1994 deutlich verbessert hat, während in den alten Ländern eher von einer konstanten Einkommenslage der Elternhäuser auszugehen ist (vgl. Kap. 7).

Ausgehend von den Absolutbeträgen je Finanzierungsquelle, aus denen sich statistisch der durchschnittliche Einnahmenetat zusammensetzt, kann die Entwicklung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Finanzierungsquellen im Zeitraum 1994-1997 berechnet werden. Dabei ist nach der nominalen und der realen Entwicklung zu unterscheiden. Die reale Entwicklung wird unter Berücksichtigung des Preisindex für die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte berechnet. Das Ergebnis zeigt an, in welchem Umfang sich die Kaufkraft mit dem 1997 bereitgestelltem Betrag im Vergleich zu 1994 verändert hat.

Die Ergebnisse dieser Berechnung sind in Bild 26 zusammengestellt. Studierende in den *alten Ländern* erhalten 1997 nominal von den Eltern eine um 4,8% höhere finanzielle Unterstützung als 1994. Real hingegen liegt die Finanzierung durch das Elternhaus praktisch auf dem Niveau von 1994. Erheblich erhöht hat sich hingegen die Inanspruchnahme der Finanzierungsquelle „eigener Verdienst“. Nominal erzielen die Studierenden einen Zuverdienst, der um 16,9% höher liegt als 1994. Real sind damit die

Bild 26 Leistung der Finanzierungsquellen

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Finanzierungsquelle	Leistung in DM*)		Veränderung in %	
	1994	1997	nominal	real
<i>- alte Länder -</i>				
Eltern	647	678	4,8	-0,2
eigener Verdienst	373	436	16,9	11,4
BAföG	180	137	-23,9	-27,5
sonstige Quellen	143	141	-1,4	-6,1
<i>- neue Länder -</i>				
Eltern	436	588	34,9	26,7
eigener Verdienst	162	234	44,4	35,7
BAföG	265	187	-29,4	-33,7
sonstige Quellen	91	106	16,5	9,4

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

*) Betrag der statistisch auf jeden Normalstudenten entfällt

Einnahmen aus Erwerbstätigkeit während des Studiums um 11,4% erhöht worden. Die Leistungen der übrigen Finanzierungsquellen sind im Zeitraum 1994-1997 bereits nominal rückläufig. Insbesondere der Rückgang der Leistungen nach dem BAföG ist bemerkenswert: Nominal werden 23,9% weniger Mittel nach dem BAföG zur Verfügung gestellt als 1994, real bedeutet dies eine Reduzierung der BAföG-Leistungen um 27,5%.

In den *neuen Ländern* fällt der Rückgang der BAföG-Leistungen noch deutlicher aus - nominal um 29,4%, real um 33,7%. Demgegenüber steht eine offensichtlich größere Anstrengung der Eltern, die ihren finanziellen Beitrag nominal um 34,9% erhöht haben, was einer realen Erhöhung der elterlichen Leistung um 26,7% entspricht. Auch die Studierenden selbst haben ihren Beitrag zur Studienfinanzierung erheblich erhöht. Der Verdienst aus Erwerbstätigkeit während des Studiums wurde von den Studierenden in den neuen Ländern nominal um 44,4% und real um 35,7% erhöht.

6. Lebenshaltungskosten - Ausgaben der Studierenden

Die Lebenshaltungskosten der Studierenden (Bezugsgruppe „Normalstudent“) sind auch 1997 in den alten und neuen Ländern noch recht unterschiedlich - analog den monatlichen Einnahmen. In den alten Ländern gibt die eine Hälfte der Studierenden zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten monatlich weniger als 1.220 DM aus und die andere Hälfte hat höhere Ausgaben. In den neuen Ländern liegt dieser sogenannte Zentralwert der Ausgabenverteilung bei 960 DM.

Im Durchschnitt (arithm. Mittel) geben die Studierenden in den alten Ländern zur Bestreitung

der Lebenshaltungskosten monatlich 1.283 DM aus. Der Durchschnittsbetrag der monatlichen Ausgaben in den neuen Ländern liegt bei 1.009 DM und ist damit um gut ein Fünftel geringer als in den alten Ländern. 1994 gaben Studierende in den neuen Ländern noch knapp ein Drittel weniger aus als die Studierenden in den alten Ländern. Die Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten zwischen den alten und neuen Ländern haben sich folglich im Zeitraum 1994-1997 verringert.

Gegenüber 1994 sind die monatlichen Ausgaben der Studierenden in den *alten Ländern* nominal um 4,2% gestiegen, während sie real - also unter Berücksichtigung der Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte - um 0,7% geringer sind. Praktisch bedeutet dieses Ergebnis, daß sich das Lebenshaltungsniveau der Studierenden in den alten Ländern im Vergleichszeitraum kaum verändert hat.

Studierende in den *neuen Ländern* haben 1997 um nominal 19,1% höhere Ausgaben als 1994. Unter Berücksichtigung des Preisindex für die Lebenshaltungskosten liegen die monatlichen Ausgaben 1997 um real 11,9% über dem Niveau von 1994.

Wieviel Geld die Studierenden im Durchschnitt für die einzelnen Positionen der Lebenshaltung ausgeben, ist in Bild 27 ausgewiesen. Danach sind die Wohnkosten (Miete einschl. Nebenkosten) sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern, die Position, für die am meisten ausgegeben wird.

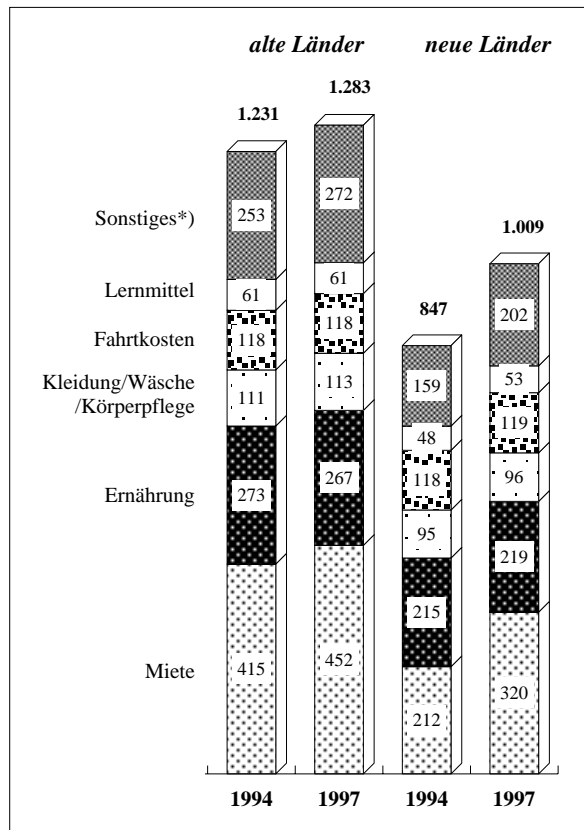
In den *alten Ländern* entfallen im Durchschnitt 35% des Budgets auf die Ausgaben für das Wohnen (1994: 34%). Die Mietausgaben liegen derzeit um knapp 9% höher als 1994 (452 DM vs. 415 DM) und sind damit im Vergleichszeitraum nominal stärker gestiegen als das gesamte Ausgabenbudget (4,2%). Unter Berücksichtigung der Entwicklung des Preisindex der Wohnungsmieten (einschl. Energiekosten) für alle privaten Haushalte, liegen die Mietausgaben der Studierenden real lediglich um 1% höher als 1994. Praktisch entspricht damit die Steigerung der studentischen Mietausgaben im Vergleichszeitraum dem allgemeinen Anstieg des Mietpreinsniveaus.

Die durchschnittliche Höhe der Ausgaben für Ernährung fällt mit 267 DM etwas geringer aus als 1994 (273 DM). Der Anteil der Ernährungsausgaben am Gesamtbudget liegt bei knapp 21% (1994: gut 22%)

Für die Position Kleidung/Wäsche/Körperpflege wird 1997 geringfügig mehr ausgegeben als 1994 (113 DM vs. 111 DM). Konstant geblieben ist im Vergleich mit 1994 die durchschnittliche Höhe der Ausgaben für Fahrtkosten (118 DM). Diese umfassen Ausgaben für ein Kraftfahrzeug

Bild 27 Monatliche Ausgaben der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Arithm. Mittel in DM



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

*) Sonstiges umfaßt Ausgaben für eigene Krankenversicherung, Telefon und Porto, Hobby, Sport u.a.m. .

und/oder für öffentliche Verkehrsmittel. Ebenfalls konstant ist die Höhe der Ausgaben für Lernmittel (61 DM). Deutlich gestiegen sind die Ausgaben für die unter Sonstiges zusammengefaßten übrigen Ausgabenpositionen. Hierfür werden rund 8% mehr ausgegeben als 1994 (272 DM vs. 253 DM).

In den *neuen Ländern* sind die Ausgaben für das Wohnen im Zeitraum 1994-1997 nominal um mehr als die Hälfte (50,9%) gestiegen. Der deutliche Anstieg des gesamten Ausgabenbudget ist folglich hauptsächlich auf die überdurchschnittliche Steigerung der Mietausgaben zurückzuführen. Der Anteil der Mietausgaben am Gesamtbudget liegt nunmehr bei 32% (1994: 25%). Auch real, also unter Berücksichtigung der Entwicklung des Preisindex der Wohnungsmieten (einschl. Energiekosten) für alle privaten Haushalte, liegen die Mietausgaben der Studierenden in den neuen Ländern um ein Drittel (33,9%) höher als 1994.

Der erhebliche Anstieg der realen Mietausgaben ist hauptsächlich damit zu erklären, daß 1997 der

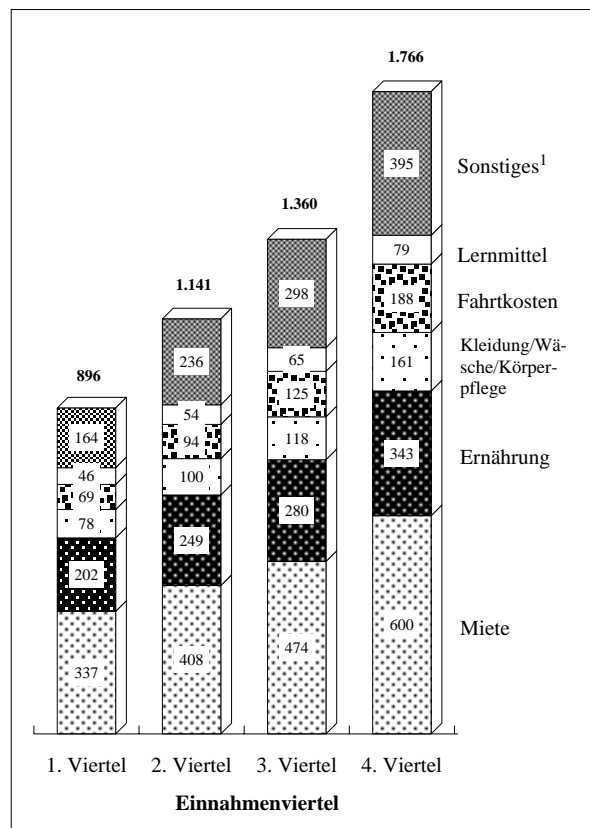
Anteil der Studierenden in den neuen Ländern, der in einem vergleichsweise preisgünstigen Wohnheim wohnt, deutlich geringer ausfällt als 1994. Zu dieser Veränderung bei der Wohnungswahl trägt u.a. auch die deutlich erhöhte Zuwanderung von Studierenden aus den alten Ländern bei (zur Wohnsituation der Studierenden vgl. Kap. 18).

Geringfügig höher als 1994 liegen die durchschnittlichen Ausgabenbeträge für die Positionen: Ernährung (219 DM vs. 215 DM), Kleidung/Wäsche/Körperpflege (96 DM vs. 118 DM) und Fahrtkosten (119 DM vs. 118 DM) - statistisch signifikant sind diese Veränderungen aber nicht. Im Gegensatz dazu liegen die Ausgaben für Lernmittel (53 DM vs. 48 DM) und die Ausgaben für die Sammelposition „Sonstiges“ (202 DM vs. 159 DM) signifikant höher als 1994.

Das Lebenshaltungsniveau wird erheblich vom Standort der Hochschule beeinflusst. So haben in den *alten Ländern* Studierende in Hochschulstädten mit bis zu 100.000 Einwohnern durch-

Bild 28 Monatliche Ausgaben der Studierenden nach der Höhe der Einnahmen - Einnahmenviertel

Bezugsgruppe „Normalstudent“, *alte Länder*, Arithm. Mittel in DM



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

*) Sonstiges umfaßt Ausgaben für eigene Krankenversicherung, Telefon und Porto, Hobby, Sport u.a.m. .

schnittliche monatliche Ausgaben von 1.186 DM (davon für Miete: 403 DM), während Studierenden in Großstädten mit mehr als 700.000 Einwohnern immerhin 1.425 DM im Monat ausgeben (davon für Miete: 524 DM).

Bei dem Viertel der Studierenden, mit den geringsten monatlichen Einnahmen, ist mit aller gebotenen Vorsicht von einem prekären Lebenshaltungsniveau auszugehen (vgl. Bild 28): Die monatlichen Ausgaben dieser Studierenden liegen in den alten Ländern bei durchschnittlich 896 DM und in den neuen Ländern bei 668 DM.

7. Förderung nach dem BAföG

Gefördertenquoten

Bezogen auf alle im Sommersemester 1997 bundesweit immatrikulierten deutschen Studierenden wurden 18,7% mit Förderungsmitteln nach dem BAföG unterstützt (Standard-Berechnungsmethode). In den alten Ländern liegt die BAföG-Quote nach dieser Berechnungsmethode bei 17,0% und in den neuen Ländern bei 30,7%.

Wird die BAföG-Quote nach der normativen Methode berechnet (Studierende, die dem Grunde nach keinen Förderungsanspruch mehr haben werden bei der Berechnung ausgeschlossen), ergibt sich eine bundesweite Quote von 25,7%. In den alten Ländern liegt die so berechnete BAföG-Quote bei 24,0% und in den neuen Ländern bei 35,6%.

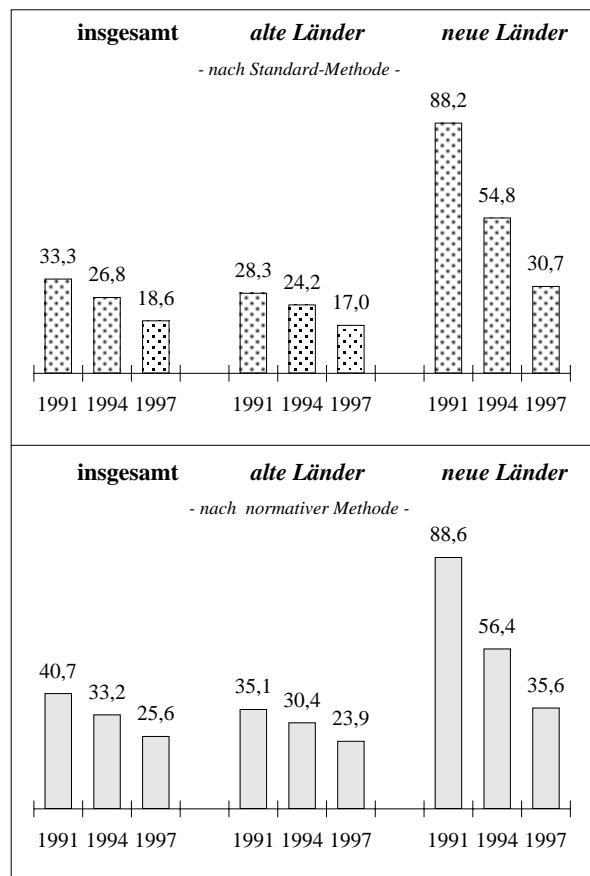
Deutlicher als in den neuen Ländern wirkt sich der Ausschluß der dem Grunde nach nicht mehr anspruchsberechtigten Studierenden in den alten Ländern auf die Höhe der BAföG-Quote aus.

Die Differenz zwischen den BAföG-Quoten in den alten und neuen Ländern ist eine Folge der nach wie vor unterschiedlichen Einkommenssituation in den beiden genannten Gebieten. Die auf Ausgleich von Einkommensnachteilen unterhaltspflichtiger Eltern angelegte subsidiäre Förderung nach dem BAföG führt folglich in den neuen Ländern zu höheren Gefördertenquoten als in den alten Ländern. Verglichen mit den BAföG-Quoten von 1994 (Bild 29) ist aber eine Annäherung zwischen alten und neuen Ländern unübersehbar.

Während in den alten Ländern der Anteil der geförderten Studierenden, berechnet nach der Standard-Methode, 1997 um knapp 30% geringer ausfällt als 1994, ist der entsprechende Rückgang in den neuen Ländern mit 44% zu beziffern. Ausgehend von der nach der normativen Methode berechneten BAföG-Quote ist im Vergleichszeitraum der Anteil der geförderten Studierenden in den alten Ländern um gut 21% und in den neuen Ländern um knapp 37% zurückgegangen.

Bild 29 Anteil der nach dem BAföG geförderten Studierenden

in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Von den derzeit nach dem BAföG geförderten Studierenden erhalten 22% eine **elternunabhängige Förderung** (1994: 21%). Die Eltern dieser Studierenden sind ihrer Unterhaltspflicht bereits nachgekommen und sind nach den Regelungen des BAföG nicht mehr verpflichtet, zum Unterhalt des Kindes während des Studiums beizutragen. Der Anteil der elternunabhängig Geförderten beläuft sich in den alten Ländern auf 23% und in den neuen Ländern auf 21% aller BAföG-Empfänger. Bezogen auf alle Studierenden werden in den alten Ländern knapp 4% und in den neuen Ländern gut 6% der Studierenden elternunabhängig gefördert.

Für die Einschätzung der **elternabhängigen Förderung** ist die Entwicklung der Elterneinkommen von Bedeutung. Die Zusammensetzung der Studierenden nach der Höhe des elterlichen Nettoeinkommens hat sich zwischen 1994 und 1997 in den *alten Ländern* nicht wesentlich verändert - abgesehen davon, daß der Anteil der Studierenden, die hierzu keine Angaben machten, sich verringert hat und infolgedessen die untere und die beiden oberen Einkommensklassen

etwas stärker besetzt sind (Bild 30). Wird das Augenmerk auf den Anteil der geförderten Studierenden je Einkommensklasse gerichtet - aus naheliegenden Gründen werden hier von den geförderten Studierenden nur diejenigen berücksichtigt, die eine vom Elterneinkommen abhängige Förderung erhalten -, fällt auf, daß in jeder Einkommensklasse der relative Rückgang der BAföG-Quote beträchtlich ist. Dieses Ergebnis ist insofern überraschend, da zumindest in den unteren Einkommensklassen durch die Erhöhung des Grundfreibetrages eher mit einer höheren oder zumindest mit einer konstanten BAföG-Quote zu rechnen gewesen wäre. Im Zeitraum 1994 - 1997 wurde der Grundfreibetrag vom elterlichen Einkommen um rund 6% erhöht (von 1.900 DM auf 2.020 DM). Als Erklärung für den Rückgang der BAföG-Quote bleibt folglich die Vermutung: Das BAföG muß im Zeitraum 1994-1997 erheblich an Akzeptanz eingebüßt haben.

Bild 30 Studierende nach dem Einkommen der Eltern und BAföG-Quote je Einkommensgruppe

Bezugsgruppe „Erststudium“, *alte Länder*

monatliches Nettoeinkommen der Eltern	1994		1997		relative Veränderung der Quote (%)
	Stud. %	Quote ¹ %	Stud. %	Quote ¹ %	
bis 3 TDM	14	48,4	16	33,8	-30,2
> 3 - 4 TDM	14	32,0	14	25,0	-21,9
> 4 - 5 TDM	13	18,7	13	13,8	-26,2
> 5 - 6 TDM	10	11,7	12	8,9	-23,9
über 6 TDM	20	3,5	23	2,3	-34,3
keine Angabe	29	17,3	22	11,0	-36,4
insgesamt	100	20,6	100	14,8	-28,2

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

¹ Anteil der elternabhängig Geförderten

Die Situation in den *neuen Ländern* ist insoweit anders zu beschreiben, als sich dort die Zusammensetzung der Studierenden nach der Höhe des elterlichen Einkommens deutlich verändert hat. Der Anteil der Studierenden aus Elternhäusern mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis 4.000 DM hat sich im Zeitraum 1994-1997 verringert, während der Anteil aus Elternhäusern mit einem höheren Einkommen gestiegen ist (Bild 31).

Aber auch in den *neuen Ländern* ist der relative Rückgang der BAföG-Quote in jeder Einkommensklasse beträchtlich - wenn auch in den beiden unteren Einkommensklassen weniger stark als in den höheren -, so daß auch dort von einem erheblichen Akzeptanzverlust des BAföG unter den berechtigten Studierenden auszugehen ist.

Wie bereits im Kap. 3 ausgewiesen, wird der

Bild 31 Studierende nach dem Einkommen der Eltern und BAföG-Quote je Einkommensgruppe

Bezugsgruppe „Erststudium“, *neue Länder*

monatliches Nettoeinkommen der Eltern	1994		1997		relative Veränderung der Quote (%)
	Stud. %	Quote ¹ %	Stud. %	Quote ¹ %	
bis 3 TDM	25	76,4	20	51,3	-32,9
> 3 - 4 TDM	22	52,5	19	37,3	-29,0
> 4 - 5 TDM	14	38,6	16	20,5	-46,9
> 5 - 6 TDM	9	23,1	11	11,4	-50,6
über 6 TDM	10	8,4	18	4,9	-41,7
keine Angabe	20	40,2	16	20,9	-48,0
insgesamt	100	47,1	100	26,1	-44,6

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

¹ Anteil der elternabhängig Geförderten

Rückgang der staatlichen Förderung von den Studierenden durch einen weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit während des Studiums kompensiert.

Förderungsbeträge

Die ausgezahlten Beträge an alle geförderten Studierenden beliefen sich 1997 auf durchschnittlich 594 DM und liegen damit im Durchschnitt um knapp 8% höher als 1994 (552 DM). Allerdings entfällt der Durchschnittsbetrag von 1997 auf 18,7% der Studierenden, während der Durchschnittsbetrag von 1994 noch auf 26,8% der Studierenden entfiel. Unter Berücksichtigung sowohl der Beträge als auch des Anteils der geförderten Studierenden ist die monetäre Leistung des BAföG nach den empirischen Ergebnissen in dem Beobachtungszeitraum von drei Jahren um knapp ein Viertel zurückgegangen. Folglich gibt der Staat 1997 nominal 25% weniger für die Ausbildungsförderung aus als 1994.

In den *alten Ländern* entfällt auf die BAföG-Empfänger ein durchschnittlicher Förderungsbetrag von 610 DM (1994: 574 DM). Studierende, die noch im Elternhaus wohnen (16% der Geförderten) und denen deshalb ein geringerer Bedarfsatz (im Normalfall 670 DM) zugerechnet wird, erhielten im Durchschnitt eine Förderung von 437 DM. Der größere Teil der Geförderten, nämlich diejenigen, die nicht mehr im Elternhaus wohnen (84%) und deren Bedarfsatz im Normalfall bei 830 DM liegt, wird mit durchschnittlich 643 DM unterstützt.

In den *neuen Ländern* werden den geförderten Studierenden im Durchschnitt 529 DM (1994: 446 DM) bewilligt. Die 15% der geförderten Studierenden, die noch im Elternhaus wohnen (Bedarfsatz im Normalfall 625 DM), erhalten ei-

ne durchschnittliche Förderung von 383 DM. Die übrigen nicht mehr im Elternhaus wohnenden Studierenden (Bedarfsatz im Normalfall 680 DM) werden im Durchschnitt mit 554 DM gefördert.

Wird unterschieden nach den bundesweit elternabhängig und elternunabhängig geförderten Studierenden, werden erstere mit durchschnittlich 529 DM und letztere mit 825 DM gefördert

8. Hochschulzugang

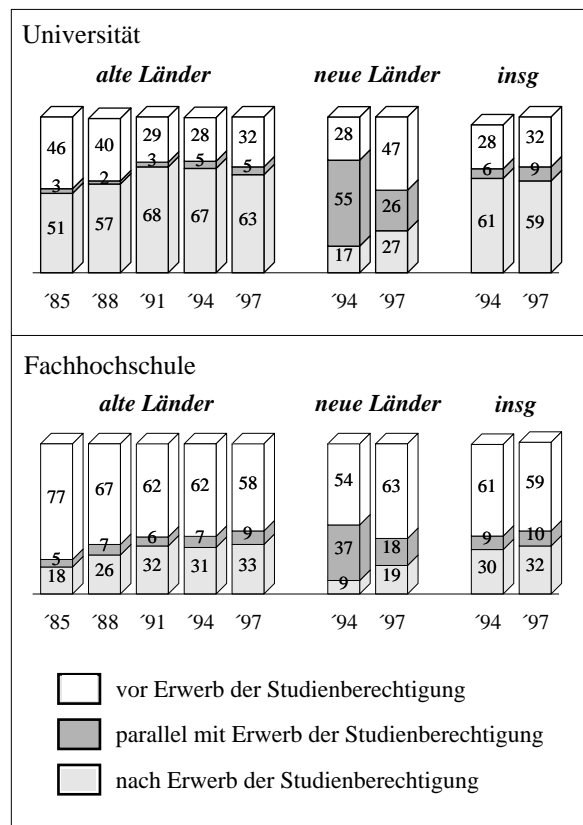
Studier- und Berufsausbildungsquoten

Die Studierquote (Studienberechtigte mit fester Studienabsicht) ist von 76% im Jahre 1976 auf 66% im Jahre 1996 zurückgegangen. Die Studierquote der männlichen Studienberechtigten (71%) liegt höher als die der weiblichen Studienberechtigten (62%). Studienberechtigte aus bildungsfernen Elternhäusern entscheiden sich seltener (57%) für ein Studium als Studienberechtigte aus Akademiker-Haushalten (74%). Der Abstand hat sich gegenüber 1992 noch vergrößert.

Die Berufsausbildungsquote des Studienberech-

Bild 32 Zeitpunkt des Erwerbs der beruflichen Ausbildung der Studierenden

in % der Studierenden mit berufl. Vorqualifikation



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

tigtenjahrgangs 1996 beträgt 33%. Die Alternative der beruflichen Ausbildung wird stärker von Studienberechtigten aus bildungsfernen Elternhäusern als von Studienberechtigten aus bildungsnahen Elternhäusern verfolgt.

Erwerb der Hochschulreife

Von den Studierenden, die ein Studium aufgenommen haben, erwarben 84% ihre Hochschulzugangsberechtigung über den gymnasialen Bildungsweg.

Der zweite und dritte Bildungsweg (Sonder- und Begabtenprüfungen) bilden für Studieninteressierte aus bildungsfernen Elternhäusern eine bevorzugte Möglichkeit der Höherqualifikation.

33% der Studierenden haben bereits vor Studienbeginn eine Berufsausbildung absolviert. 44% der Studierenden mit Berufsausbildung haben diese vor Erwerb der Hochschulreife absolviert, 47% nach Erwerb der Hochschulreife (Bild 32). In den Universitäten hat die Mehrheit der Studierenden mit beruflicher Ausbildung diese erst nach dem Erwerb der Studienberechtigung erworben, in den Fachhochschulen hingegen bereits vor Erwerb der Hochschulreife.

Wird die berufliche Ausbildung im Anschluß an das Abitur durchgeführt, ist kein enger Zusammenhang mit sozialer Herkunft festzustellen. Wird die berufliche Ausbildung vor dem Erwerb der Hochschulreife durchgeführt, sind Studierende aus bildungsfernen Schichten überproportional häufig vertreten (soziale Herkunft niedrig: 63%; hoch: 27%).

Die durchschnittliche Dauer zwischen Erwerb der Hochschulreife und Beginn des Studiums liegt bei 16,3 Monaten. Besonders lange Übergangszeiten ergeben sich bei Studierenden mit Berufsausbildung nach dem Abitur. Bei den betroffenen Studentinnen haben nach Ablauf von drei Jahren erst ein Drittel das Studium aufgenommen, bei den Studenten sogar nur ein Viertel (Bild 33).

9. Fächerwahl, Studienverlauf und Zeitaufwand für das Studium

Die meisten Parameter des Studienverlaufs wie Studiendauer, Studienabbruch und Hochschulwechsel verändern sich im Zeitverlauf kaum, während sich bei der Fächerwahl stärkere Trendveränderungen ergeben.

Studienfachwahl

Während bis 1994 noch die ingenieurwissenschaftlichen Fächer am häufigsten belegt wurden (22%), haben nunmehr die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften diese Spitzenposition eingenommen (22%). Nur 18% der Studienanfänger wählen die Ingenieurwissenschaften (Bild 34).

Die Abwanderung aus technisch-naturwissen-

Erfahrungen außerhalb der Hochschule zu sammeln. Fast genauso häufig werden aber auch finanzielle Probleme und ein allgemeiner Zweifel am Sinn des Studiums als Gründe genannt. Finanzielle Probleme als Gründe für Studienunterbrechung haben gegenüber 1994 (19%) zugenommen (24%). Vom Hochschulwechsel profitieren mengenmäßig die Fachhochschulen stärker als die Universitäten (Uni → FH 14%; FH → Uni 4%).

11% der Studierenden befinden sich im Zweitstudium. In den alten Ländern ist es stärker verbreitet (12%) als in den neuen Ländern (6%). Der überwiegende Teil der Studierenden betreibt ein volles zweites Studium (44%), 39% streben die Promotion an und nur 9% absolvieren ein Aufbau-, Ergänzungs- oder Zusatzstudium. In

nicht unerheblichem Umfang wird das weiterführende Studium dazu genutzt, um fachliche Umorientierungen angesichts von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt vorzunehmen.

Zeitaufwand für das Studium

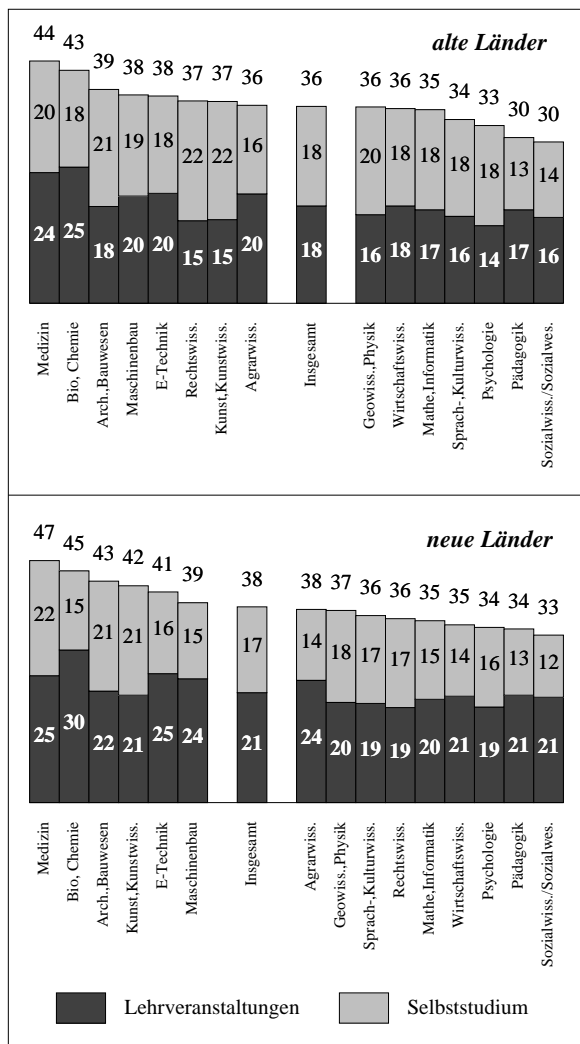
Die wöchentliche Arbeitszeit für sämtliche studienbezogenen Aktivitäten beträgt für alle Studierenden 36 Stunden (1994 37 h/W). Der Aufwand für formalisiertes und Selbststudium hält sich die Waage.

Der wöchentliche Studienaufwand bewegt sich in den alten Ländern in einer Bandbreite von 44 Stunden (naturwissenschaftliche Fächer) bis zu 30 Stunden (Sozialwissenschaften). Eine entsprechende Bandbreite auf leicht höherem Niveau findet sich in den neuen Ländern (Bild 35).

Der unterschiedliche Studienaufwand im Semester wird durch Unterschiede in der Dauer des Studiums nicht ausgeglichen. Im Hinblick auf die kapazitätsrelevante, betreute Lernmenge fragt in den alten Ländern ein Medizinstudent im Laufe seines Studiums 306 Semesterwochenstunden nach, während ein Studierender der Sozialwissenschaften real nur auf 152 Semesterwochenstunden kommt. Die empfohlene Bandbreite liegt zwischen 180 bis 220 Semesterwochenstunden.

Bild 35 Zeitliche Inanspruchnahme durch Lehrveranstaltungen und Selbststudium in ausgewählten Studienbereichen

Studierende im Erststudium, in Stunden/Woche

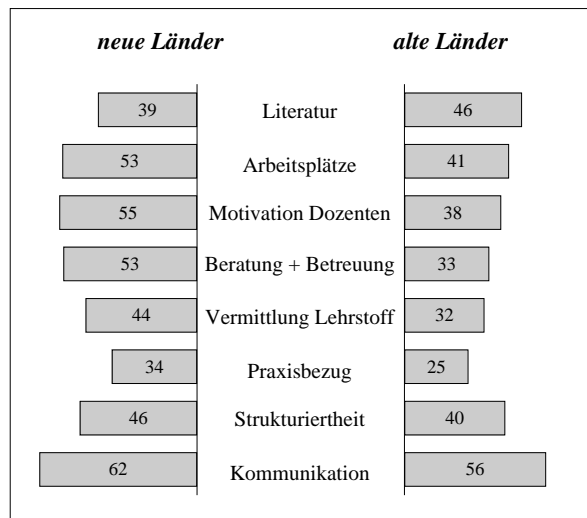


10. Studienbedingungen

Mit der Kommunikation untereinander sind die meisten Studierenden zufrieden. Rund 60% vergeben hier gute Noten (Bild 36). Allerdings wird dieser Aspekt von nur etwa einem Drittel der Studierenden für besonders wichtig gehalten. Anders bei der Beratung und Betreuung durch

Bild 36 Beurteilung der Studiensituation

gute Bewertungen in % der jeweiligen Studierenden



die Lehrenden: Dieser Aspekt wird von deutlich mehr Studierenden für sehr wichtig gehalten, aber von deutlich weniger Studierenden mit "gut" bewertet. Das größte Mißverhältnis zwischen Bedeutung und Qualität der Beratung findet sich bei den Studierenden der Medizin.

Ein deutliches Mißverhältnis zwischen Bedeutung und Qualität findet sich auch für die Vermittlung des Lehrstoffs. Fast zwei Drittel der Studierenden halten diesen Aspekt für sehr wichtig, aber nur etwa ein Drittel vergibt gute Noten. Dieser Sachverhalt besteht in allen Fächergruppen. Am stärksten ausgeprägt ist er bei den Juristen und Medizinern, am geringsten bei den Sprach- und Kulturwissenschaftlern.

Insgesamt wird an Fachhochschulen die Qualität der Lehre deutlich besser beurteilt als an Universitäten. Auch fühlen sich Studierende an Fachhochschulen deutlich besser durch die Lehrenden beraten und betreut als die Studierenden an Universitäten.

Die Hochschulen der neuen Länder werden durchgehend besser beurteilt als die in den alten Ländern. Je mehr Studierende an der Hochschule ausgebildet werden, desto schlechter sind die Studienbedingungen. Dieser Zusammenhang findet sich im Westen wie im Osten Deutschlands.

In Bild 37 (Seite 28) werden Beurteilungsprofile für Fächergruppen ausgewiesen.

11. Internationalisierung

Auslandserfahrungen

Ein Drittel aller Studierenden ist bereits vor Studienbeginn zu Zwecken, die über reinen Tourismus hinausgehen, im Ausland gewesen. Ein großer Teil der Studierenden (21%) war im Rahmen eines Schüleraustausches im Ausland. Solche Er-

fahrungen vor dem Studium wirken sich positiv auf studentische Auslandsmobilität aus.

11% aller Studierenden in höheren Semestern (ab dem 6. Hochschulsemester an Fachhochschulen bzw. ab dem 8. Hochschulsemester an Universitäten) immatrikulierten sich für ein Teilstudium an einer ausländischen Hochschule. Insgesamt waren mehr als ein Viertel der Studierenden in höheren Semestern (27%) studienbedingt im Ausland: 12% haben ein Auslandspraktikum und jeweils 6% einen Sprachkurs oder einen sonstigen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchgeführt (Bild 38).

Fast zwei Drittel aller studienbezogenen Auslandsaufenthalte (Bild 39, Seite 29) führen nach Europa (63%), weitere 16% nach Nordamerika. Eine herausragende Rolle in den Länderpräferenzen spielen bei den europäischen Staaten England (19%) und Frankreich (14%).

Bei 7% der Auslandsaufenthalte (Universitäten 6%, Fachhochschulen 10%) handelt es sich um studienplanintegrierte Maßnahmen. Die Integration von Auslandsaufenthalten in den Studienplan führt dazu, daß deutlich weniger Studierende Schwellenangst vor einem Auslandsaufenthalt haben.

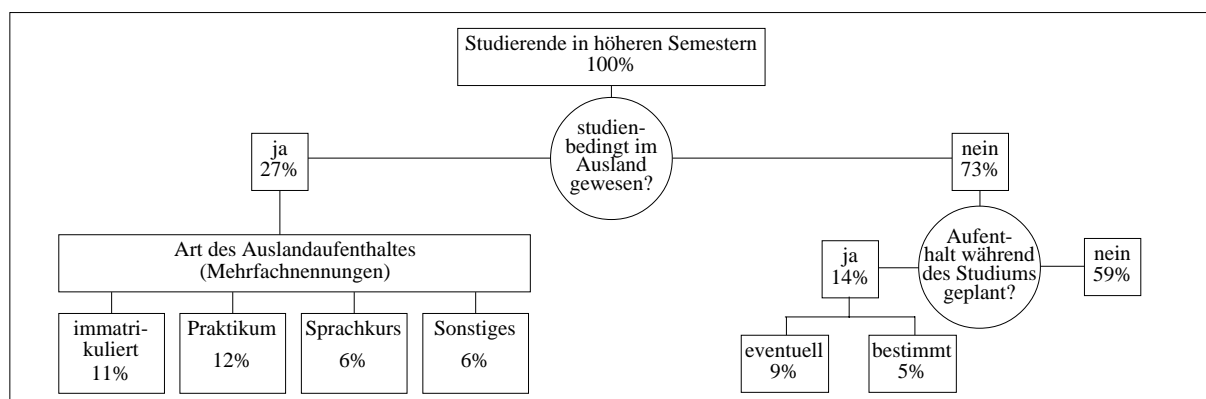
Finanzielle Mehrbelastungen sind der stärkste Hinderungsgrund für studienbezogene Auslandsaufenthalte.

Auslandsaufenthalte von Studierenden aus ökonomisch schwächergestellten Elternhäusern werden nur zu 10% durch ein EU-Stipendium gefördert, aber 17% der Auslandsaufenthalte der Kinder von Besserverdienenden.

Studierende in höheren Semestern haben ein großes Interesse an Auslandsaufenthalten nach dem Studium: 32% wollen "ganz bestimmt", weitere 44% "eventuell" nach dem Studienabschluß ei-

Bild 38 Studienbezogene Auslandsaufenthalte und Auslandspläne

Studierende in höheren Semestern¹, in %



¹ Studierende ab dem 6. Semester an Fachhochschulen, bzw. ab dem 8. Semester an Universitäten

Bild 37 Bedeutung und Qualität verschiedener Aspekte der Studiensituation nach Einschätzung der Studierenden

Anteil Studierender, die einen Aspekt für „sehr wichtig“ bzw. die Qualität für „gut“ halten, in % der jeweiligen Studierenden

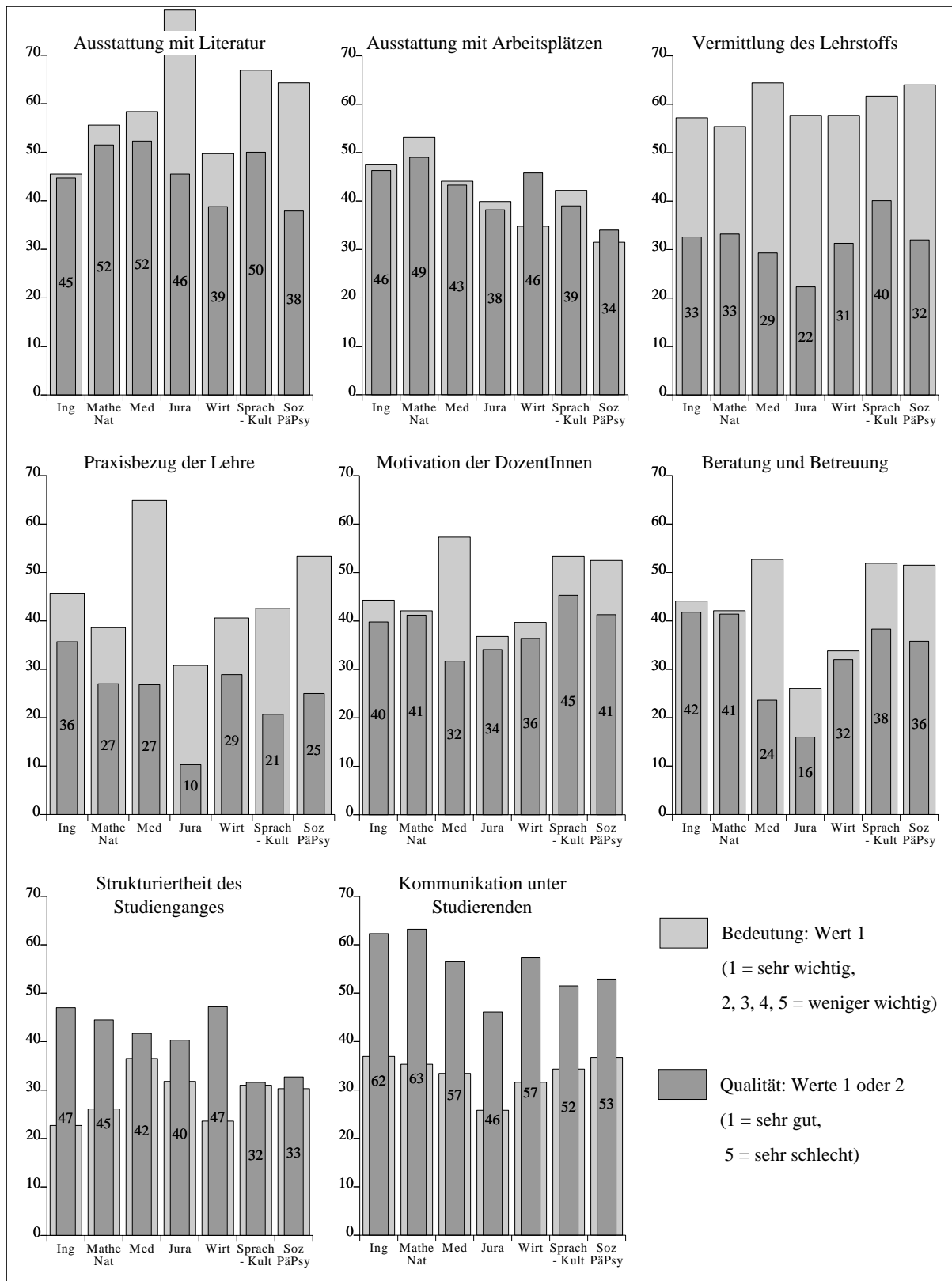


Bild 39 Zielländer studienbezogener Auslandsaufenthalte (Weltregionen)
in % aller studienbezogener Auslandsaufenthalte



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

nen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchführen.

Internationalisierung des Studiums - Akzeptanzbefragung

An einem obligatorischen Auslandsjahr als Bestandteil des Studiengangs mit geregelter Anerkennung der Studienleistung hätte fast die Hälfte der Studierenden ganz sicher und ein weiteres Viertel ziemlich sicher teilgenommen (Bild 40). Hoher Zustimmung (74%) erfreut sich ein organisierter Auslandsstudienaufenthalt von 3 Monaten (Gruppenprogramm). Lehrveranstaltungen von ausländischen Gastdozentinnen und Gastdozenten werden von fast der Hälfte der Studierenden befürwortet (Bild 41).

Fremdsprachenkenntnisse

Mehr als die Hälfte aller Studierenden (55%) verfügt über gute oder sehr gute Englischkenntnisse. Im Französischen sind die Kenntnisse deutlich schlechter: nicht einmal 10% der Be-

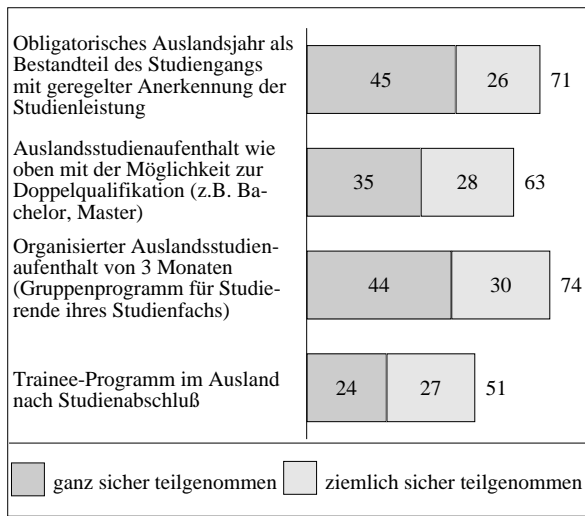
fragten attestieren sich sehr gute oder gute Französischkenntnisse. Auf Platz drei findet sich Spanisch. Nur ein kleiner Teil der Studierenden (3%) verfügt über sehr gute oder gute Spanischkenntnisse. Für alle anderen Sprachen sind Kenntnisse in noch geringerem Umfang verbreitet (Bild 42).

Der Prozentsatz der mehrsprachigen Studierenden ist ernüchternd niedrig: Für 48% ist die erste Fremdsprache auch die einzige, in der sie über mindestens gute Kenntnisse verfügen. Nur 11% der Studierenden geben an, gute oder sehr gute Kenntnisse in zwei und mehr Sprachen zu haben.

Bestimmungsgrößen der Internationalisierung

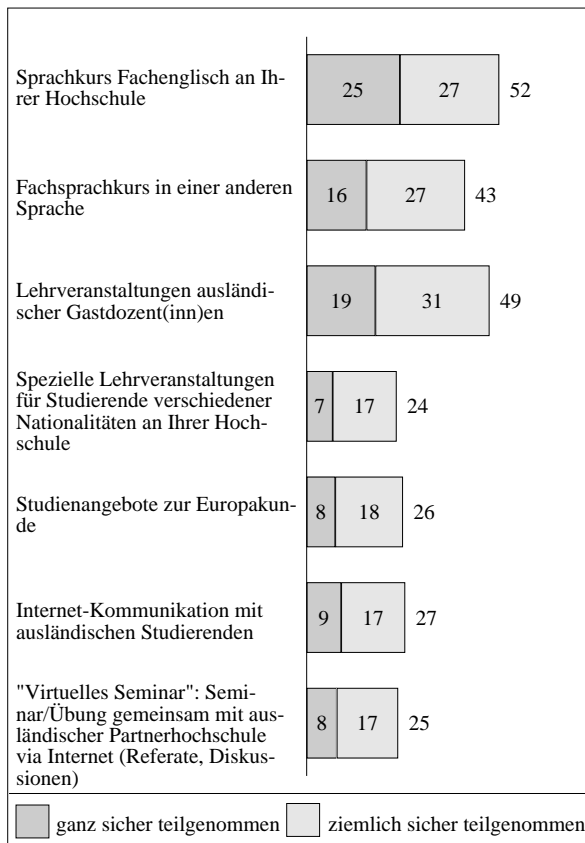
Unterschiede in den Fachkulturen stellen einen wichtigen Einflußfaktor für studentische Auslandsmobilität dar (Bild 43). So findet sich in den Sprach- und Kulturwissenschaften, aber auch in der Medizin, eine weit überdurchschnitt-

Bild 40 Akzeptanz internationaler Studienangebote mit Auslandsmobilität
in %, Studierende, die "ganz sicher" bzw. "ziemlich sicher" teilnehmen würden



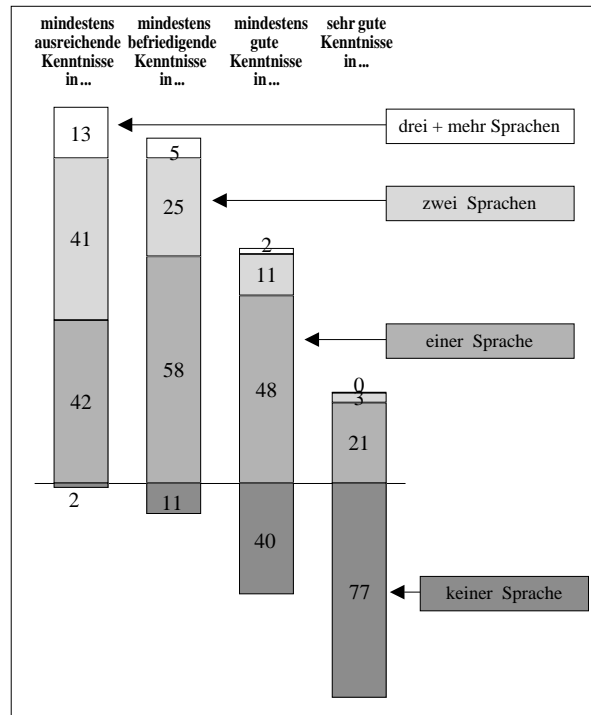
DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Bild 41 Akzeptanz internationaler Studienangebote ohne Auslandsmobilität
in %, Studierende, die "ganz sicher" bzw. "ziemlich sicher" teilnehmen würden



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Bild 42 Mehrsprachigkeit deutscher Studierender
in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

liche Auslandsmobilität (Quote studienbezogener Auslandsaufenthalte: 41 bzw. 40%) und bei den Studierenden des Sozialwesens, der Psychologie und der Pädagogik eine weit unterdurchschnittliche Quote (18 bzw. 17%). Frauen gehen häufiger ins Ausland als Männer. Studierende aus der niedrigen sozialen Herkunftsgruppe entscheiden sich nur halb so häufig für einen Auslandsaufenthalt zu Studienzwecken wie diejenigen aus einer hohen sozialen Herkunftsgruppe (19% vs. 36%). Einen starken Einfluß hat auch die Persönlichkeitsstruktur der Studierenden: nur 10% der introvertierten, aber fast 30% der extravertierten Studierenden hatten in der Vergangenheit einen Auslandsaufenthalt durchgeführt.

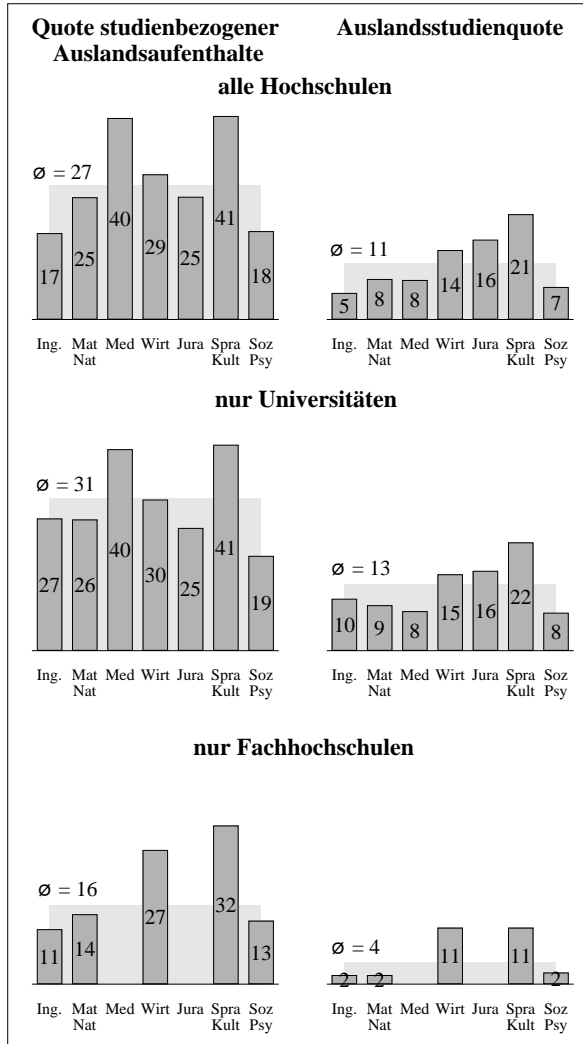
12. Beratung beim Übergang in den Beruf

Nur 4% der Studierenden trauen der Arbeitsvermittlung außerhalb der Hochschule eine kompetente Hilfestellung zu. Fast 90% aller befragten Studierenden erwarten bereits im Hochschulbereich spezielle Hilfestellungen für den Übergang in das Berufsleben. Zwischen Studierenden unterschiedlicher Fächergruppen ergeben sich nur geringfügige Unterschiede in den positiven Nennungen.

Unter den im Fragebogen vorgegebenen Beratungsangeboten steht an erster Stelle die indivi-

Bild 43 Auslandsstudienquoten und Quoten studienbezogener Auslandsaufenthalte nach Fächergruppen

Studierende in höheren Semestern¹, in % der jeweiligen Studierenden



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

¹ Studierende ab dem 6. Semester an Fachhochschulen, bzw ab dem 8. Semester an Universitäten

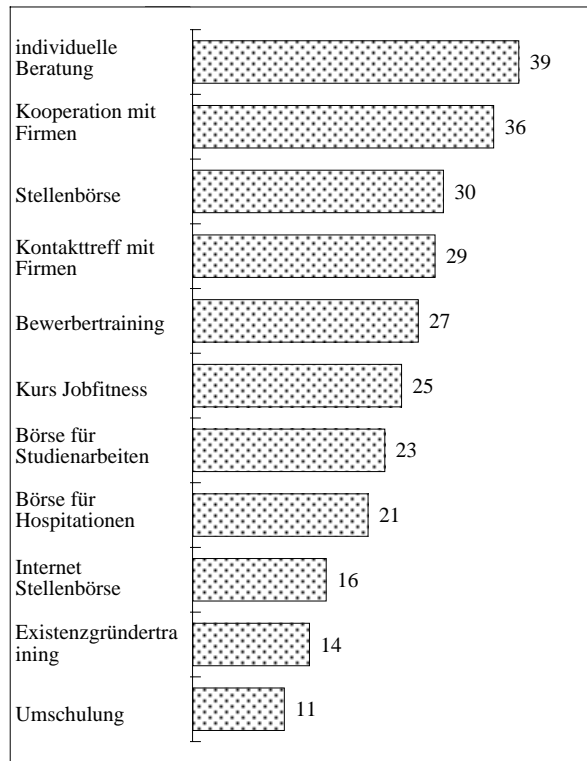
duelle Beratung (Bild 44). Fast ebenso große Bedeutung wird der Vermittlung von Kontakten mit Firmen zum gegenseitigen Kennenlernen beigegeben. Aktives Verhaltenstraining zur besseren Selbstdarstellung in Bewerbungssituationen nimmt mittlere Ränge ein. Am wenigsten beliebt sind anonyme Formen der Kontaktvermittlung (Börsen für Studienarbeiten, Hospitationen, Stellenangebote im Internet). Solange Aussicht auf Studienerfolg besteht, vermeidet man den Gedanken an Umschulungsmaßnahmen.

13. Studentische Erwerbstätigkeit

Zwei Drittel (65%) aller deutschen Studierenden sind in irgendeiner Form neben dem Studium er-

Bild 44 Gewünschte Beratungs- und Serviceangebote der Hochschule für den Übergang in den Beruf

in %, Nennungen mit „sehr wichtig“



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

werbstätig. Im Vergleich zu 1994 ist damit die Quote nochmals um 6 Prozentpunkte gestiegen.

Strukturmerkmale

Noch Ende der 60er Jahre war studentische Erwerbstätigkeit ganz überwiegend ein Phänomen der Semesterferien. Damals arbeitete knapp die Hälfte der Studierenden während der Semesterferien, aber nicht einmal ein Viertel während des Semesters. 1997 ist der Anteil jobbender Studierender auch im Semester nicht niedriger als in der vorlesungsfreien Zeit (65%). Fast ein Viertel (24%) der Universitätsstudierenden sind laufend erwerbstätig (1967: nur 5%), bei den Fachhochschulstudierenden sind dies mit 19% deutlich weniger.

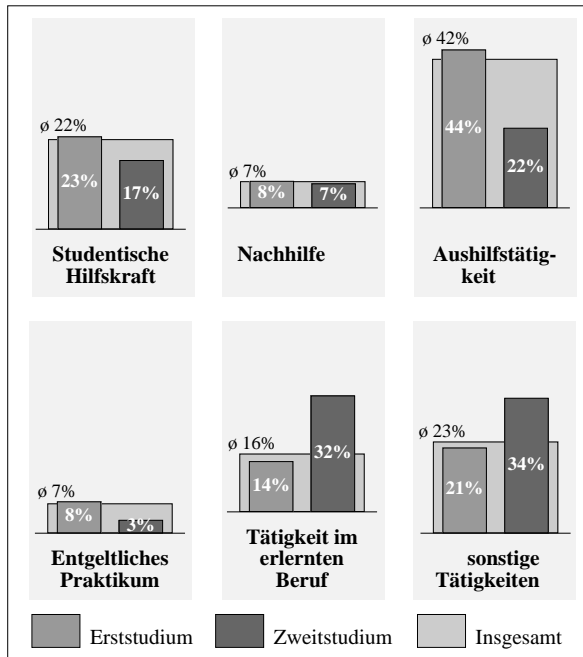
Der größte Teil der erwerbstätigen Studierenden (44%) geht einer Aushilfstätigkeit nach. 23% der Studierenden arbeiten als studentische Hilfskraft; 21% gehen einer sonstigen Tätigkeit nach; 14% arbeiten im erlernten Beruf (Bild 45).

Nur 41% aller erwerbstätigen Studierenden im Erststudium haben eine Tätigkeit gefunden, die zumindest überwiegend (22%) oder völlig (19%) im Zusammenhang mit dem Studium steht.

Motive

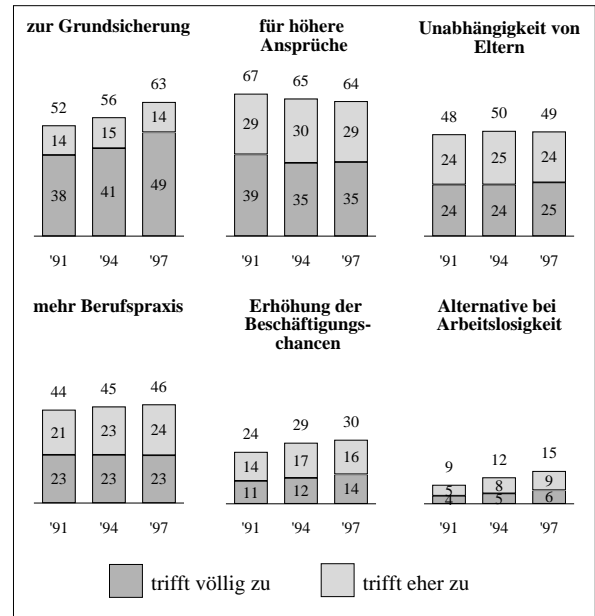
Knapp die Hälfte der erwerbstätigen Studieren-

Bild 45 Art der Erwerbstätigkeit von Studierenden im Erst- und Zweitstudium
in %, Mehrfachnennungen



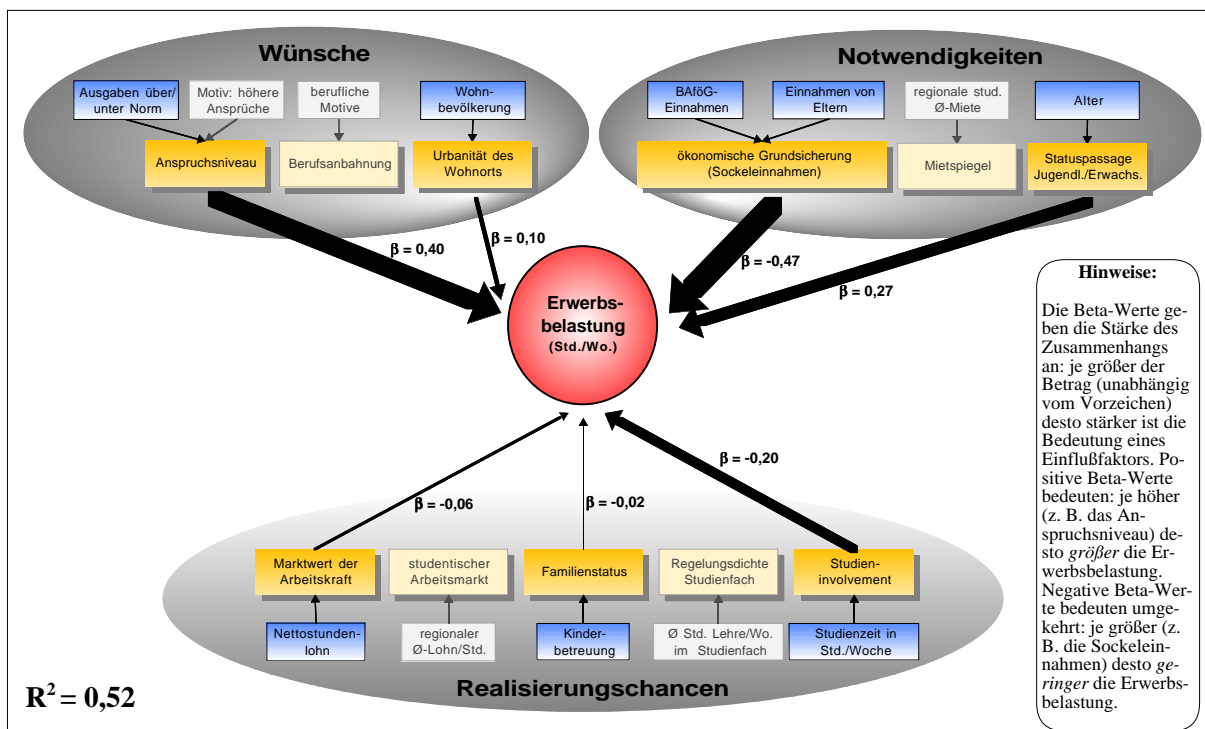
DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Bild 46 Motive für Erwerbsarbeit im Zeitverlauf
in % aller erwerbstätigen Studierenden im Erststudium



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Bild 47 Regressionsmodell: Studentische Erwerbstätigkeit im Spannungsfeld von Wünschen, Notwendigkeiten und Realisierungschancen
alle Studierenden, ohne Elternwohner



R² = 0,52 (erklärte Varianz) bedeutet: Mit diesem Modell lassen sich 52% der Unterschiede in der Erwerbsbelastung Studierender erklären; 48% erklären sich durch andere Einflüsse.

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

den (49%) jobben, „weil es zur Bestreitung des Lebensunterhalts unbedingt notwendig ist“ (1991: 38%). Rückläufig ist hingegen der Anteil Studierender, der erwerbstätig ist, um höhere Ansprüche zu befriedigen (Bild 46).

Angesichts sich verschlechternder Arbeitsmarktchancen für Hochschulabsolventen haben die berufsbezogenen Motive an Bedeutung gewonnen: Übertreffendes Motiv dieser Perspektive ist der Erwerb von Berufspraxis (46% "trifft zu").

Mit Hilfe einer multiplen Regression läßt sich nachweisen, daß die ökonomischen Faktoren mit Abstand den größten Einfluß auf studentische Erwerbstätigkeit haben. Die Sockeleinnahmen der Studierenden (Summe aus Elternleistungen und BAföG-Einnahmen) haben das größte Gewicht. Einfluß hat auch das Anspruchsniveau. Die beruflichen Motive haben keinen signifikanten Einfluß auf die Erwerbstätigkeit (Bild 47).

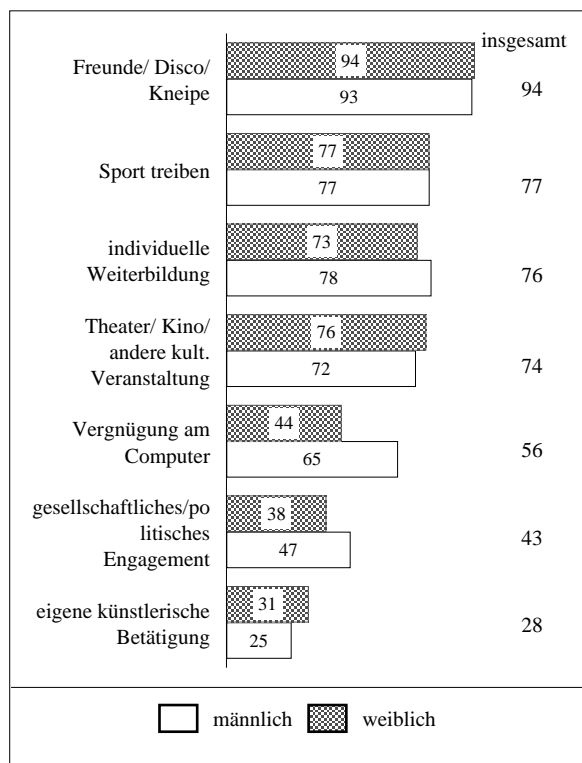
14. Aktive Gestaltung freier Zeit

Im Durchschnitt wenden die Studierenden 24 Stunden in der Woche für zweckgebundene Freizeit auf. Studentinnen nehmen sich weniger Zeit als Studenten (w. 23 Std., m. 26 Std.)

Geselligkeit und Sport bilden die verbreitetsten Freizeitaktivitäten der Studierenden (Bild 48).

Bild 48 Freizeitinhalte der Studierenden nach Geschlecht

Studierende in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Viele der Freizeittätigkeiten finden im Hochschulbereich statt. Dazu zählen neben dem geselligen Zusammensein mit Kommilitonen auch die individuelle Weiterbildung und das gesellschaftlich-politische Engagement. Von 24 Stunden aktiver Freizeit entfallen 5 Stunden auf den Hochschulbereich. Die Studierenden in den neuen Ländern gestalten im Unterschied zu denen in den alten Ländern ihre Freizeit öfter im Hochschulbereich.

Die Freizeitinhalte der Studierenden differenzieren nach den Studienfächern, aber auch nach der Wohnform, dem Alter und der familiären Situation. In kleineren Hochschulorten hat der Hochschulbereich als Ort der Freizeit eine größere Bedeutung als in größeren Standorten.

15. Studierende mit Kindern

Der Anteil der Studierenden mit Kindern liegt seit 15 Jahren unverändert bei 7%. Der Anteil der Studentinnen mit Kindern liegt um einen Prozentpunkt höher als der der Studenten mit Kindern (absolut: 59.000 studierende Mütter und rund 71.000 studierende Väter).

Von den studierenden Müttern sind 27% alleinerziehend (insgesamt 16.000), von den studierenden Vätern nur 11% (insgesamt 7.800). Gemessen an allen Studierenden machen die Alleinerziehenden 1,1% aus. Elternschaft unter Studierenden nimmt mit dem Studienfortschritt und Alter zu und ist überproportional häufig im Zweitstudium vertreten.

Die Mehrheit der studierenden Eltern hat Kinder im Krippenalter, d.h. bis einschl. zur Vollendung des 3. Lebensjahres (55%). Bis zum Kindergartenalter ist der Betreuungsaufwand extrem hoch. Dies gilt in der Regel besonders für studierende Mütter, weniger für studierende Väter. Alleinerziehende Mütter bringen mehr als 40 Wochenstunden für die Betreuung des Kindes auf.

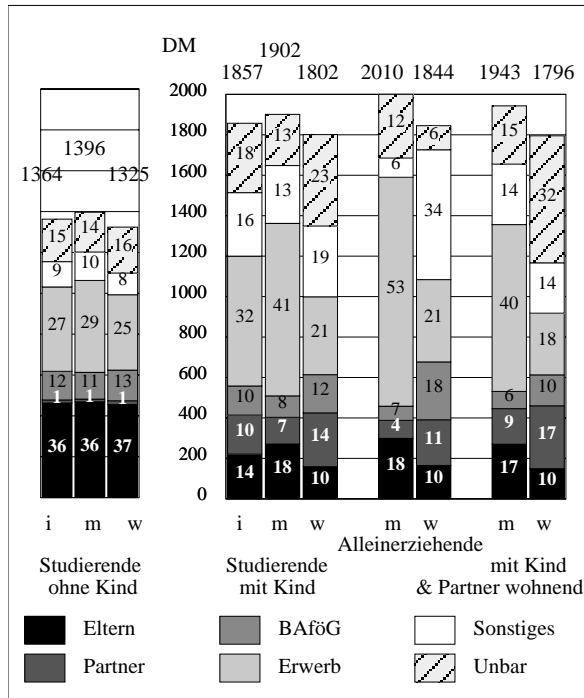
Studierende mit Kindern benötigen für sich selbst im Schnitt über etwa 500 DM mehr als Studierende ohne Kinder aufgrund zusätzlicher indirekter Mehrkosten. Der Selbstfinanzierungsanteil durch Erwerbseinnahmen liegt bei 32% der Gesamteinnahmen (ohne Kinder 27%). Besonders belastet durch Erwerbsarbeit sind studierende Väter (Bild 49).

Mehrkosten resultieren vor allem aus der Tatsache, daß hohe Mietkosten für die eigene Wohnung anfallen. In den alten Ländern wohnen fast 90% aller Studierenden mit Kind in einer eigenen Wohnung.

Studierende Väter und Mütter sind in den sozialwissenschaftlich ausgerichteten Studienfächern um das Doppelte überrepräsentiert. Studierende mit Kindern unterbrechen häufiger ihr Studium und haben seltener die Chance eines studienbe-

Bild 49 Einnahmen der Studierenden mit Kindern

Studierende im Erststudium, arithm. Mittel in DM (über der Säule), Anteile in % (an der Säule)



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

dingten Auslandsaufenthaltes. Die Anteile von Langzeitstudierenden liegen fast um die Hälfte höher als bei Studierenden ohne Kind. Aufgrund der Mehrfachbelastung ist die Identifikation mit dem Studium wesentlich schwächer als bei Studierenden ohne Kind. So ist u.a. der Zeitaufwand für das Studium um etwa 20% geringer.

16. Gesundheitliche Beeinträchtigungen im Studium

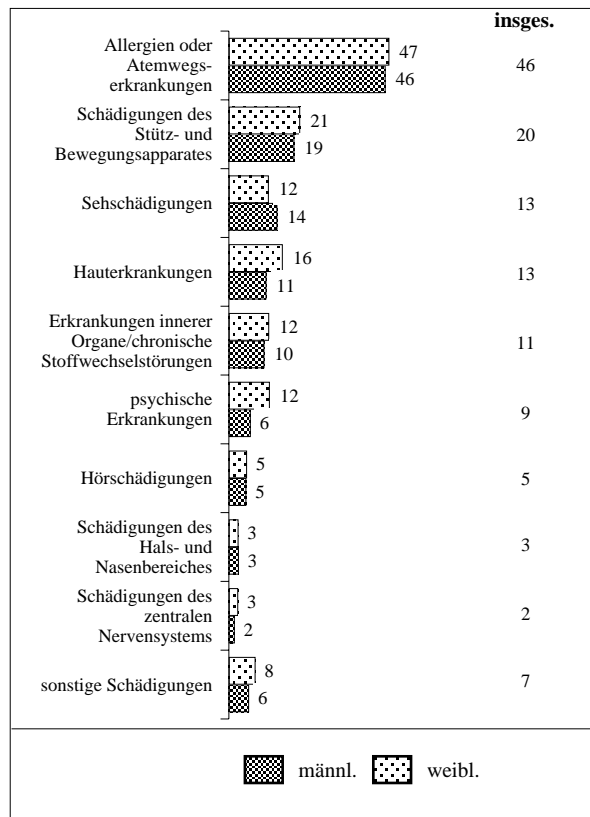
Der Anteil Studierender mit einer Behinderung beträgt 2%, der mit chronischen Krankheiten 11%. Bei 1% liegt eine Lese-/Rechtsschwäche vor. Unter den gesundheitlich beeinträchtigten Studierenden sind Allergien oder Atemwegserkrankungen (46%) und Schädigungen des Stütz- und Bewegungsapparates (20%) am weitesten verbreitet (Bild 50).

Die meisten der Studierenden, die gesundheitlich geschädigt sind, sehen sich durch diesen Umstand im Studium nicht beeinträchtigt (53%). Bei jedem 10. gesundheitlich geschädigten Studierenden wirkt die Behinderung oder chronische Krankheit stark studienbeeinträchtigend.

Das Studium der Studierenden mit einer Behinderung oder chronischen Krankheit verläuft weniger reibungslos, was sich in höheren Anteilen des Fach-, Abschluß- und Hochschulwechsels

Bild 50 Art der gesundheitlichen Schädigung nach Geschlecht

nur Studierende mit Behinderung oder chronischer Krankheit, in %, Mehrfachnennungen



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

niederschlägt. Bei gesundheitlich stark im Studium beeinträchtigten Studierenden fällt nicht nur der höhere Anteil des Hochschulwechsels auf (25%), sondern insbesondere die überdurchschnittlich hohe Quote der Studienunterbrechung (34%).

17. Zwischen Studium und Job, Vollzeit- vs. Teilzeitstudium

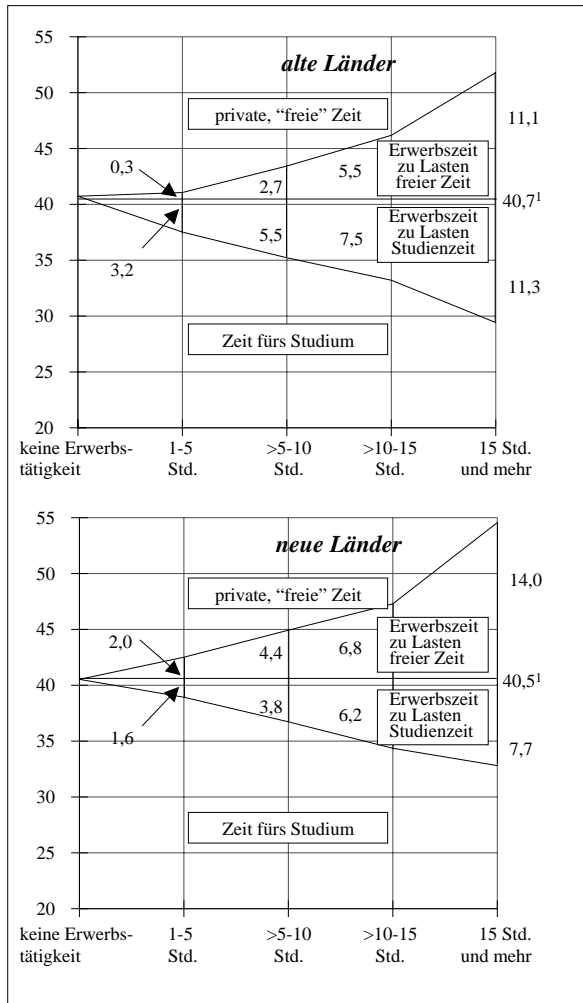
Die zunehmende Erwerbsbelastung der Studierenden zieht zwangsläufig eine Einschränkung des zeitlichen Aufwands für das Studium nach sich. So liegt der wöchentliche Zeitaufwand für das Studium bei Studierenden ohne Erwerbstätigkeit bei 41 Stunden in der Woche, bei erwerbstätigen Studierenden liegt er 6 Stunden niedriger.

Staffelt man die erwerbstätigen Studierenden nach Umfang der Erwerbstätigkeit, so geht ein geringfügiger zeitlicher Erwerbsaufwand (1 - 5 Stunden pro Woche) fast zu 90% zu Lasten des Studiums. Bei sehr hoher Erwerbsbelastung (> 15 Stunden) zur Hälfte zu Lasten des Studiums und zur anderen Hälfte zu Lasten der Freizeit. In den *neuen Ländern* werden die Zeiten für Er-

werbstätigkeit in einem größeren Umfang auf das normale Zeitpensum für das Studium gesattelt (Bild 51).

Bild 51 Einfluß des wöchentlichen Zeitaufwands für Erwerbstätigkeit auf den Zeitaufwand für Studium und private Zeit

Studierende im Erststudium; in Stunden/Woche



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

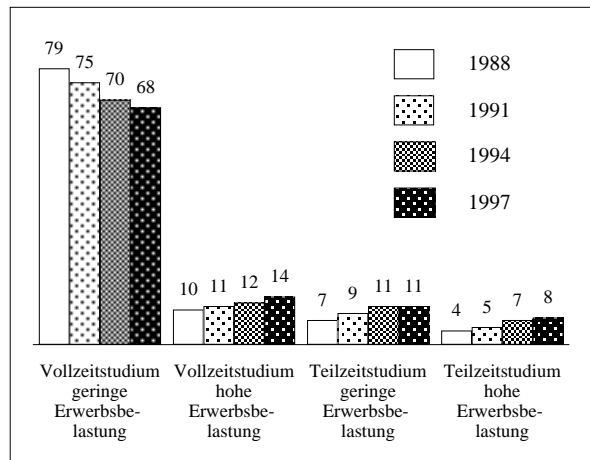
¹ Studienaufwand der nicht erwerbstätigen Studierenden als Maß des normalen Studienaufwands

Zur Unterscheidung von Vollzeit- und Teilzeitstudium wurden unter Berücksichtigung der Erwerbstätigkeit 4 Zeittypen gebildet (Bild 52):

Der Anteil der Studierenden im klassischen Vollzeitstudium mit geringer Erwerbsbelastung beträgt 68%. Der klassische Typ des Studierenden im Vollzeitstudium mit geringer Erwerbsbelastung nimmt seit 1988 (79%) kontinuierlich ab. Zur Gruppe der Vollzeitstudierenden mit hoher Erwerbsbelastung zählen 14% und 8% zur Gruppe der Teilzeitstudierenden mit hoher Erwerbsbelastung. Die Gruppe der Teilzeitstudierenden

Bild 52 Entwicklung der Verteilung der Studien- und Erwerbstypen

alte Länder, Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

mit hoher Erwerbsbelastung ist kleiner als die Gruppe der Teilzeitstudierenden mit geringer Erwerbsbelastung (11%). Die geschilderte Rangfolge der Verteilung findet sich sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern. Erwerbstätigkeit ist letztlich nicht Grund für ein Teilzeitstudium.

18. Wohnsituation

Die meisten Studierenden wohnen allein oder mit Partner in einer Mietwohnung (40%). Jeder fünfte Studierende in einer Wohngemeinschaft. Fast jeder vierte Studierende lebt zu Hause bei den Eltern. In Wohnheimen sind bundesweit 15% aller Studierenden untergebracht. Zur Untermiete wohnen nur sehr wenige Studierende (3%).

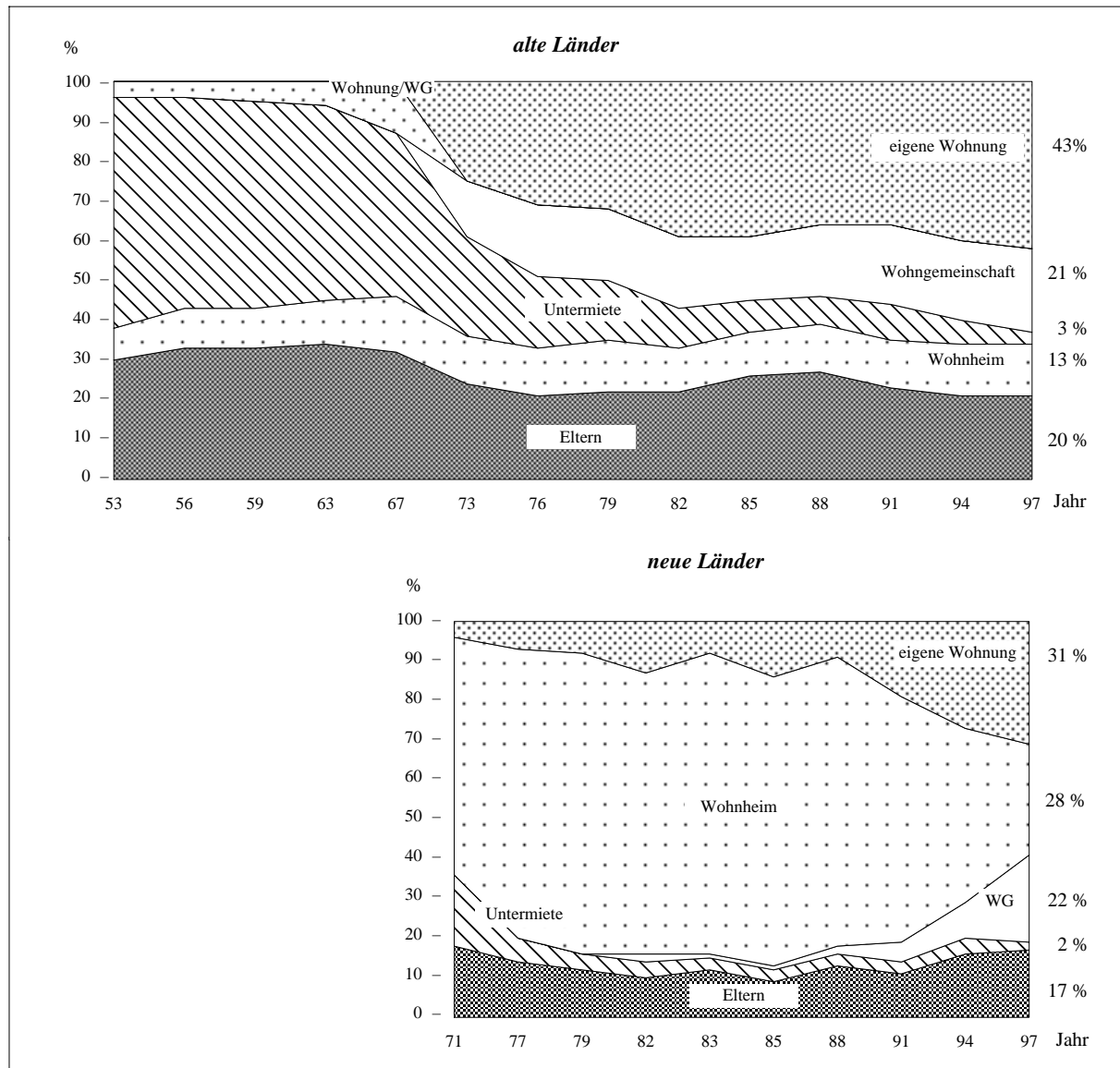
Deutliche Veränderung der Wohnverhältnisse nur in den neuen Ländern

Diese Angaben beschreiben die Wohnsituation der Studierenden jedoch nur allgemein, denn die Wohnverhältnisse sind regional unterschiedlich: dies ist vor allem bedingt durch die immer noch bestehenden Unterschiede in den Lebensbedingungen zwischen den alten und neuen Ländern.

Die Entwicklung der Wohnformen läßt sich am Beispiel der Uni.-Studierenden über einen langen Zeitraum verfolgen (Bild 53).

In den *alten Ländern* hat sich der langfristige Trend, daß immer mehr Studierende eine eigene Wohnung mieten (1988: 36%, 1997: 43%) und wenige Studierende bei den Eltern wohnen bleiben, konsolidiert (1988: 27%, 1997: 20%). Die kurzfristigen Änderungen gegenüber 1994 sind nur noch unerheblich. Geringfügig gestiegen ist der Anteil der Wohnheimbewohner (von 12% auf 13%).

Bild 53 Entwicklung studentischer Wohnformen
Studierende an Universitäten; in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

In den *neuen Ländern* war bisher das Wohnheim die verbreitetste studentische Wohnform. Das hat sich inzwischen geändert, so daß nun die Mietwohnung die dominierende Wohnform geworden ist (31%). Im Vergleich zu 1994 am stärksten zugenommen hat der Anteil der WG-Bewohner (13 Prozentpunkte). Er hat sich damit mehr als verdoppelt und liegt jetzt bei 22%.

In den *neuen Ländern* fällt die Zunahme des Anteils der WG-Bewohner und der Studierenden in einer eigenen Mietwohnung auch deshalb so hoch aus, weil die Zuwanderer aus den alten Ländern (West-Ost-Wanderer), vorwiegend eine eigene Wohnung mieten (Uni-Studierende 41%) oder eine Wohngemeinschaft finden (31%), aber selten ins Studentenwohnheim einziehen (16%). Der Elternwohneranteil in den neuen Ländern

bleibt nach 1991 nahezu gleich.

Die „Studentenbude“ - das Untermietverhältnis - hat als Wohnunterkunft bundesweit schon lange seine Bedeutung mangels Nachfrage und Angebot eingebüßt.

Wohnformen nach Hochschulart

Studierende an Fachhochschulen der *alten Länder* unterscheiden sich in ihren Wohnverhältnissen von den Uni-Studierenden in zweierlei Hinsicht. Sie wohnen häufiger noch zu Hause bei den Eltern und weniger in Wohngemeinschaften. Ein Grund für die Unterschiede ist die stärkere Regionalisierung der Hochschulstandorte: Dadurch kann eher in der Heimatregion das Studium aufgenommen werden (Bild 54).

Ebenso wie in den alten Ländern weichen die

Bild 54 Studentische Wohnformen
in %

Wohnformen	alte Länder		neue Länder		insgesamt	
	1994	1997	1994	1997	1994	1997
bei den Eltern						
Uni	22	20	16	17	22	20
FH	31	30	21	25	30	28
insg.	24	22	17	19	24	22
Untermiete						
Uni	5	3	4	2	5	3
FH	6	4	4	2	6	4
insg.	6	3	4	2	5	3
Wohnheim						
Uni	12	13	44	28	15	15
FH	10	12	45	34	12	15
insg.	12	13	44	30	14	15
Wohngemeinschaft						
Uni	20	21	9	22	19	21
FH	16	16	6	13	16	16
insg.	19	20	8	20	18	20
eigene Wohnung						
Uni	41	43	27	31	39	41
FH	38	39	25	25	37	37
insg.	40	42	27	29	39	40

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Wohnverhältnisse der Studierenden der *neuen Länder* Fachhochschulen und Universitäten in einigen Sachverhalten voneinander ab. Auch die ostdeutschen FH-Studierenden wohnen häufiger zu Hause bei den Eltern. Zwischen 1994 und 1997 wuchs dieser Anteil um 5 Prozentpunkte. Im gleichen Zeitraum hat sich die Wohngemeinschaft stärker durchgesetzt (+7 Prozentpunkte). Dies geht alles zu Lasten des Wohnheims. Um 11 Prozentpunkte geht der Anteil der Wohnheimbewohner unter den ostdeutschen FH-Studierenden zurück. Ungeachtet dessen bleibt gegenwärtig für die Fachhochschüler in den neuen Ländern das Wohnheim weiter die verbreitetste Wohnunterkunft (34%).

Auch unter den FH-Studierenden ist der Anteil der West-Ost-Wanderer zu berücksichtigen: 43% dieser Zuwanderer bezieht eine eigene Mietwohnung.

Studentenwohnheime

Im Bundesdurchschnitt liegt die Versorgungsquote mit Studentenwohnheimplätzen bei 15% der Studierenden. Jedoch bestehen auch hier beträchtliche regionale Unterschiede. 30% der Studierenden an Hochschulen in den neuen Ländern sind in Wohnheimen untergebracht; dagegen in den alten Ländern 13%. Damit ist in den alten Ländern seit zehn Jahren der Anteil der Wohnheimbewohner nahezu konstant.

Verbesserte Wohnbedingungen in den Wohnheimen der neuen Länder

In den *neuen Ländern* haben die Wohnheime eine beachtliche Erneuerung erfahren. Die meisten Wohnheime wurden saniert oder zumindest teilsaniert, um den Wohnstandard zu heben. Vor allem die bisherige Belegungsdichte der Zimmer bzw. Wohneinheiten wurde gemindert, so daß das mit drei oder gar mehr Bewohnern belegte Zimmer nun zur Ausnahme geworden ist (4%, Bild 55).

In den *alten Ländern* sind die Studierenden im Wohnheim zumeist in Einzelzimmern (31%) oder in Einzelzimmern innerhalb einer WG-Struktur (31%) untergebracht. Rechnet man die Appartements und Wohnungen im Wohnheim hinzu (37%), so sind so gut wie alle Studierenden allein untergebracht.

Bild 55 Belegung im Studentenwohnheim
in %

	alte Länder	neue Länder	Insg.
Einzelzimmer	31	23	29
Einzelzimmer in einer Wohngruppe	31	15	28
Einzelappartement	25	4	20
Appartement für zwei Personen (Bad und Küche gemeinsam)	10	10	10
Wohnung im Wohnheim	2	2	2
Zweibettzimmer	+	42	10
Mehrbettzimmer	0	4	1
Insgesamt	100	100	100

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

+ weniger als 0,5%

In den Wohnheimen der *neuen Ländern* beträgt der Anteil derjenigen, die allein über einen Wohnbereich verfügen, jetzt 54%. Gegenüber 1994 bedeutet das eine erhebliche Verbesserung, damals wohnten lediglich 26% allein im Zimmer.

Trotz der insgesamt beachtlichen Verbesserung liegt das Wohnniveau in einigen ostdeutschen Wohnheimen noch hinter westlichen Standards zurück. Das zeigt sich am Bauzustand und an den Ausstattungsdefiziten in den noch unsanierten bzw. nur zum Teil baulich veränderten ostdeutschen Studentenwohnheimen. Wenngleich die Mieten in solchen Wohnheimen relativ niedrig sind, sinkt bei den Studierenden zunehmend die Akzeptanz gegenüber diesen Wohnangeboten. 24% der ostdeutschen Wohnheimbewohner beurteilen den baulichen Zustand ihrer Wohnunterkunft mehr oder weniger negativ.

Mietausgaben in den alten Ländern: leicht steigend

In den *alten Ländern* wenden die Studierenden im Schnitt mehr als ein Drittel ihrer monatlichen Lebenshaltungskosten für Miete auf. Darin enthalten sind die Nebenkosten vor allem für Heizung bzw. Strom (Bruttomiete).

Am teuersten kommt die Mietwohnung für die Alleinwohner (Bild 56): 39% der Monatsausgaben werden von diesen Studierenden für das Wohnen verbraucht. Im Durchschnitt bringt ein alleinwohnender Studierender 569 DM monatlich für die Wohnunterkunft auf, wobei die durchschnittliche Wohngröße ca. 41 qm beträgt.

Leben die Studierenden mit einem Partner zusammen in einer Wohnung, bezahlen sie 579 DM je Bewohner. Für die Miete werden 37% der Lebenshaltungskosten ausgegeben.

Bild 56 Wohnungs- bzw. Zimmermietpreise nach Wohnformen
in DM

Wohnformen	Mietpreis pro Studierenden			
	alte Länder		neue Länder	
	1994	1997	1994	1997
Wohnung allein	516	569	349	482
Wohnung m. Partner	564	579	330	442
Wohngemeinschaft	396	434	246	334
Untermiete	343	370	280	322
Wohnheim	279	307	148	218

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Die Mietausgaben für eine eigene Wohnung fallen regional recht unterschiedlich aus. In den großstädtischen Ballungszentren wie Frankfurt a. M., Hamburg oder München zahlen alleinwohnende Studierende durchschnittlich weit über 600 DM für ihre eigene Wohnung. Erheblich preisgünstiger wohnen die Studierenden in den kleineren und mittleren Städten, wo im Schnitt weniger als 500 DM Miete aufzubringen sind. Ausgenommen davon sind traditionelle Hochschulorte wie beispielsweise Freiburg, Heidelberg oder Tübingen. Durch ihr ausgedehntes, deutschlandweites Einzugsgebiet und einen überproportional hohen studentischen Anteil an der Wohnbevölkerung besteht in solchen Städten ein dementsprechend typischer Wohnbedarf. Das bezieht sich insbesondere auf räumlich kleine Wohnungen. Durch den häufigen Mieterwechsel kann der neue Vertrag der Mietpreisprogression rascher angepaßt werden.

Kostengünstig wohnen die westdeutschen Studierenden im Studentenwohnheim bei einer durchschnittlichen Mietbelastung von 307 DM. Je nach Größe und Ausstattung zahlen die Studierenden im Schnitt zwischen 275 DM (Einzel-

zimmer) und 403 DM (Wohnung im Wohnheim). Verglichen mit anderen Studierenden fallen die Mietaufwendungen der Wohnheimbewohner in Relation zu den Monatsausgaben am günstigsten aus. Im Durchschnitt 31% der monatlichen finanziellen Ausgaben werden hier für die Wohnunterkunft benötigt.

Allein nach dem Ausgabenanteil beurteilt, ist auch die Untermiete (34%) neben dem Studentenwohnheim eine preiswerte Wohnform. Das Preis-/Leistungsverhältnis in der Untermiete kann aber insgesamt gesehen eher kritisch bewertet werden. Im Durchschnitt kostet ein Zimmer zur Untermiete 370 DM.

Bei WG-Bewohnern fällt der Monatsausgabenanteil für das Wohnen mit 36% etwas höher als bei den Untermietern aus, bei einer durchschnittlichen WG-Wohnungsgröße von 74 qm zahlt ein studentischer Mitbewohner im Mittel 434 DM Monatsmiete.

Zusammenfassend läßt sich über die Entwicklung der studentischen Wohnkosten in den alten Ländern sagen, daß sich - ausgenommen die Untermieter - bei allen anderen Wohnformen der Mietausgabenanteil um ein bis zwei Prozentpunkte erhöht hat.

Vergleicht man die Entwicklung der durchschnittlichen Mietausgaben je Wohnform von 1994 nach 1997, so ist mit Ausnahme der Wohnung mit Partner eine durchschnittliche Steigerung von nahezu 10% festzustellen. Diese Preissteigerung entspricht in etwa der Anhebung des allgemeinen Mietpreisniveaus in den alten Ländern.

Mietausgaben in den neuen Ländern: stärker steigend

Die Mietsteigerungsraten in den neuen Ländern fallen höher aus als in den *alten Ländern*. Das hat zu einer weiteren Anpassung an die Wohnkosten in den alten Ländern geführt, ohne daß die Mietkosten in Ost und West schon völlig vereinheitlicht sind. 32% der Ausgaben wenden die Studierenden der neuen Länder jetzt im Durchschnitt monatlich für das Wohnen auf. Damit ist der Mietkostenanteil deutlich gestiegen.

Je nach Wohnform ist für Miete ein durchschnittlicher Anteil der Monatsausgaben zwischen 22% (Mehrbettzimmer im Wohnheim) und 38% (Wohnung allein) erforderlich.

Auch in den neuen Ländern kommt die eigene Wohnung am teuersten. Im Durchschnitt zahlen alleinwohnende Studierende 482 DM. Die Durchschnittsgröße liegt bei 44 qm.

Etwas günstiger leben jene Studierenden, die mit ihrem Partner die Wohnung bewohnen. Für eine 66-qm-Wohnung zahlen sie durchschnittlich 442 DM je Bewohner, was einen Ausgabenbudgetanteil von 35% ausmacht.

Für einen Wohnheimplatz zahlen die Studierenden in den neuen Ländern derzeit im Schnitt 219 DM. Der durchschnittliche Anteil an allen monatlichen Ausgaben beträgt bei den Wohnheimbewohnern 27%. Das Studentenwohnheim bleibt damit für die ostdeutschen Studierenden die mit Abstand preiswerteste Wohnform, ungeachtet dessen, daß der aufzubringende Ausgabenanteil zwischen 1994 und 1997 um 6 Prozentpunkte geklettert ist und damit ähnlich stark wie bei den Wohnformen, die an den freien Wohnungsmarkt gebunden sind, angestiegen ist.

Was die Untermiete anbelangt, trifft für die neuen Länder zu, was bereits über die Untermietverhältnisse in den alten Ländern gesagt worden ist: sie sind relativ teuer, wenn das damit verbundene Leistungsangebot berücksichtigt wird. Im Durchschnitt beträgt der Untermietpreis 322 DM. Das sind im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der ostdeutschen Untermieter 32%.

Die Wohngemeinschaft war in den neuen Ländern noch vor drei Jahren preiswerter als die Untermiete. Das hat sich verändert. Ein Studierender in einer Wohngemeinschaft bringt im Durchschnitt 334 DM Miete für das Wohnen auf. Das ergibt einen Anteil an den monatlichen Gesamtausgaben von 34%.

In den neuen Ländern ist das Mietpreisgefälle regional noch nicht so ausgeprägt wie in den alten Ländern. Für eine eigene Wohnung (allein) werden im Durchschnitt in Leipzig 499 DM, in Berlin im Schnitt 471 DM und in Dresden 455 DM verlangt. Tendenziell deutet sich bezüglich der Mietpreisunterschiede zwischen Groß- und Mittelstädten ähnliches wie in den alten Ländern an.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Mietsteigerungen in den neuen Ländern deutlich stärker ausgefallen sind als in den alten Ländern. Von 1994 auf 1997 ergeben sich folgende Steigerungsraten des durchschnittlichen Mietpreises:

	<i>alte Länder</i>	<i>neue Länder</i>
Wohnung allein	+10%	+38%
Wohnung mit Partner	+3%	+34%
Wohngemeinschaft	+10%	+36%
Untermiete	+8%	+15%
Wohnheim	+10%	+47%

Die Steigerungsraten in den neuen Ländern liegen weit über der allgemeinen Steigerungsrate für Wohnungsmieten von 13%.

Wohnwünsche

Insgesamt betrachtet haben sich die Wohnwünsche der Studierenden in den *alten Ländern* gegenüber 1994 kaum verändert. Die am meisten bevorzugte studentische Wohnform ist die eigene Wohnung, die gemeinsam mit Partner

Bild 57 Wohnwünsche der Studierenden

in %

	<i>alte Länder</i>	<i>neue Länder</i>	<i>insg.</i>
Eltern/ Verw.	5	4	5
Untermiete	1	1	1
Wohnheim	15	28	16
Wohngemeinschaft	23	26	23
Wohnung	56	42	55
	100	100	100

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

oder aber allein bewohnt wird (Bild 57). Als unbeliebte Wohnformen erscheinen das Wohnen bei den Eltern und die Untermiete. Es ist außerdem für die alten Länder festzustellen, daß der Wunsch, in einem Wohnheim zu leben, von etwas mehr Studierenden (15%) geäußert wird, als tatsächlich im Wohnheim untergekommen sind (13%).

In den *neuen Ländern* hat der Wunsch, in einer Wohnung oder Wohngemeinschaft zu wohnen, weiter zugenommen. Dies ist zu einem gewissen Teil auf die West-Ost-Wanderer zurückzuführen. Das Studentenwohnheim behauptet - nach der eigenen Wohnung - seinen Platz als mit am häufigsten bevorzugte Wohnform, allerdings ist der Anteil der Studierenden, die ein Zweibettzimmer im Wohnheim bevorzugen, seit Anfang der 90er Jahre drastisch rückläufig: 1991: 34%, 1994: 21% und 1997: 7%.

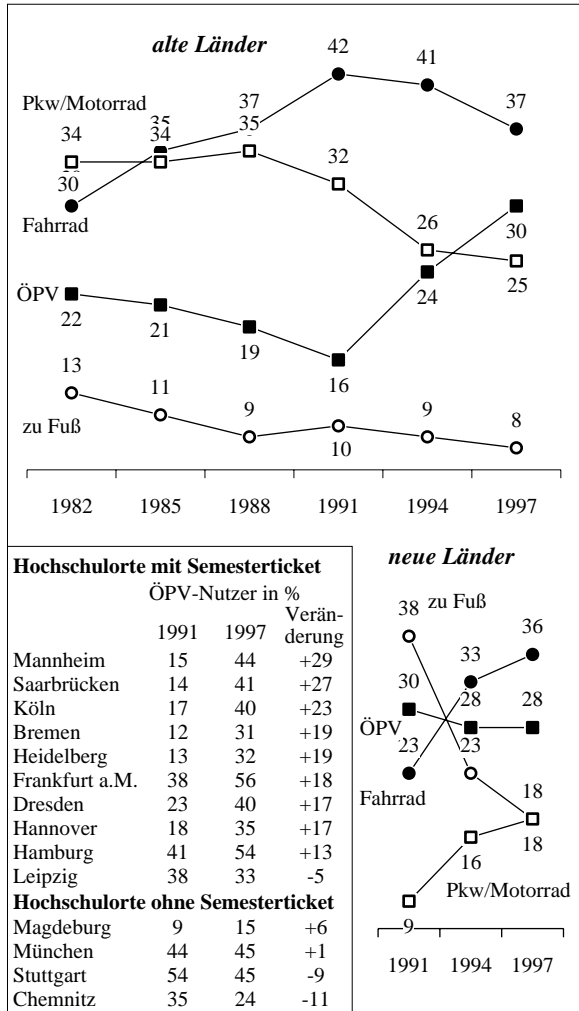
19. Verkehr

In den *alten Ländern* werden öffentliche Verkehrsmittel immer häufiger benutzt (1991: 16%, 1994: 24%, 1997: 30%). 1997 sind sie erstmals die häufigste Verkehrsform (Bild 58). Hauptsächlich kommt diese Zunahme durch Umsteiger vom individuellen Kraftfahrzeug zum öffentlichen Verkehrsmittel zustande (-7 Prozentpunkte gegenüber 1991). Aber auch der Fahrradfahreranteil nimmt im gleichen Zeitraum ab (-5%).

Auch in den *neuen Länder* hat sich die Verkehrsmittelwahl seit 1991 erheblich gewandelt. Jetzt legt nur noch jeder Fünfte den Weg zur Hochschule zu Fuß zurück. Dagegen sind der Fahrradfahrer-Anteil (+13%) und der motorisierte Individualverkehr (+9%) deutlich gewachsen. Nicht weiter zurückgegangen ist die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel (1991: 30%, 1994: 28%, 1997: 28%).

Im Winter geht der Fahrradverkehr überall zurück (*alte Länder*: von 37% auf 19%; *neue Länder*: von 36% auf 14%) und verlagert sich größtenteils auf öffentliche Verkehrsmittel.

Bild 58 Entwicklung studentischer Verkehrsmittelnutzung in den alten Ländern (1982-1997) und neuen Ländern (1991-1997)
in %, nur Sommer



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

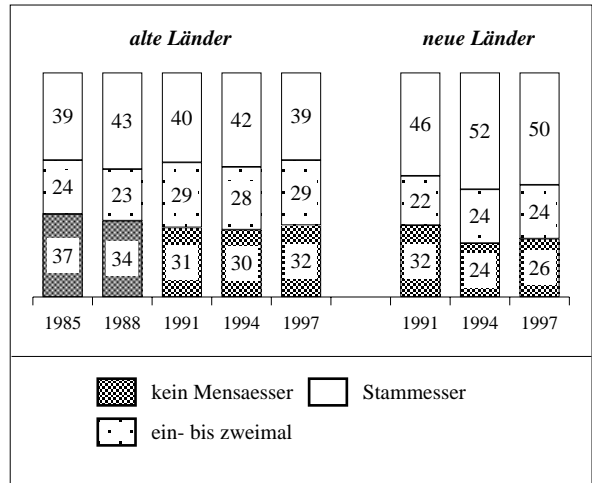
20. Ernährung

In den alten Ländern werden 36% aller im Laufe der Woche anfallenden Mittagessen in den Mensen eingenommen, in den neuen Ländern liegt dieser Anteil noch höher (41%). In Selbstversorgung zu Hause (27%) oder bei den Eltern (14%) werden die übrigen Mittagessen eingenommen. Restaurants haben nur einen kleinen Marktanteil (3%).

In den *alten Ländern* macht der Mensa-Stammgästeanteil (3-5malige Nutzung in der Woche) 39% aller Studierender aus (Bild 59). Der Mensa-Stammgästeanteil beim Mittagessen ist gegenüber 1994 um 3 Prozentpunkte zurückgegangen. Die Studierenden in den *neuen Ländern* sind häufiger Mensa-Stammgäste (50%); der

Bild 59 Nutzerfrequenz in der Mensa 1985 bis 1997

Häufigkeit des mittäglichen Mensabesuchs in der Woche, Studierende in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Rückgang gegenüber 1994 beträgt 2 Prozentpunkte.

Am häufigsten gehen die Wohnheimbewohner in die Mensa (alte Länder: 59%, neue Länder: 60%), am wenigsten die Elternwohner (alte Länder: 32%, neue Länder: 40%). Die Studentinnen sind seltener Stammgäste in der Mensa als Studenten.

Die Urteile über die Mensaverpflegung fallen besser aus als vor einem Jahrzehnt. Unter den Einzelaspekten bewerten die Studierenden das ausgewogene Preis-/Leistungsverhältnis der Mensen insgesamt positiv. Am kritischsten urteilen sie über die Atmosphäre und die Raumgestaltung in den Mensabetrieben (Bild 60).

Bild 60 Beurteilung des Mensaangebotes 1985 bis 1997

Arithm. Mittel auf einer Skala von 1 (= sehr gut) bis 5 (= sehr schlecht)

Aspekte der Mensabeurteilung	alte Länder					neue Länder		
	1985	1988	1991	1994	1997	1991	1994	1997
Geschmack	3,3	3,2	3	2,9	2,8	2,6	2,6	2,6
Ernährungsqualität/Gesundheitswert	3,4	3,3	3,2	3,1	2,9	2,9	2,7	2,7
Auswahl- u. Kombinationsmöglichkeiten	3	2,9	2,8	2,8	2,6	3	2,6	2,5
Preis-/Leistungsverhältnis	2,4	2,4	2,3	2,4	2,3	2,1	2	2
Atmosphäre/Raumgestaltung	3,7	3,6	3,3	3,3	3,2	3,4	3,1	3,1
insges. abs.	17 430	19 528	21 808	21 831	17 045	4 717	3 243	2 256

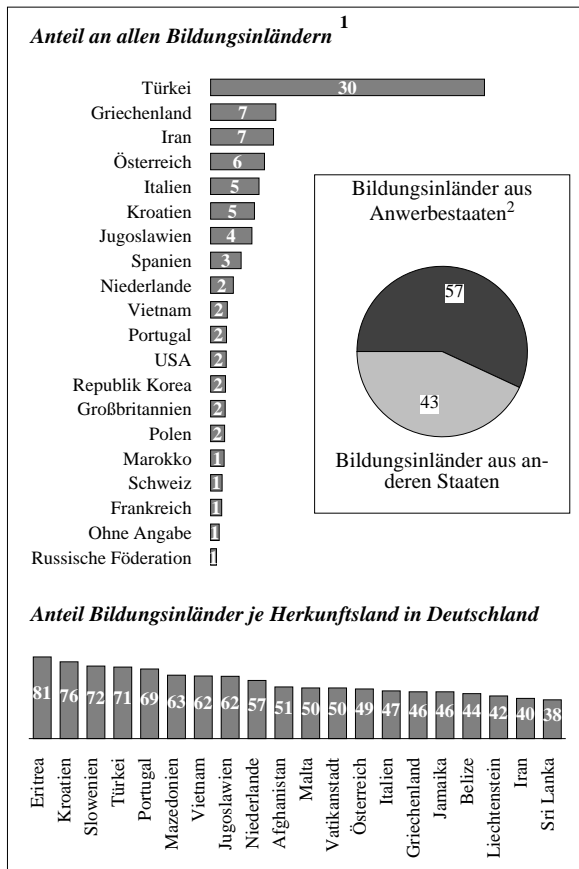
DSW/HIS 15. Sozialerhebung

21. Bildungsinländer

Etwa 34% aller ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen sind Bildungsinländer (ausländische Studierende mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung). Die Mehrheit der insgesamt 51.000 Bildungsinländer stammt aus Anwerbeländern (57%, Bild 61). Bildungsinländer aus anderen Staaten (43%) stammen einerseits aus den (deutschsprachigen) Nachbarländern oder aber aus politischen Konfliktgebieten (Asylberechtigte).

Bild 61 Bildungsinländer nach ihren Herkunftsländern und Anteil der Bildungsinländer nach Staatsbürgerschaften

in %



DSW/HIS 15. Sozialerhebung

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, 1998

² Türkei, ehem. Jugoslawien, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal

Der Frauenanteil bei Bildungsinländern ist um 2% geringer als bei deutschen Studierenden. Bildungsinländer aus Anwerbeländern kommen überproportional aus Elternhäusern mit einfachem Schulbildungsniveau, das Schulbildungsniveau der Eltern der Bildungsinländer aus anderen

Staaten ist im Vergleich zu den deutschen Studierenden wesentlich höher.

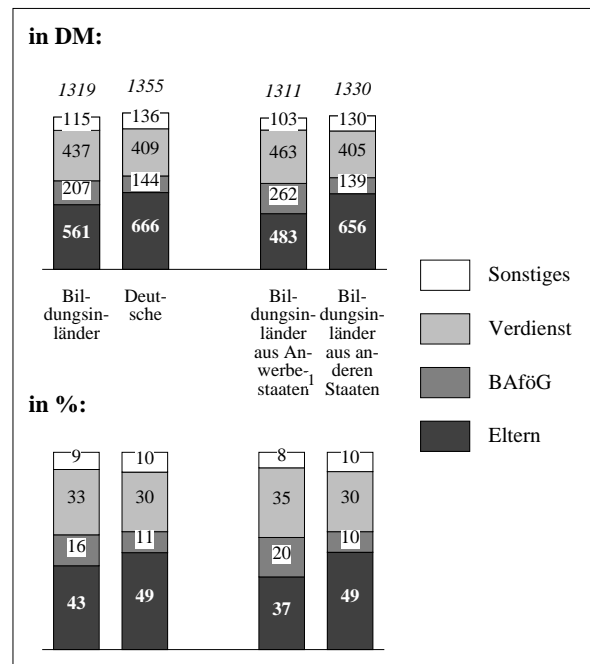
Bildungsinländer aus Anwerbeländern sind eher bestrebt, ein anwendungsorientiertes Studium zu absolvieren. Überproportional häufig werden die Ingenieur- und die Wirtschaftswissenschaften gewählt.

Im Studienverlauf gibt es kaum Unterschiede zu deutschen Studierenden. Bildungsinländer beurteilen allerdings die Kommunikation unter den Studierenden schlechter als die deutschen Studierenden.

Hinsichtlich der Finanzierungssituation ist zwischen Bildungsinländern aus Anwerbeländern und aus anderen Staaten zu unterscheiden. Bildungsinländer aus Anwerbeländern erhalten häufiger eine Förderung nach BAföG (38%). Die Höhe der monatlichen Einnahmen der Bildungsinländer liegt bei etwas mehr als 1.300 DM. Der Unterschied zu den deutschen Studierenden ist gering, aber auch zwischen den Bildungsinländern aus Anwerbeländern und anderen Ländern (Bild 62).

Bild 62 Einnahmenstruktur der Bildungsinländer

Bezugsgruppe „Normalstudent“



¹ Türkei, ehem. Jugoslawien, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal

DSW/HIS 15. Sozialerhebung

Die Wohnsituation der Bildungsinländer ist geprägt durch einen sehr hohen Anteil an Elternwohnern. Dies gilt insbesondere für Studierende aus Anwerbeländern (42%).

